



75. Sitzung

Mittwoch, den 20.02.2019

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Mitteilungen des Präsidenten und Feststellung der Tagesordnung auf der Grundlage der verteilten Tagesordnung mit der Maßgabe, dass der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 2

*Brexit-Übergangsgesetz Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7960 –*

nicht aufgenommen wird. 4795

AKTUELLE DEBATTE 4795

Ein starkes Land braucht starke Hochschulen

auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/8367 – 4795

- Abg. Alexander Schweitzer, SPD: 4795, 4802
- Abg. Marion Schneid, CDU: 4796, 4802
- Abg. Martin Louis Schmidt, AfD: 4798, 4803
- Abg. Helga Lerch, FDP: 4799, 4803
- Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 4799, 4804
- Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: 4800

Aktuelle Entwicklungen in der Diesel-Debatte: Stickoxid-Grenzwerte erhöhen, Mess-Stationen neu aufstellen, Fahrverbote in Rheinland-Pfalz verhindern!

auf Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/8374 – 4805

- Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: 4805, 4811
- Abg. Christian Baldauf, CDU: 4806, 4812
- Abg. Benedikt Oster, SPD: 4806, 4811
- Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 4808, 4812
- Abg. Steven Wink, FDP: 4808
- Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten: 4809

Verbindliche und transparente staatliche Tierhaltungskennzeichnung bei Lebensmit-

tein einführen – Tierwohl ernst nehmen
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 17/8373 – 4813

- Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 4813, 4819
- Abg. Nina Klinkel, SPD: 4814, 4820
- Abg. Michael Billen, CDU: 4815, 4820
- Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: 4816, 4821
- Abg. Marco Weber, FDP: 4817, 4821
- Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten: 4818

Die Aktuelle Debatte wird dreigeteilt. 4821

Jeweils Aussprache gemäß § 101 GOLT. 4821

Landesgesetz über den Beitritt des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 17/8195 –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
– Drucksache 17/8330 – 4821

- Abg. Damian Lohr, AfD: 4822
- Abg. Heiko Sippel, SPD: 4822
- Abg. Bernhard Henter, CDU: 4822
- Abg. Thomas Roth, FDP: 4823
- Herbert Mertin, Minister der Justiz: 4823
- Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 4823

Jeweils einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs in zweiter Beratung und in der Schluss-

<i>abstimmung.</i>	4823	<i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/8375 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.</i>	4834
Landesgesetz zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung einer rundfunkrechtlichen Vorschrift		Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Antrag der Fraktion der CDU	
– Drucksache 17/8326 –		– Drucksache 17/5149 –	
Erste Beratung	4823		
Clemens Hoch, Staatssekretär:	4823	dazu:	
Abg. Daniel Schäffner, SPD:	4824	Beschlussempfehlung des Ausschusses für	
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:	4825	Europafragen und Eine Welt	
Abg. Joachim Paul, AfD:	4826	– Drucksache 17/8312 –	
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4828	Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen	
Abg. Steven Wink, FDP:	4828	Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
<i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/8326 – an den Medienausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.</i>	4829	– Drucksache 17/8343 –	4834
Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim		Abg. Ralf Seekatz, CDU:	4834
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Abg. Heike Scharfenberger, SPD:	4835
– Drucksache 17/8375 –		Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:	4836
Zweite Beratung	4829	Abg. Thomas Roth, FDP:	4838, 4839
Abg. Dr. Denis Alt, SPD:	4830	Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:	4839
Abg. Dr. Helmut Martin, CDU:	4831	Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4839
Abg. Jürgen Klein, AfD:	4831	Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:	4840
Abg. Monika Becker, FDP:	4832	<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/5149 –</i>	4841
Günter Kern, Staatssekretär:	4832	<i>Mehrheitliche Annahme des Alternativantrags – Drucksache 17/8343 –</i>	4841
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4832		

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Astrid Schmitt.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär, Günter Kern, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Vizepräsident Hans-Josef Bracht; Abg. Jens Ahnemüller, fraktionslos, Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Gabriele Bublies-Leifert, AfD, Abg. Heribert Friedmann, AfD, Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU, Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Heike Raab, Staatssekretärin.

**75. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 20.02.2019**

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 75. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegen Steinbach und Klein. Herr Steinbach wird die Redeliste führen.

Entschuldigt für die heutige Plenarsitzung haben sich Vizepräsident Hans-Josef Bracht, die Abgeordneten Jens Ahnemüller, Katharina Binz, Gabriele Bublies-Leifert, Heribert Friedmann, Cornelia Willius-Senzer sowie Dr. Christoph Gensch; seitens der Regierung Staatsministerin Doris Ahnen und Staatssekretärin Heike Raab.

Wir dürfen Kollegen zum Geburtstag gratulieren. Am 12. Februar ist Wolfgang Schwarz 65 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Der Kollege Reichert hat das Glück, mit uns allen heute gemeinsam Geburtstag zu feiern. Er wird 52 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Für Sie steht hier eine Flasche Wein bereit; denn wer am Tag des Plenums Geburtstag hat, bekommt eine Flasche Wein vom Präsidenten.

Als Gäste auf der Zuschauertribüne darf ich Auszubildende zur Sozialassistentin und zum Sozialassistenten der Berufsbildenden Schule Wissen, Höhere Berufsfachschule, begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Weiterhin dürfen wir Mitglieder der SPD Pellenz begrüßen. Seien auch Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zur Tagesordnung: Die Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf verständigt, Punkt 2 der Tagesordnung „Brexit-Übergangsgesetz Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 17/7960 – nicht in die festgestellte Tagesordnung dieser Plenarsitzung aufzunehmen.

Zur übrigen Tagesordnung ergibt sich kein Widerspruch, damit ist sie in der geänderten Form festgestellt.

Änderungs-, Alternativ- und Entschließungsanträge werden wie üblich bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt gesondert aufgerufen.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass morgen in der Mittagspause die Eröffnung der Ausstellung zur Bad Bergzaberner Republik in der Lobby der Steinhalle stattfindet.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Brandl, CDU)

Des Weiteren will ich darauf hinweisen, dass das Statistische Landesamt heute und morgen einen Informationsstand zum Thema „Demografischer Wandel“ aufgestellt hat und den Abgeordneten für weitere Fragen zur Verfügung steht.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür bedanken wir uns beim Statistischen Landesamt.

Wir kommen nun zu **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema:

AKTUELLE DEBATTE

Ein starkes Land braucht starke Hochschulen
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/8367 –

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Fraktionsvorsitzender Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, guten Tag! Ich freue mich sehr, dass wir die Gelegenheit haben, über ein Thema zu sprechen, das uns in Rheinland-Pfalz zurzeit sehr stark beschäftigt, nämlich die Zukunft unserer Universitäts- und Hochschullandschaft.

Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, ich glaube, wir können alle gemeinsam sehr selbstbewusst auf die universitäre Landschaft in Rheinland-Pfalz schauen; denn die bestehenden Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen haben sich in den letzten Jahren enorm gut entwickelt. Sie haben Schwerpunkte gefunden, womöglich bisherige Schwerpunkte relativiert, sie haben Profile entwickelt, die Wachstumsherausforderungen, die wir insgesamt im universitären Bereich in Deutschland haben, gut gemanagt.

Wir haben neue Hochschulen gegründet, angewandte Hochschulen mit dualen Studiengängen. Wir haben uns sehr stark in die Regionen entwickelt. Die Konversion war immer wieder ein Thema, wenn ich an Pirmasens, Zweibrücken und an Birkenfeld denke.

Damit wird deutlich, dass Veränderungen, Entwicklung ganz zwangsläufig und naturgemäß zur Landschaft und zur akademischen Welt gehören.

Zu Wissenschaft, Forschung und Lehre gehört, dass man sich immer wieder stärker selbst überprüft und neue Wege einschlägt.

Ich bin sehr dankbar, dass wir in einem sehr gut koordinierten Hochschulzukunftsdialog mithilfe von Gutachtern die Gelegenheit hatten, uns auch dem Blick von außen zu widmen. Gute Lehre und Exzellenz – das ist ein Ergebnis dieses Dialogs – stehen bei uns an vielen Universitäten gleichberechtigt nebeneinander.

Wir haben gerade letzte Woche zur Kenntnis nehmen können, dass die Ministerpräsidentin und der Wissenschaftsminister hier in Mainz ein neues Helmholtz-Institut für Krebsforschung auf den Weg bringen konnten.

Jeder der universitären Standorte in Rheinland-Pfalz verfügt über ähnliche, aber ganz eigene Belege für die jeweilige besondere Stärke, wenn ich an die Universität Trier denke, die sich sehr stark in der Großregion engagiert, oder an die Universität Mainz. Beide sind sehr stark gewachsen, können aber auch im internationalen akademischen Wettbewerb sehr stark mithalten.

Wenn ich an Koblenz-Landau denke, muss ich sagen, die beiden Standorte haben sich gut entwickelt. Die Frage ist allerdings, ob sie sich miteinander oder jede für sich gut entwickelt haben.

Wer sich mit den jeweils vor Ort Verantwortlichen unterhält, bekommt zu hören, wir würden heute, hätten wir ein weißes Blatt Papier und könnten die Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz neu zeichnen, wahrscheinlich nicht auf die Idee kommen, einen Doppelstandort Koblenz und Landau zu generieren, der eine Verwaltung in Mainz hat, sondern wir würden sagen, lasst uns das irgendwie anders, vielleicht in der näheren Region organisieren.

Genau so soll es nach den Vorschlägen der Hochschulzukunftscommission für den Standort Koblenz kommen. Ich nehme auch auf, dass man das dort sehr zuversichtlich entgegennimmt und sagt, in der Region kann sich die Universität Koblenz gut entwickeln, auch über Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft und der Hochschule in Koblenz.

Ich nehme auf – als Südpfälzer weiß ich das sehr gut –, dass sich die Universität in Landau in den letzten Jahren enorm entwickelt hat, positiv entwickelt hat, sie Schwerpunkte gefunden hat, schon lange nicht mehr „nur“ die Ausbildungsstätte für den Lehrernachwuchs ist, wobei ich das „nur“ relativieren will; denn es ist eine wunderbare Aufgabe, Lehrerin oder Lehrer zu sein. Deshalb ist es gut, wenn wir an einer solchen Universität die Menschen entsprechend ausbilden.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind neue Schwerpunkte hinzugekommen. Ich nenne die Umweltwissenschaften, die Psychologie und Sozialwissenschaften insgesamt. Diese Universität hat sich gut entwickelt und ihre eigene Kompetenz nicht nur im Bereich der Lehre, sondern auch im Bereich der Forschung. Das will ich sagen, weil ich manches Wort in den letzten Tagen aus anderen universitären Standorten nach Landau schauend hörte, dass die vor allem gut ausbilden könnten, aber bei der Forschung nicht so gut drauf seien.

Wir haben mit der TU Kaiserslautern eine Universität, auf die wir stolz sein können, die zu den zehn besten in Deutschland gehört, was die Forschungsdichte angeht, und zu den international besten Universitäten gehört.

Meine Damen und Herren, wir wissen aber auch, dass die wissenschaftliche Welt uns immer wieder deutlich

sagt, technische Universitäten werden wahrscheinlich nicht mehr in Zukunft die sein, die ganz vorne sind. Sie müssen ihre technische, ihre technologische und ihre naturwissenschaftliche Kompetenz immer auch spiegeln können mit dem, was wir gesellschaftspolitisch in die gesamte Gesellschaft übersetzen können.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Das macht die TU aber!)

Darum ist es wichtig, dass wir Chancen sehen in der Zusammenarbeit der beiden Universitäten. Ich glaube, dass die Frage, wie wir es schaffen, technologischen Fortschritt zu gesellschaftlichem Fortschritt zu machen, mit einer engeren Zusammenarbeit zwischen Pädagogik, Psychologie, Sozialwissenschaften und den Kompetenzen in Kaiserslautern beantworten können, wir damit eine enorme Chance haben.

Es kommt jetzt in diesem Prozess darauf an, dass wir Transparenz haben, wir wissen, was zu welchem Zeitpunkt mit wem besprochen wird, und wir eine enge Kommunikation bekommen. Jeder, der beteiligt ist, egal an welcher Stelle und welcher Universität, muss zu jeder Zeit wissen, was die nächsten Schritte sind.

Wichtig ist, dass wir die Beteiligung organisieren bis hinunter in die Fachbereiche.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren, wichtig ist auch, dass wir sagen, es ist gut, wenn sie vor Ort wissen, sie werden sich auf jeden Fall nicht massiv verändern müssen, die Studierenden werden keine wahnsinnige Veränderung bekommen, die Universitäten selbst werden weiterhin gut ausgestattet.

(Glocke des Präsidenten)

Wichtig ist auch, dass wir sagen, sie müssen gemeinsam zu etwas Neuem wachsen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Dann kann das auch ein guter Prozess werden.

Ich danke Ihnen für die erste Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Schneid.

Abg. Marion Schneid, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Ich freue mich richtig, zu dieser Aktuellen Debatte heute reden zu dürfen; denn es ist unser Thema. Wir haben dieses Thema schon zweimal im Ausschuss fokussiert.

Die Entscheidung zur Umstrukturierung ist gefallen. Das heißt, die regierungstragenden Fraktionen begrüßen und

loben sie, aber es gibt aktuell keinen Grund, das Ministerium diesbezüglich zu loben.

(Beifall der CDU –
Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Das stimmt allerdings!)

Seit Mitte letzten Jahres mehren sich Gerüchte über die Trennung der Universität Koblenz-Landau.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Anstatt einen offenen Prozess anzustoßen und alle Beteiligten mit einzubeziehen, wird die Entscheidung ohne Personalvertretungen und Hochschulgremien, ohne Vertretungen der ASten

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Oh je!)

und ohne die Vertreter der betroffenen Städte getroffen.

(Beifall der CDU –
Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Das hat es noch nie gegeben!)

Das kann ich gern belegen, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Wir warten bis heute auf ein Gespräch mit dem Ministerium“, das war am 27. Januar, Generalpersonalrat der Universität Koblenz-Landau. – „Uni-Fusion: Noch viele Fragen offen“, „Der große Plan fehlt“ – das stand in der RHEINPFALZ am 13. Februar. Jetzt ganz aktuell am 14. Februar ist auf der Seite des SWR zu lesen: „Uni-Senat in Kaiserslautern ist ‚empört‘“.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Martin Brandl, CDU: Zu Recht!)

Durch fehlende Kommunikation sind Verunsicherung und Verärgerung entstanden, wo eigentlich ein gemeinsames Gestalten sein müsste.

(Beifall bei der CDU)

Wie sich jede Mannschaft vor dem Spiel zusammensetzt und die Strategie bespricht, so müsste man eigentlich erwarten, dass hier im Land Rheinland-Pfalz die Kommunikation abläuft, sonst kann diese Umstrukturierung nicht gelingen.

Im Übrigen gäbe es noch viele weitere Beispiele. Alles, was die Landesregierung momentan anpackt, gleicht einem Management bei Chaos.

(Heiterkeit des Staatsministers Roger
Lewentz –
Christian Baldauf, CDU: Das ist wohl wahr!
Ein sehr gutes Satz!)

Ich muss es leider so sagen. Kita-Entwurf – große Proteste, kaum positive Rückmeldung; Kommunal- und Verwaltungsreform – erster Aufschlag, große Empörung, vages Zurückrudern; Hochschulzukunftsprogramm – jetzt Universität Koblenz-Landau, Verunsicherung und Unmut. Das sind keine guten Zukunftsaussichten für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Rheinland-Pfalz braucht eine starke Hochschullandschaft. Dafür steht die CDU. Das bringen wir auch seit Jahren in vielen Anträgen und Initiativen zum Ausdruck.

Momentan stellen wir uns allerdings die Frage, ob die vom Ministerium angedachte Umstrukturierung in der Art und Weise überhaupt sinnvoll ist. Wenn sie tatsächlich kommt, dann möchten wir, dass solch ein großes Projekt – die Trennung von zwei Hochschulstandorten und dann die Fusion mit einem dritten Hochschulstandort; das ist wahrlich ein richtig großes Projekt – gut wird und zum Erfolg führt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Genau!)

Deshalb sind Verunsicherung und Verärgerung bis hin zu Diskreditierung anderer Hochschulstandorte denkbar schlechte Voraussetzungen.

(Beifall der CDU)

Wir erwarten jetzt, dass viele offene Fragen geklärt werden: Welches Konzept und welche Ziele stehen hinter der Entscheidung? Was war ausschlaggebend für diese Entscheidung? Wie könnten die künftigen Organisationen aussehen? Wie wird sich ein Ablaufplan darstellen?

Aber auch die inhaltliche Ausrichtung an den jeweiligen Standorten muss so ausgestaltet sein, dass die Standorte dauerhaft gestärkt werden und sich zukunftsfit machen können. Es wäre unsäglich, wenn wir nach einigen Jahren hier stünden und ein Standort sich nicht hätte entsprechend entwickeln können.

(Beifall bei der CDU)

Es braucht klare Zielvorgaben und eine Vorstellung der möglichen Neuordnung aus dem Ministerium heraus, bevor überhaupt eine wissenschaftsbasierte Gestaltung beginnen kann.

Wer starke Hochschulen will, der muss dieser großen Verantwortung auch gerecht werden und die Rahmenbedingungen dafür schaffen,

(Beifall bei der CDU)

sowohl im Hinblick auf Kommunikation, im Besonderen auf den Umgang mit den Hochschulleitungen, mit den Beschäftigten dort, mit den Professoren und natürlich auch mit den Studenten, aber auch im Hinblick auf die Finanzierung. Starke Hochschulen brauchen eine solide und sichere finanzielle Grundlage. Wir haben genau das schon in den letzten Jahren immer wieder thematisiert: die chronische Unterfinanzierung und die geringe Grundfinanzierung.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt wäre es erst einmal an der Zeit, genau das aufzuarbeiten, bevor ich mich in Umstrukturierungen begeben.

Weiteres in der zweiten Runde.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht Abgeordneter Schmidt.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen! Wenn wir heute über die Hochschulen in Rheinland-Pfalz debattieren, müssen wir natürlich vor allem über die umstrittene Frage der Trennung der Universität Koblenz-Landau sprechen.

Lassen Sie mich in dieses Thema mit einem persönlichen Rückblick einsteigen. Ich habe mein eigenes Geschichts- und Germanistikstudium an einer Doppeluniversität, der bayerischen oder genauer gesagt fränkischen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, angefangen. Deren im Jahr 1961 umgesetzte heutige Doppelstruktur hat auf jeden Fall deutlich mehr mit der neu zu gestaltenden Universität Kaiserslautern-Landau gemein als mit dem bisherigen künstlichen Konstrukt Koblenz-Landau plus Mainz, um die an einen eigenen dritten Standort verlagerte Univerwaltung nicht zu vergessen.

Die Ergänzung um die in Nürnberg konzentrierten Wirtschaftswissenschaften hat dem traditionsreichen Universitätsstandort Erlangen mit seiner starken Elektrotechnik, einer angesehenen medizinischen Fakultät und den ebenfalls renommierten Geisteswissenschaften nicht geschadet.

Der eigenständige wissenschaftliche Ruf wurde dank der sich ergänzenden Profile keineswegs verwässert. Stattdessen stellten sich für die fränkische Doppeluniversität der beiden sehr unterschiedlichen, aber immerhin räumlich direkt benachbarten Städte verschiedenste Synergieeffekte ein. Nicht von ungefähr wurde die Friedrich-Alexander-Universität mit ihren aktuell rund 39.000 Studenten im Jahr 2018 im Reuters-Ranking als innovativste Universität Deutschlands bewertet. So weit dazu.

Übertragen wir das Gesagte nun auf die mutmaßlich im Herbst 2022 offiziell entstehende Doppeluniversität Kaiserslautern-Landau, so lässt sich zunächst einmal die Parallele einer verbindenden ausgeprägten regionalen Identität, in diesem Fall der pfälzischen, festhalten. Auch die zumindest relativ gesehene räumliche Entfernung bedeutet ein klares Plus gegenüber dem für einen regelmäßigen Austausch doch sehr hinderlichen Status quo der 180 km voneinander entfernten Städte Koblenz und Landau.

Nachvollziehbar ist der Ärger über das Informationsverhalten der Landesregierung in dieser so wichtigen Zukunftsfrage, die von der Expertenkommission zur Entwicklung der rheinland-pfälzischen Hochschulen angestoßen wurde. Wissenschaftsminister Wolf wurde mehrfach mangelnde Transparenz vorgehalten. So beklagte sich der Landauer Oberbürgermeister Thomas Hirsch Mitte Januar, das Land sei mit seiner Stadt in der Hochschulfrage überhaupt nicht in Kontakt getreten.

Kritik kam auch aus Teilen der Professorenschaft und von den Studentenvertretungen. Die mangelnde Transparenz ist das eine, befürchtete Einsparungen sind das andere.

AStA-Referent Florian Schweizer erklärte: „Kaiserslautern steht viel besser da als Landau. Wir sehen die Gefahr, dass die Uni in der Südpfalz auf unsere Kosten ausfinanziert werden soll und deshalb Mittel verschoben werden.“ Außerdem forderte der AStA, dass der gute Ruf, den sich die TU Kaiserslautern zweifellos in Lehre und Forschung erarbeitet hätte, nicht angekratzt werden dürfe.

Diese beiden Aspekte sind in der Tat sehr wichtig. Wir als Oppositionspartei werden genau hinschauen und alles dafür tun, dass der gute Ruf der TU Kaiserslautern unter der Fusion nicht leidet. Der starke Forschungsstandort Kaiserslautern mit seinen 14.000 Studenten darf auf keinen Fall geschwächt werden. Man denke in diesem Zusammenhang an die sieben örtlichen Sonderforschungsbereiche, an den TU-Fachbereich Mathematik, der als einer der besten Deutschlands gilt, an das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz oder an die staatlichen Drittmiteinnahmen.

Die Universität Landau mit ihren aktuell 8.000 Studenten und ihrer schon chronisch zu nennenden Raumnot steht demgegenüber als deutlich schwächerer Partner da. Immerhin sei darauf hingewiesen, dass man in den Bildungswissenschaften im Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft zuletzt auf Platz 1 kam und die größeren räumlichen Einzugsbereiche der Studenten im Süden und Südosten von Rheinland-Pfalz und darüber hinaus auch für Kaiserslautern im Rahmen einer Doppeluniversität die Perspektiven eröffnen könnten.

Zwecks Profilierung von Landau sollte darüber nachgedacht werden, die im benachbarten Germersheim ansässigen, weltweit anerkannten Übersetzer- und Dolmetscherstudien mit dem Universitätsstandort Landau zu verknüpfen. Noch ist der Germersheimer Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft mit seinen zwölf angebotenen Sprachen und etwa 2.200 Studenten als externer Fachbereich der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz zugeordnet.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Wir haben aber auch keine Lust auf das Chaos!)

Ich komme jetzt allmählich zum Ende. Die beiden Standorte Kaiserslautern und Landau haben – auch das erinnert mich an die Universität Erlangen-Nürnberg – komplementäre Profile, stehen fachlich also kaum in einem Konkurrenzverhältnis.

Unser Fazit als AfD ist deshalb klar: Wir begrüßen die Trennung der Universität Koblenz-Landau, weil diese ein künstliches Konstrukt ist, das für die Zukunft weniger Perspektiven bietet als eine fachlich und finanziell sinnvoll umgesetzte neue pfälzische Doppeluniversität Kaiserslautern-Landau.

Näheres dazu in der zweiten Runde. Danke sehr.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Abgeordnete Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im April 2017 beauftragte das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur eine unabhängige Expertenkommission, das Hochschulsystem in Rheinland-Pfalz einer Analyse zu unterziehen. Ziel war es, Empfehlungen von Experten zu erhalten, um die Hochschulen des Landes zu stärken und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Gleichzeitig sollten die Schwächen des Systems aufgezeigt werden.

Seit Mitte 2018 – ich bitte Sie, sich diese Zahl noch einmal genau zu vergegenwärtigen – liegen die Ergebnisse der Kommission vor. Der Landtag hatte bereits im letzten Jahr über die Ergebnisse des Hochschulzukunftsprogramms debattiert. Dabei fanden auch die Standorte Koblenz, Landau und Kaiserslautern Berücksichtigung. Ich zitiere aus meiner damaligen Rede: „Für die Universität Koblenz-Landau sieht man neue Chancen im Hinblick auf eine Kooperation Landau/Technische Universität Kaiserslautern, und für Koblenz wird eine stärkere Profilierung im Bereich der Lehrerbildung empfohlen.“

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU:
Zwangsfusion!)

Als nun letzte Woche der Ministerrat genau diese Empfehlung absegnete und der Wissenschaftsminister in einer nachfolgenden Pressekonferenz die geplanten neuen Strukturen verkündete, war die Aufregung groß.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: So macht
man doch nicht Politik!)

Beginnen wir mit der kleinen Aufregung. In Koblenz mit heute 8.000 Studentinnen und Studenten sieht man die Eigenständigkeit als Chance. Ab dem 1. Oktober 2022 soll die Universität Koblenz eigenständig sein. Ziel ist es, ihr zusammen mit Unternehmen und Einrichtungen der Region ein neues Profil zu geben. Dies gilt vor allem für den Studienschwerpunkt Informatik. Ein weiteres Standbein der Universität Koblenz ist die Lehrerbildung, die einen Ausbau erhalten könnte.

Interessant ist für mich, dass sich bereits der Stadtrat in Koblenz mit einer weiteren Profilbildung befasst.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau! Auf
Antrag der AfD-Fraktion!)

So wird jetzt der Schwerpunkt Gesundheitswissenschaften und Gewässerkunde aktiv diskutiert. Ich habe den Eindruck, dass hier bereits ein aktiver Prozess der Profilbildung sowohl an der Universität als auch in der Region begonnen hat.

Nun zur großen Aufregung: Die Technische Universität Kaiserslautern ist ein universitärer Leuchtturm. Sie hat sich im Laufe der Jahre als forschungsstarke Einrichtung etabliert und requiriert Drittmittel aus Mitteln der Forschungsinitiative. Dies wird in dieser Form von der Expertenkommission als herausragende Entwicklung beschrieben.

Der Schwerpunkt der TU Kaiserslautern liegt im Bereich der Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und der Technik. Im Bundeswettbewerb Exzellenz erhielt sie ei-

ne Auszeichnung, und im Uni-Ranking der WirtschaftsWoche steht sie auf Platz 4 respektive Platz 5. Mit 14.900 Studentinnen und Studenten bietet sie ein breit gefächertes Studienangebot.

Gegründet wurde sie als Doppeluniversität Trier-Kaiserslautern im Jahr 1969. Im Jahr 1975 erfolgte die Trennung in eigenständige Universitäten.

Die TU Kaiserslautern erlangte in den letzten Jahren zahlreiche Top-Platzierungen. Am Standort Landau der bisherigen Doppeluniversität Koblenz-Landau studieren etwa 8.000 Studentinnen und Studenten in den Fachbereichen Erziehungswissenschaften, Sozialwissenschaften, Umweltwissenschaften und Psychologie. Lehramtsstudiengänge bilden die Kernkompetenz der Universität.

Die geteilte Struktur mit den 150 km voneinander entfernten Standorten und einem gemeinsamen Präsidialamt in Mainz ist bundesweit einmalig. Bis zum Wintersemester 2022 soll die Trennung vollzogen sein und damit auch die Fusion Landau mit der TU Kaiserslautern.

Aufregung gab es über den Prozess, obwohl dies doch durch das Hochschulzukunftsprogramm eigentlich hätte bekannt sein müssen. Offenbar hat aber niemand mit der Schnelligkeit der Umsetzung auf der Ebene des Ministeriums gerechnet.

Was ist nunmehr zu tun? Zunächst bleibt festzuhalten, der Ministerrat hat die Empfehlungen der Hochschulzukunftskommission 1 : 1 umgesetzt.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Was es jetzt zu tun gibt, werde ich in der zweiten Runde erläutern.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht deren Vorsitzender Herr Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eine konstruktive Debatte. Dafür möchte ich mich bedanken. Wenn man die Aufregung der letzten Woche sieht, war man nicht so sicher, dass wir heute in eine konstruktive Richtung losgehen.

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Ich glaube, das wird auch die Opposition nicht verneinen.

(Zuruf der Abg. Marion Schneid, CDU)

Die Zahlen haben sich gut entwickelt, die Lehre hat sich gut entwickelt, und die Inhalte haben sich gut entwickelt. Deswegen glaube ich, wenn man vergleicht, was vor 20,

30 oder gar 40 Jahren in Rheinland-Pfalz an Hochschul-landschaft da war, muss man deutlich sagen, was in den letzten Jahren geschaffen wurde – natürlich nicht nur von der Landesregierung, sondern auch von den Lehrenden und von den Lernenden vor Ort –, ist schon ein großes Lob wert. Wir haben in Rheinland-Pfalz großes Glück, dass so viele Menschen sich daran beteiligt haben, an diese Stelle zu kommen, an der wir jetzt sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben dadurch, dass wir von vornherein kein Bildungsstandort waren, bei den Gründungen auch Doppelstrukturen gehabt. Wenn man sich die Historie anschaut, gab es einmal eine Universität Trier im 15. Jahrhundert, und im 15. Jahrhundert wurde auch die Universität Mainz gegründet, aber wir sind nun einmal nicht mit solchen Universitäten wie Heidelberg und Tübingen wie unser Nachbarland Baden-Württemberg gesegnet.

Wir mussten kleinere Universitäten gründen. Wir mussten Hochschulen gründen. Sie mussten sich gemeinsam entwickeln. Weil ich in den 1970er-Jahren oft an der Hochschule in Landau war, weiß ich selbst, dass das als Pädagogische Hochschule in Landau erst einmal ein Nukleus war, aus dem etwas entstehen konnte. Psychologie gab es dort schon damals. Es war vor allem das Lehramt, aber es hat sich noch einiges in der Zwischenzeit entwickelt.

Dass man dann manchmal ungünstige Strukturen hinnehmen muss wie Koblenz-Landau mit einem Verwaltungsstandort Mainz – ich glaube, was niemand in diesem Raum verteidigen würde auf die Dauer –, ist der Entwicklung in Rheinland-Pfalz geschuldet. Sie haben es erwähnt, ähnlich war es mit der Universität in Trier gemeinsam mit Kaiserslautern, dann Kaiserslautern allein und Trier mit Birkenfeld usw.

Bevor letzte Woche die Debatte losging, muss ich ehrlich sagen, wusste ich nicht, dass Germersheim zu Mainz gehört. Wir haben verschiedene Dependancen, und diese Dependancen, die bisher günstig waren, wollen wir verbessern. Natürlich wollen wir eine Synergie erreichen. Wenn wir auf letzte Woche sehen, ich weiß nicht, ob das eine Kritik oder ein Lob war, dass das Ministerium schneller gehandelt hat als man dachte, Frau Lerch. Das kann ein Lob sein, und ich sehe es auch als Lob.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es war ein Lob!)

Deswegen glaube ich, die Standorte selbst hätten wissen können, was auf sie zukommt. Frau Schneid, was wir aber dann im Ausschuss besprochen haben und mir sehr wichtig ist: Deutlich gemacht wurde, es gibt eine Grundsatzentscheidung in der Politik, aber es gibt die wissenschaftsgeleitete Diskussion, was zusammenpasst und was nicht zusammenpasst. Wir haben Zeit, diese Diskussion zu führen, auch in aller Transparenz. Die Diskussion ist nicht allein interessengeleitet, sondern muss wissenschaftsgeleitet sein. Darauf legen wir Wert.

Die Standorte müssen eine Garantie haben. Sie müssen möglichst große Einigkeit haben, aber wissenschaftsge-

leitet zusammen, und Synergieeffekte heben. Das heißt nicht, Einsparungen durchzuführen – es ist nicht an Einsparungen gedacht –, sondern noch bessere Angebote zu machen für alle, die an diesen Standorten studieren. Meine Damen und Herren, dann haben wir in Rheinland-Pfalz tatsächlich eine Verbesserung erreicht.

Diese Verbesserung, auf die wir hinzielen, wird natürlich einige Zeit dauern. Wenn wir hören, dass schon allein bis 2022 Zeit ist, bis sich die Verwaltung in Mainz auflösen und mit Geld unterstützt an die anderen Standorte transferiert werden kann, ist das schon einmal positiv. Das heißt, wir haben die Zeit.

Ich habe letzte Woche mit Vertretern des AStA in Kaiserslautern gesprochen. Ich habe mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern vor Ort gesprochen. Das war nicht immer sehr vergnüglich, weil die zum Teil doch schon ein bisschen aufgeregt waren. Aber ich glaube, wenn man mit den Menschen vor Ort spricht, sehen sie auch die Chance, die es geben kann.

Am Schluss möchte ich noch einmal sagen: Die CDU hat jetzt natürlich keine bessere Idee vorgebracht – das muss auch nicht sein –, außer einer besseren Finanzierung. Natürlich würden wir uns alle wünschen, dass wir mehr Geld für die Hochschulen hätten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Macht doch mal!)

Wir sind nicht Baden-Württemberg oder Hessen. Wenn die CDU mehr Geld für Kitas, Schulen, Hochschulen

(Abg. Monika Becker, FDP: Straßenbau!)

und für alles andere im Land fordert, aber nicht weiß, woher es kommen soll, ist diese Debatte nicht redlich, meine Damen und Herren.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es sind doch Rücklagen da!

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ihr seid an der Regierung!)

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Herr Wissenschaftsminister Professor Wolf.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das Land ist ja pleite!)

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Sehr geehrter Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz hat starke Hochschulen. Mit dem Hochschulzukunftsprogramm erarbeiten wir mit den Hochschulen zusammen die Entwicklung von Rheinland-Pfalz als Wissenschaftsland für die nächsten zehn Jahre und

darüber hinaus.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So machen wir das!)

Unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften unterstützen wir zum Beispiel bei der Entwicklung neuer Angebote in der Lehre, etwa für duale und berufsbegleitende Studiengänge, oder bei Maßnahmen zur Erhöhung des Studienerfolgs und in der Forschung mit Forschungskollegs.

Wenn wir auf unsere Universitäten blicken, dann ist die Universität Mainz eine der großen forschungsstarken Volluniversitäten in Deutschland. HI-TRON als neues Helmholtz-Institut der Krebsforschung und das Deutsche Resilienz-Zentrum, das wir in Kürze als weiteres Leibniz-Institut in Mainz haben werden, gingen aus Forschungsschwerpunkten der JGU hervor. Das Exzellenzcluster PRISMA wird für weitere sieben Jahre gefördert. Der Bereich Naturwissenschaften belegt aktuell Platz 1 der Förderliste der DFG. Das sind nur ein paar Beispiele. Auch im Bereich der Lehre nimmt diese Uni in vielen Fällen eine Vorreiterrolle ein.

Das Profil der Universität Trier reicht von Ägyptologie bis Wirtschaftsinformatik. Derzeit erarbeitet die Universität in ihrer Forschungsstrategie neue Schwerpunkte, etwa bei der antiken Kaiserresidenz, den Gesundheits- und Pflegewissenschaften oder beim Thema „Digitalität in den Geisteswissenschaften“. All das findet sich auch in der Lehre wieder. Außerdem ist die Uni sehr aktiv bei der Entwicklung einer europäischen Universität.

Dann haben wir noch die Universität Koblenz-Landau und die TU Kaiserslautern. Die Uni Koblenz-Landau ist in den letzten Jahren auf derzeit 17.500 Studentinnen und Studenten angewachsen, Tendenz steigend. In Koblenz studieren ca. 9.000 Studierende in Lehramtsstudiengängen und in Fächern wie Informatik, Wirtschaftsinformatik, Bio-GeoWissenschaften oder Kulturwissenschaften.

Diese sind für Koblenz und das nördliche Rheinland-Pfalz von enorm großer Bedeutung für die Sicherung akademischer Fachkräfte der Zukunft oder für die Entstehung von Innovationen. Eine selbstständige Universität Koblenz wird noch besser als bisher in der Lage sein, sich ein ausgezeichnetes wissenschaftliches Profil zu erarbeiten und dabei die Bedarfe und Entwicklungschancen von Koblenz und der gesamten Region berücksichtigen zu können.

Landau mit ca. 8.500 Studierenden hat ein ausgeprägtes wissenschaftliches Profil auf Gebieten wie Erziehungswissenschaften, Kultur- und Sozialwissenschaften, Natur- und Umweltwissenschaften und Psychologie.

Schließlich noch die TU Kaiserslautern. Sie gehört zu den zehn forschungsstärksten technischen Universitäten in Deutschland. Deutlich über 50 Millionen Euro an Drittmitteln, sieben Sonderforschungsbereiche und zwei erfolgreich eingeworbene Forschungsbauten belegen diese Forschungsstärke. Die TU ist im Vergleich zu den anderen großen technisch orientierten Universitäten in Deutschland aber auch fachlich deutlich fokussierter aufgestellt, was sich als Folge davon etwa auch in der Zahl von 10.500 Studierenden – ohne die Weiterbildungsstudiengänge – aus-

drückt.

Vergleichbar orientierte Universitäten sind durch einen starken technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, eine starke gesellschaftswissenschaftliche und eine starke erziehungswissenschaftliche Säule und aufgrund dieser größeren fachlichen Breite auch durch mehr als 20.000 Studierende geprägt.

Durch die Zusammenführung der TU Kaiserslautern mit der Uni in Landau entsteht eine große zweite Landesuniversität, die mit ihrer fachlichen Ausrichtung die naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen abdeckt, aber auch gesellschaftswissenschaftliche Fächer und Bildungswissenschaften, wie das an großen technisch orientierten Universitäten etwa in Karlsruhe, Darmstadt oder Braunschweig, also in den anderen Ländern, der Fall ist.

Es entsteht eine Universität, an der die Grundlagen für technische Innovationen bis zur Anwendung erforscht werden. Innovationen entstehen natürlich nicht nur in der Technik, sondern gerade auch an der Schnittstelle zu nicht technischen Disziplinen.

Es entsteht eine Universität, an der die großen Fragen unserer Zeit bearbeitet werden, wenn wir zum Beispiel an die Digitalisierung mit ihren enorm schnellen Innovationszyklen und den Fragen nach den gesellschaftlichen Folgen für uns alle denken.

Wir haben mit einer Gruppe ausgewählter Hochschul- und Wissenschaftsexperten über einen Zeitraum von zwölf Monaten hinweg die Weiterentwicklung unserer Hochschulen betrachtet. Dabei fanden Begehungen vor Ort statt. Es wurden Gremien und Vertreter aller Statusgruppen gehört. Im April letzten Jahres – also fast vor einem Jahr – wurde der Expertenbericht vorgestellt. Wir haben in einer zweiten Bewertungsphase speziell die bestmögliche Entwicklung der Universitätsstandorte Koblenz-Landau und der TU Kaiserslautern betrachtet.

Am Ende steht eine Grundsatzentscheidung bezüglich der Entwicklungschancen der Universitäten, aber auch hinsichtlich der Entwicklung des Landes. Die Hälfte der jungen Menschen entscheidet sich heute für ein Studium. Unsere Hochschulen sind die Grundlage für Innovation und Entwicklung der Gesellschaft. Hochschulentwicklung ist Landesentwicklung und umgekehrt.

Wir werden jetzt in diesem Prozess mit den Hochschulen zusammen die Umsetzung gestalten, selbstverständlich mit allen Beteiligten – den Studierenden, den Professorinnen und Professoren, der Personalvertretung im Mittelbau usw. –, und zu einem erfolgreichen Abschluss führen; denn Rheinland-Pfalz braucht starke Hochschulen.

Erlauben Sie mir, dass ich mich zum Schluss bei Herrn Staatssekretär Barbaro für diesen Prozess, an dem er mitgewirkt hat, sowie auch für die übrigen Prozesse und Themen, an denen wir in den letzten Jahre gearbeitet haben, bedanke.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Schweitzer.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube es ist deutlich geworden, dass wir dieses Thema, das wir für die Aktuelle Debatte angemeldet haben, auch noch in den nächsten Wochen und Monaten sehr, sehr intensiv gemeinsam begleiten müssen. Es ist deutlich geworden, dass auch seitens der Opposition niemand wirklich eine grundsätzliche alternative Idee zu dem hat, was die Hochschulzukunftskommission vorgeschlagen hat und was das Ministerium vorschlägt.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Was Sie vorschlagen, ist: Es muss innerhalb der Vorschläge, die von der Regierung kommen, alles irgendwie noch besser und am besten auch noch besser finanziert werden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ihr bleibt in der Kontinuität!)

Ich sage, das ist Oppositionsarbeit für die Schmalspur. Das kann man machen, wird aber vor Ort nicht wirklich weiterhelfen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Warte mal ab!)

Wir werden diese Diskussion fortsetzen müssen. Ich betone noch einmal: Es geht um gemeinsame Profilierung. Wir haben in den letzten Jahren eine sehr starke Entwicklung hin zu quantitativem Wachstum an den Hochschulen gehabt. Aber wir haben natürlich den Stellenwert nicht immer so stark auf die Qualität der Entwicklung legen können, wie wir es selbst für richtig halten. Diese Qualität der Entwicklung müssen wir jetzt für die beiden Hochschulstandorte Kaiserslautern und Landau gemeinsam entwickeln, und zwar entlang der Vorschläge, die der Minister vorgestellt hat.

Wir alle sind gefordert, diese Diskussion auch vor Ort konstruktiv zu begleiten – so, wie wir es alle sicherlich tun – und dann im Parlament die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Schneid.

Abg. Marion Schneid, CDU:

Ich führe meine Ausführungen fort.

Trennung und Fusion dürfen kein Sparmodell sein. Das heißt, alle Standorte müssen sich positiv entwickeln können.

(Abg. Martin Haller, SPD: Mitten im Satz!)

Deshalb fordern wir als Allererstes einen transparenten Kommunikationsprozess. Die Zusage von Minister Wolf bezüglich unserer Forderung habe ich eben schon gehört.

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Zum Zweiten fordern wir eine absolute Stärkung der Standorte. Sowohl Koblenz als auch Kaiserslautern müssen in ihren Standorten durch ein gutes Studienangebot gestärkt werden. Insbesondere muss der Standort Landau auch baulich enorm auf Vordermann gebracht werden. Ich erinnere an den hohen Sanierungsbedarf und den hohen Bedarf an Lehrsälen in Landau. Starke Hochschulen brauchen auch eine starke Ausstattung. Das ist so.

(Beifall bei der CDU)

Zum Dritten fordern wir eine auskömmliche Finanzierung. Sowohl Koblenz als auch Landau und Kaiserslautern müssen finanziell auf solide Füße gestellt werden, damit sie sich tatsächlich gut für die Zukunft aufstellen können. Im Fall einer Trennung und Fusion darf Koblenz nicht alleingelassen werden.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Landau darf nicht einfach in den Globalhaushalt überführt werden, und Kaiserslautern darf durch die Fusion keinen Schaden erleiden. Das sind drei wichtige Kriterien, die beachtet werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere daran: Wir haben gerade vor Kurzem unseren Antrag gestellt, dass wir die TU Kaiserslautern mit einer neuen Professur ausstatten wollen,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist doch schön! Das ist gerade die Zustimmung der CDU zu dem Vorschlag des Ministeriums!)

um Digitalisierung und Smart Cities voranzubringen. Ich sage ganz ehrlich: Forschung und Lehre dürfen wegen dieser Umstrukturierung nicht auf der Strecke bleiben.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ihr seid also dafür?)

Generell braucht jede Umstrukturierung Ressourcen und Manpower. Aus Bordmitteln ist das nicht zu machen, besonders wenn man davon ausgeht, dass die Beschäftigten im Präsidialamt mit Sicherheit nicht mehr werden, sondern sich deren Zahl im Lauf der Zeit wegen der Unsicherheit reduzieren wird.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: So einen Murks wieder gemacht!
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Pass mal auf mit „Murks“!)

Ich glaube auch, dass die in den Raum gestellten 8 Millionen Euro mit Sicherheit nicht ausreichen werden, weil das im Vergleich zu anderen Fusionen in anderen Bundesländern nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden diesen Prozess aufmerksam begleiten,

(Glocke des Präsidenten)

und wir wollen, dass es gut wird.

(Beifall der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: Das ist ja geil!
Das ist die Opposition in Rheinland-Pfalz:
Wir wollen, dass es gut wird! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wie erhellend war das denn? Das ist mehr als erwartet!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Schmidt.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Herr Schweitzer, ich würde mich auch ärgern, wenn ich das verteidigen müsste! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir haben doch gerade Eure Zustimmung bekommen! –
Glocke des Präsidenten)

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Herr Präsident, liebe Kollegen! Klar ist: Hinsichtlich der neuen Doppel-Uni Kaiserslautern-Landau spielt die Finanzierung eine große Rolle. Dabei darf es nicht so sein, dass im Zuge der Neuordnung Gelder nur hin und her verschoben werden. Als AfD fordern wir eine angemessene und möglichst rasche Mittelaufstockung für beide Standorte. Andernfalls wird es kaum möglich sein, dieses langfristig bedeutsame Projekt zum Nutzen der beiden Universitäten und des ganzen Landes auf der materiellen Ebene abzusichern und die erforderliche Akzeptanz aller Beteiligten schnellstens zu erhöhen.

Noch ein paar Worte zur Universität Koblenz: Es gilt festzuhalten, dass Koblenz als Universitätsstandort anders als das südpfälzische Landau zweifellos stark genug ist, um organisatorisch auf eigenen Beinen stehen zu können. Der Stadtrat Koblenz hat bereits im Mai 2018 eine entsprechende Resolution verabschiedet, bei der übrigens die dortige AfD-Fraktion der Taktgeber war.

(Heiterkeit bei der SPD –
Abg. Joachim Paul, AfD: Natürlich!)

– So ist das. So ist das gewesen. Diese Resolution richtete sich an die Landesregierung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das war vielleicht ein Militärmarsch!
Radetzkymarsch!)

Der Inhalt: Ausbau zur Volluniversität einschließlich der Möglichkeit zum Jurastudium durch die Einrichtung einer entsprechenden juristischen Fakultät.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Jetzt wissen wir auch, wer die Reden schreibt!)

Die Landesregierung verweist zwar darauf, dass ihrer Ansicht nach die vorhandenen Möglichkeiten der juristischen Ausbildung aktuell ausreichend seien. Gleichwohl ist eine Abwanderung von Schülern mit Hochschulzugangsberechtigung in benachbarte Bundesländer festzustellen. Obendrein ist Koblenz schon seit vielen Jahrzehnten ein traditionsreicher Standort der Jurisprudenz. So sind dort nicht nur das Oberlandes- und Oberverwaltungsgericht ansässig, sondern auch der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz.

Wir als AfD wünschen dem Universitätsstandort Koblenz als neue eigenständige Volluniversität alles Gute.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was glauben eigentlich alle die, die sich heute sehr kritisch äußern, warum man eine unabhängige Expertenkommission einsetzt? Weil man von Experten eine Antwort und Empfehlungen will. Man kann sich natürlich hinstellen und sagen, wir machen einen Prozess, wir hören uns das an, aber das ist dann Sache für den Papierkorb.

Genau das ist eben nicht eingetreten. Man hat die Empfehlungen der Kommission 1 : 1 berücksichtigt und damit auch die Experten in ihrem Votum für den neuen Prozess geschätzt.

(Abg. Martin Haller, SPD: So ist das!)

Genau das ist jetzt passiert, und nichts anderes.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Ich wiederhole mich noch einmal: Alle wussten, dass das im Hochschulzukunftsprogramm steht und stand. Seit vielen, vielen Monaten ist das bekannt. Es ist in den Regionen bekannt, und es war und ist auch in diesem Hause bekannt. Ich frage mich deshalb: Was wird heute eigentlich kritisiert? Wird das Zusammengehen kritisiert? Das habe ich hier nicht herausgehört.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Die Konzeptionslosigkeit!)

Der Standort Koblenz wird gelobt. Das Zusammengehen wird gelobt. Was hier unter Umständen kritisiert wird, ist das befürchtete Ergebnis. Meine Damen und Herren, Sie sprechen hier im Konjunktiv. Es könnte sein, dass; es müsste sein, dass. Glauben Sie im Ernst, dass dieser Prozess eingefädelt wird, ohne dass man am Ende starke Universitäten und Hochschulen will? Wir wollen das alle.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Dieser Prozess wird das auch ermöglichen.

(Glocke des Präsidenten)

Im Jahr 2022 soll der Prozess abgeschlossen sein. Bis dahin wird ein Konstrukt gefunden worden sein, in das die Beteiligten einbezogen werden – das hat der Minister in aller Deutlichkeit gesagt – und über das die Beteiligten diesen Prozess begleiten und schon im eigenen Interesse zu einem guten Ergebnis führen werden.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD, Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich beim ersten Mal schon bedankt. Beim zweiten Mal muss ich mich herzlich bedanken, weil die CDU, wenn ich das richtig verstanden habe, das Konzept und die Entscheidung zunächst einmal unterstützt. Das ist schön und gut.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich würde nur darum bitten, dass man dann vor Ort ähnlich auftritt und nicht irgendwelche Feuerchen anzündet und unterstützt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Deswegen glaube ich, wir haben wirklich eine Chance. Frau Schneid, Sie haben gesagt – das unterstütze ich voll und ganz –, wir wollen, dass es gut wird. Das wollen auch wir. Wir haben jetzt den ersten Schritt dazu getan, dass es gut werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD)

Es ist noch nicht garantiert, dass es gut wird. Das gebe ich zu, weil wir jetzt drei weitere Jahre arbeiten müssen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Noch einmal: Was wir in Kaiserslautern an Leistung sehen, was wir an dieser Universität an Qualität sehen, was

wir – – –

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf sieht das nicht, der muss immer nur dazwischenbrüllen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU –
Abg. Michael Hüttner, SPD: Der kann nur
brüllen, der arme Kerl!)

Das ist sehr schade. Ich habe gerade die Uni in Kaiserslautern gelobt, Herr Baldauf. Nicht deshalb, weil die Studenten dort zuhören, sondern weil es dort eine qualitativ gute Lehre gibt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ehrlich?)

Die Lehre, die es in Kaiserslautern gibt, die es auch qualitativ sehr hoch – das ist vorhin schon gesagt worden – in Landau gibt, mit einem besseren Angebot zusammenzuführen, mit einem – – –

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU –
Glocke des Präsidenten –
Abg. Michael Hüttner, SPD: Mein Gott, geh
nach Brüssel! –
Unruhe im Hause)

– Südpfälzer sind Schreihäls, ich weeb!

(Heiterkeit im Hause –
Zurufe von der CDU)

Jetzt noch einmal: Meine Damen und Herren, mit diesem Angebot, das wir den Studentinnen und Studenten vor Ort machen können, können wir die Universitätslandschaft in Rheinland-Pfalz verbessern. Daran müssen wir arbeiten.

Die Qualität, die wir an den Standorten haben, wollen wir weiterhin erhalten. Das wollen wir natürlich mit Geld unterstützen. Das ist aber nicht alles, was man tun kann, sondern man muss vor Ort die Diskussion, die wissenschaftsgeleitete Diskussion darüber, wie wir die Verbesserungen erreichen können, unterstützen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich freue mich darauf, wenn Sie das genauso tun wie wir auch.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der erste Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN DEBATTE

**Aktuelle Entwicklungen in der Diesel-Debatte:
Stickoxid-Grenzwerte erhöhen, Mess-Stationen neu
aufstellen, Fahrverbote in Rheinland-Pfalz
verhindern!**

auf Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/8374 –

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Bollinger.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! 870.000 rheinland-pfälzische Pkw-Halter werden von Fahrverboten in Mainz und in anderen Städten, auch in grenznahen Städten wie Bonn oder Frankfurt, betroffen sein. Für diese Pkw-Fahrer, hauptsächlich Diesel-Fahrer, gab es in unserer letzten Plenarsitzung einige wichtige Nachrichten. Es wird den Fahrern damit Hoffnung gemacht, aber es ist fraglich, ob die neuen Entwicklungen wirklich zur Verhinderung von Fahrverboten in Rheinland-Pfalz führen werden; denn Stadtverwaltungen, Landesregierung und Bundesregierung zeigen immer noch zu wenig Engagement zur Verhinderung von Fahrverboten.

So meldeten letzte Woche einige Medien, die EU-Kommission würde einer Erhöhung der Grenzwerte auf 50 µg für Stickoxide zustimmen. Eine Grenzwerterhöhung wäre in der Tat eine gute Sache. Wir als AfD fordern das im Landtag seit dem Sommer 2017.

Tatsächlich geht es in der Debatte aber nur um einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, nach dem Fahrverbote bei Stickoxiden von 50 µg in der Regel nicht in Betracht kommen sollen. Ein Verbot für bestimmte Schadstoffklassen bleibt aber nach einer Einzelfallprüfung trotzdem möglich.

Meine Damen und Herren, das ist leider keine hinreichende Veränderung der bestehenden Rechtslage. Natürlich haben die Gerichte auch bisher eine Einzelfallprüfung vorgenommen, und sie haben betont, dass Fahrverbote nur das letzte Mittel sein können. Doch diese Einschränkungen haben in den Fällen von Mainz, Köln, Bonn, Darmstadt, Frankfurt sowie in vielen weiteren Städten bisher nichts genutzt. Die Deutsche Umwelthilfe zieht auch bereits in Zweifel, dass die neue Regelung Auswirkungen auf die Verhinderung von Fahrverboten in Mainz hätte.

Dass die CDU-Landtagsfraktion nach dem Vorbild der Bundesregierung nun ebenfalls parlamentarische Initiativen einbringt, die zu kurz springen, macht es nicht besser.

(Beifall der AfD)

Über einen solchen Antrag zu einem für viele Menschen so wichtigen Thema, der leider zu weit an der Oberfläche bleibt, werden wir morgen zu sprechen haben. Dem werde ich hier nicht vorgreifen.

Meine Damen und Herren, nur eine echte Erhöhung des Stickoxidgrenzwerts und eine Messung an repräsentativen Orten bieten einen wirksamen Schutz vor Fahrverboten, die für viele Bürger eine kalte Enteignung darstellen.

In Sachen Grenzwerte erinnere ich die CDU daran, dass

die geltenden Grenzwerte von 40 µg von der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel mit beschlossen wurden.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Hört, hört! –
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: So ist das!)

Eine interessante Idee in diesem Zusammenhang stammt neuerlich vom saarländischen Ministerpräsidenten Hans. Er stellt in seiner Regierungserklärung die Frage, ob es sinnvoll sei, für Stickoxide EU-weit bindende Grenzwerte festzulegen, wenn der Umgang damit in der Praxis sehr unterschiedlich sei. Hans fügte hinzu: „Ich meine, es ist Zeit, dass wir innerhalb der EU wieder über das Subsidiaritätsprinzip und die geltende Kompetenzabgrenzung reden.“ Tatsächlich sind Luftschadstoffe heute nur noch ein lokales Problem, genauer genommen ein mikrolokales Problem, meist nur ein paar Meter um die rheinland-pfälzischen Messstationen herum. Ein interessanter Ansatz, den man durchaus alternativ zur Diskussion stellen sollte, falls sich in der aktuellen Grenzwertdiskussion keine zielführenden Lösungen finden.

Ich möchte noch zu zwei weiteren aktuellen Entwicklungen Stellung nehmen. Zum Ersten hat die Deutsche Umwelthilfe in Wiesbaden vor Gericht nachgegeben. Es wird auf der anderen Rheinseite keine Fahrverbote geben. Das ist ein kleiner Lichtblick auch für die anfangs angesprochenen 870.000 rheinland-pfälzischen Pkw-Halter. Der Wiesbadener Luftreinhalteplan enthält auch einige Maßnahmen, die nicht kurzfristig greifen, die Anschaffung von Batteriebussen zum Beispiel allein wegen der langen Lieferfristen. Der günstige Ausgang in Wiesbaden liegt darum eher nicht an einem guten Luftreinhalteplan, sondern daran, dass die Gerichte wieder umschwenken. So hat das oberste hessische Verwaltungsgericht bereits verfügt, dass ein Überschreiten der Grenzwerte allein nicht schon für zonenbezogene Fahrverbote ausreicht.

Meine Damen und Herren, damit zeigt Wiesbaden, was Mainz verpasst hat, als es nicht in die Berufung gegangen ist. Die Landesregierung hätte der Stadt Mainz empfehlen sollen, ins Berufungsverfahren zu gehen, aber auch in den Antworten auf unsere Große Anfrage, die wir morgen besprechen werden, weigert sich die Landesregierung, einen solchen Rat auszusprechen. Damit steht sie inzwischen im Gegensatz zum Bundesverkehrsminister. Minister Scheuer sagte Anfang Februar in einem Interview: „Ich rate den Kommunen und Ländern, sich mit allen juristischen Mitteln zur Wehr zu setzen.“ Diesen Rat sprechen auch wir aus und werden auf die weiteren Entwicklungen in der zweiten Runde eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Richtig! Sehr
gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Oster.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt haben Sie noch einmal schnell den Titel der Aktuellen Debatte geändert. Ja, das passiert, wenn man das Pferd zu früh sattelt und jeder Eilmeldung hinterher hastet.

(Abg. Martin Haller, SPD: So ist das! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Medienschelte!)

Eine Augsburger Zeitung berichtete, dass die Stickstoffgrenzwerte auf 50 µg angehoben werden. Im Nu feierte das die AfD-Rheinland-Pfalz in bizarren Pressemitteilungen ab und beantragte eine Aktuelle Debatte. Blöd nur, dass dies eine Falschmeldung war. Ich sage, wer so Politik macht und das noch nicht einmal mehr hinterfragt, der betreibt keine seriöse Politik.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das Thema ist
nach wie vor aktuell!)

So etwas nennt man schlichtweg Effekthascherei.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Inhaltlich nichts
zu sagen! Das ist es doch! –
Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Die ganze Diskussion um Dieselfahrverbote und um Stickoxidgrenzwerte wird immer absurder und führt zu Verwirrung und zu einer enormen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger.

Bundesverkehrsminister Scheuer, der sich auf schleierhafte Studien und Lungenfachärzte beruft, hält selbst, als nun herausgekommen ist, dass Herr Köhler sich um den Faktor Tausend – ich betone, um den Faktor Tausend – verrechnet hat und seine angeblichen Zahlen wie ein Kartenhaus zusammengefallen sind, weiter an diesen fest.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Eine einzige
Zahl!)

Es wird Zeit, dass wir zu einer Versachlichung der Debatte zurückkommen und nicht jeder denkt, dass er der geborene Experte in dieser Frage sei.

Meine Damen und Herren, nein, es sollen eben nicht die Grenzwerte auf 50 µg angehoben werden. Es geht einzig und allein um die Verhältnismäßigkeit bei geringen Grenzüberschreitungen. Dieser Initiative der Bundesregierung hat die EU nun zugestimmt bzw. ich füge an, nicht widersprochen. Das ist vollkommen nachvollziehbar und wird von uns mitgetragen; denn gerade diese Verhältnismäßigkeit trifft uns in Rheinland-Pfalz so gravierend.

Wir haben in allen betroffenen Städten nur geringe Grenzwertüberschreitungen. Deshalb bin ich mir ziemlich sicher, dass es bei uns in Rheinland-Pfalz zu keinen Fahrverboten kommen wird. Dies eben nicht wegen der aktuellen Diskussion, sondern weil gerade diese Landesregierung gemeinsam mit den Städten Mainz, Koblenz und Ludwigshafen an einem Strang zieht

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

und die verschiedensten Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität umsetzt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Lächerlich!)

Dann komme ich zur Diskussion über die Messstation und die Verbesserung der Luftreinheit. Ja, das sollte unser Ziel sein; denn wir haben doch alle ein ureigenstes Interesse daran, mit sauberster Luft zu leben.

Über Fahrverbote, Grenzwerte und auch Messstellen kann man durchaus politisch streiten und anderer Auffassung sein, aber an geltendes Recht muss sich gehalten werden. Wenn der Bundesverkehrsminister dies ändern möchte, soll er bei der EU vorstellig werden, aber solange das Recht gilt, muss es respektiert und eingehalten werden.

Hier wird heute von der AfD wieder der Eindruck vermittelt, als würden die Messstationen in Rheinland-Pfalz kreuz und quer nach Belieben aufgestellt werden.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Die Antwort
der Landesregierung!)

Das ist nicht korrekt, und dem muss heute klar und deutlich widersprochen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Lesen Sie mal
die Antwort auf unsere Große Anfrage!)

Die Zwischenrufe kamen eben schon. Ich habe nur auf sie gewartet. Auch im letzten Plenum hat man mir Bashing der Autoindustrie, ein Kaputtreden und ein Zerschlagen der Autoindustrie vorgeworfen. Nein, darum geht es nicht. Darum ging es nie. Das hat auch keiner behauptet.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Natürlich!)

Ich zitiere die EU-Industriekommissarin – man könnte meinen, sie muss diesen Satz sicherlich nicht sagen, aber sie hat ihn gesagt –: „Wir bestrafen mit Fahrverboten die Verbraucher als letzten Teil der Kette, aber nicht die Hersteller.“ Darum geht es im Kern. Nichts anderes sage ich seit Monaten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe der Abg. Uwe Junge und Michael
Frisch, AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht deren Vorsitzender, Herr Baldauf.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es um den Diesel geht, um Grenzwerte, um Fahrverbote, stehen vielen Bürgerinnen und Bürger im besten Fall Zweifel ins Gesicht geschrieben, im schlimmsten Fall ist es die Verzweiflung. Umso wichtiger ist es, dass hier die Politik einen klaren Kopf behält, wenn es darum geht, die verschiedenen Interessenlagen in Einklang zu bringen.

Vieles trifft hier zusammen: wirtschaftliche Interessen, gesundheitliche Interessen, unterschiedliche politische Ziele, zukunftsfähige Mobilitätskonzepte, die Bewahrung von Ökosystemen, Gefühle und Emotionen, Kosten-Nutzen-Abwägungen, die Gefahr massiver Eingriffe in den Alltag der Bürger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Grenzwerte werden nicht von der Natur gemacht, sondern von Menschen festgelegt, mit allen Fehlern, die damit einhergehen können, in die eine wie in die andere Richtung.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Frau Merkel!)

Die politische Debatte darüber ist grundsätzlich richtig und notwendig, auch deshalb, weil in den vergangenen Monaten viel Vertrauen für Bürgerinnen und Bürger verloren gegangen ist. Auch über Fahrverbote muss nachgedacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen aber auch selbstkritisch sein. Staat, Länder und Kommunen hätten hier seit 1999 mehr tun, besser und schneller handeln müssen, anstatt die sich abzeichnenden Probleme auf die lange Bank zu schieben und den Kopf in den Sand zu stecken.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dennoch dürfen wir jetzt nicht in falschen Aktionismus verfallen. Die CDU-Fraktion tritt für eine Versachlichung der Debatte ein im Interesse der Gesundheit der Menschen und unserer Umwelt.

Die Politik bleibt nur dann glaubwürdig, wenn wir das richtige Ziel einer Verkehrswende a) nicht mit fragwürdigen Methoden durchsetzen und dies b) nicht auf einer dünnen Faktenbasis, sondern auf der Grundlage solider Daten sowie handhabbarer und methodisch verlässlicher Verfahren angehen.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen sichere Bewertungen. Die US-Umweltbehörde EPA kommt zu anderen Ergebnissen als die Weltgesundheitsorganisation WHO. Die einen Lungenfachärzte halten die Grenzwerte der Europäischen Union für übertrieben, für andere Experten könnten sie noch weitaus niedriger sein.

Die Verwirrung über Richtlinien und Grenzwerte ist groß. Wir brauchen deshalb mehr Forschung, einen besseren wissenschaftlichen Erkenntnisstand und neue Messungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion unterstützt jede sinnvolle Maßnahme zur Verbesserung unserer Luft. Doch – das betone ich – pauschale Dieselfahrverbote sind weder geeignet noch verhältnismäßig.

(Beifall der CDU)

Es ist eben nicht verhältnismäßig, einer Familie mit drei Kindern die Fahrt in die Stadt mit ihrem Familienvan zu verbieten oder dem Senioren mit seinem älteren Auto. Es ist

nicht verhältnismäßig, dem kleinen Handwerksbetrieb die Geschäftsgrundlage zu entziehen, und es ist eben nicht verhältnismäßig, wenn wir dem Pendler, der den Spagat zwischen niedrigen Wohnkosten auf dem Land und der Arbeitsstelle in der Stadt schaffen muss, sagen, Dein Auto darfst Du nicht mehr fahren, und es zu verkaufen, lohnt sich im Übrigen auch nicht mehr für Dich.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, CDU: Wer regiert im Bund?)

Politik muss Ausgleich schaffen. Sie muss Ziele für morgen, den Schutz von Luft und Böden, mit der Realität von heute zusammenbringen. Ja, im Interesse von Mensch, Natur und Klima brauchen wir möglichst geringe Belastungen durch CO₂, NO_x und Feinstaub. Deshalb bedarf es aufeinander abgestimmter Regelungen, die diese Ziele erreichen, und keiner sich widersprechenden Lösungen.

(Beifall der CDU)

Doch genau über dieses Entweder-oder kommt die derzeitige Debattenlage nicht hinaus. Auf der Suche nach konstruktiven und sachgerechten Lösungen müssen wir nicht nur fragen, was der Diesel nicht kann, sondern wir müssen eben auch die Frage stellen, was der Diesel leistet. Es ist falsch, den Diesel derart öffentlich zu verteufeln, wie es teilweise in der politischen Debatte geschieht. Da ist etwas zu Unrecht in Verruf geraten und damit auch ein ganzer Industriezweig, wogegen wir uns als CDU-Fraktion ausdrücklich wehren.

(Beifall der CDU)

Fakt ist, wegen des geringeren Verbrauchs leisten Dieseln einen Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und damit zu einer Verringerung klimaschädlicher Abgase. Durch die modernen Partikelfilter ist das Feinstaubproblem bei modernen Dieseln gelöst. Bleiben Stickoxide. Hier sind sowohl die Grenzwerte als auch die Messmethoden in der Diskussion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unabhängig von Grenzwerten müssen wir die Messmethoden in Deutschland und Rheinland-Pfalz in den Blick nehmen. Selbst das Umweltbundesamt macht darauf aufmerksam, dass die Messstationen nicht alle regelkonform aufgestellt sind, nicht alle Stationen repräsentative Werte liefern, teilweise stehen sie sehr lange an bestimmten Orten.

Das kann für wissenschaftliche Messreihen sinnvoll sein

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme zum Ende –, aber nicht für die Beantwortung der Frage, ob Fahrverbote verhängt werden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb: mehr Realitätssinn in dieser Debatte, klarere Messergebnisse, mehr Forschung, keine Verteufelung einer Technik, an der mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze hängen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Wink.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab als kleine Zusammenfassung der letzten Plenardebatten: Auch wir Freien Demokraten sind gegen eine Verbotspolitik, auch wir sind gegen eine kalte Enteignung von Dieselfahrerinnen und Dieselfahrern, und auch wir sind gegen Fahrverbote. Daher begrüßen wir alle sinnvollen Maßnahmen, die Fahrverbote verhindern.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, es war schön zu sehen, dass Sie sich kurzfristig noch einmal dazu entschieden und festgestellt haben, dass die Informationen, auf denen Ihr erster Antrag beruhte, nicht ganz ausführlich genug waren. Ich vermute, deshalb haben Sie den Antrag zurückgezogen, aber dennoch diskutieren wir heute noch einmal über dieses Thema.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wie ich in der letzten Sitzung bereits sagte, bringt uns eine Diskussion an dieser Stelle über Grenzwerte und bestehende rechtliche Rahmen direkt nicht weiter. Die EU-Kommission sieht zwar keine Bedenken darin, dass Fahrverbote erst ab 50 µg Stickoxid angemessen sind. Erst bei Werten zwischen 40 und 50 µg sollen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Ich sehe es einmal als gewisse Toleranzgrenze an. Aber der Grenzwert von 40 µg bleibt.

Ganz wichtig ist, noch einmal zu wiederholen, Deutschland kann diesen nicht eigenständig ändern oder aussetzen. Daher gilt es, Expertenmeinungen einzuholen, Partner einzubinden und gemeinsam einen weiteren Weg zu bestimmen; denn nur fundierte Diskussionen sind hier wirklich zielführend und bringen uns weiter.

Während man sich weiterhin mit der Diskussion über Grenzwerte beschäftigt – das kann ich nur noch einmal sagen –, handelt die Landesregierung. Ja, wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern ihre Mobilität sichern, wir dürfen sie mit ihren Ängsten und Befürchtungen nicht alleinlassen. Genau deshalb hat Verkehrsminister Dr. Wissing bereits gehandelt. Als im letzten Jahr die Diskussion aufkam, wurden schnell und unbürokratisch Maßnahmen gegen Fahrverbote auf den Weg gebracht.

Es ist Tatsache, dass sich die Luftqualität in vielen Innenstädten bereits verbessert hat. Die Maßnahmen zeigen also Wirkung. Die Anstrengungen von Land und Städten tragen Früchte.

Ein Beispiel hierfür sind die 23 neuen umweltfreundlichen Linienbusse in Mainz. Die Euro 6-Fahrzeuge sind dank modernster Abgastechik wesentlich umweltfreundlicher als die bisherigen Busse.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Die sind doch erst kürzlich eingeführt worden!)

– Es ist aber eine Maßnahme, die ergriffen wurde.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wie kann sich die Qualität dann schon verbessert haben?)

Bei den 23 neuen Bussen handelt es sich um eine vorzeitige Neubeschaffung. Ursprünglich war eine schrittweise Anschaffung bis 2021 geplant, die Gesamtinvestitionen lagen bei einer Summe von 8,3 Millionen Euro.

Dieses Beispiel ist eines der Beispiele, die zeigen, dass man die Situation auch mit Besonnenheit angehen kann; denn statt dicker Luft im Plenum liefern wir praxisnahe Lösungen.

Danke schön.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Monika Becker, FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Auf der Zuschauertribüne dürfen wir weitere Gäste begrüßen. Es sind Mitglieder der Bürgerbusvereine und -initiativen aus dem Wahlkreis 45 – Kaiserslautern Land. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir im vergangenen Plenum die Aktuelle Debatte der CDU zum Thema „Fahrverbote verhindern – Soziale Härten vermeiden – Grenzwerte überprüfen“ hatten, wartet die AfD nun mit ihrer Aktuellen Debatte „Aktuelle Entwicklungen in der Diesel-Debatte: Stickoxid-Grenzwerte erhalten, Mess-Stationen neu aufstellen, Fahrverbote in Rheinland-Pfalz verhindern!“ auf.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich frage mich, was jetzt aktuell an der Debatte ist. Sind alle Messstationen in den letzten zwei Wochen umgefallen, sodass sie neu aufgestellt werden müssen? Welchen Grenzwert will die AfD „erhalten“, nachdem sie noch vor einer Woche titelte: „Stickoxid-Grenzwerte auf 50 µg erhöhen“? Vorhin haben Sie wieder davon gesprochen. Nicht „erhalten“, sondern Sie wollen sie erhöhen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Richtig lesen!)

Auch das Mantra – wortgleich mit der Aktuellen Debatte der CDU-Fraktion von vor drei Wochen – „Fahrverbote verhindern“ ist fern jeder Aktualität. Das haben meine Vordner noch einmal bestätigt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hören Sie nicht zu?)

Halt! Etwas in der Debatte ist tatsächlich neu. Nachdem

Sie vor drei Wochen die Kritik von 100 Lungenfachärzten – 100 von über 4.000, sei dazugesagt – an den Grenzwerten der EU aufgefahren haben, ist das einzig Aktuelle, dass die taz in der letzten Woche sehr akribisch bewies, dass sich Dr. Köhler, der Kopf der Bewegung, bei seinen sogenannten Untersuchungen mehrfach schlicht verrechnet und zudem mit falschen Ausgangswerten gearbeitet hat. Er hat auch NO_x und NO₂ verwechselt. Bei NO₂ verkehrt sich Köhlers intendierte Aussage durch den Fehler sogar ins Gegenteil. Köhler selbst, so die taz am 16. Februar, räumt schließlich ein, den seit 15 Jahren geltenden EU-Wert überhaupt nicht zu kennen.

So viel zur ultimativen Expertendiskussion von vor drei Wochen. Um es noch einmal deutlich zu sagen, das war keine Expertendiskussion im Sinne von: es gibt verschiedene Ansichten zu einem Sachverhalt. Das, was der Lungenfacharzt Dr. Köhler an absurder Debatte um die Feinstaubgrenzwerte aufgewirbelt hatte, kann mit Fug und Recht als Fake News bezeichnet werden. Mir scheint, damit kennt sich die AfD aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD –
Abg. Michael Frisch, AfD: Alles, was nicht
grün ist, ist Fake News!)

Die aktuelle WirtschaftsWoche, wahrscheinlich nicht so links verortet von Ihnen wie die taz, kommentiert dazu in einem Essay mit dem Titel „Die gekaufte Wissenschaft“: „Auf der Strecke bleiben die Wertneutralität der Forschung und der Ruf der unabhängigen Wissenschaft.“

Ansonsten ist der aktuelle Stand wie gehabt. Ich zähle einmal auf, mich anlehnend an meine Rede von vor drei Wochen: Fahrverbote will keiner, Fahrverbote werden auch nicht politisch erlassen, sondern sind Maßnahmen, die durch Gerichtsurteile angeordnet werden. Die Automobilindustrie hat jahrelang Käuferinnen und Käufer betrogen. Die Bundesregierung lässt durch mangelnde Durchsetzungskraft – manche nennen das offensichtlich auch Regieren – Verbraucherinnen und Verbraucher im Regen stehen und auf den Kosten für a) die Umrüstung und b) den Werteverlust sitzen.

Die Automobilindustrie weigert sich nach wie vor trotz Gewinnen, für die von ihnen selbst Geschädigten kostenfreie Hardwareumrüstungen zu übernehmen.

Schlussendlich zu den Grenzwerten: Nach wie vor aktuell gilt das Vorsorgeprinzip, und die Höhe der Schadstoffgrenzen wird im Übrigen regelmäßig überprüft. In dem Fall der Stickstoffdioxide war das zuletzt im Jahr 2013.

Das Klagen über die Einschränkungen für Autofahrerinnen und Autofahrer blendet total aus, dass das Ziel aller Grenzwerte die Bewahrung der Gesundheit vor hohen Feinstaub- und Stickstoffwerten ist. Das haben unsere europäischen Nachbarn, für die die gleichen Grenzwerte gelten, viel länger und drastischer umgesetzt: London – City Maut; Paris und Madrid – strenge Umweltzonen, horrend Parkgebühren; Kopenhagen – Fahrradstadt. Nur die Bundesrepublik hat seit zehn Jahren nichts getan.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Thessaloniki?)

Die EU hat übrigens – ich sage das jetzt einmal hier, damit nicht in zehn Jahren jemand sagt, er habe es nie gehört – in Sachen Luftreinhaltung aktuell eine weitere Entscheidung getroffen. Bis 2025 soll der Schadstoffausstoß bei Lkw um 15 %, bis 2030 um 30 % sinken. Dazu der CDU-Politiker Jens Gieseke: Das muss die Politik unterstützen. – Frau Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sagt: Wir brauchen eine Verkehrswende. Wir brauchen mehr Güter auf die Schiene. Wir müssen schrittweise weg von den fossilen Verkehrsträgern. – Sie zählt auch direkt eine ganze Reihe von möglichen und machbaren Substitutionen auf,

(Glocke des Präsidenten)

unter anderem auch die Gewinnung von Treibstoff aus als Altspesiefett.

Es gibt also noch viele Möglichkeiten, aber mehr dazu gern in der zweiten Runde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Auf der Zuschauertribüne darf ich weitere Gäste begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Alice-Salomon-Schule aus Linz, die 11. Jahrgangsstufe. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Höfken.

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Motive für diese Debatte sind bei CDU und AfD recht durchsichtig: gleich dreimal in der Plenarsitzung das Thema „Diesel“. Vielleicht kann man auf sehr interessante journalistische Beiträge verweisen. Herr Bauchmüller in der Süddeutschen Zeitung weist nämlich darauf hin, dass es in dieser Debatte wirklich um ein Aushöhlen politischer Kultur mit alternativen Fakten geht: Verkehrspolemik statt Verkehrspolitik. Es geht Ihnen um das Schüren von Wut und darum, Wutstätten für Wutbürger zu schaffen.

(Heiterkeit bei der AfD –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Diskriminierung
von Dieselfahrern! –
Glocke des Präsidenten)

Es geht auch um Framing und darum, das Problem an die Grünen zu heften statt an die Automobilindustrie, die den Dieselfahrerinnen und Dieselfahrern illegale Ware aufgedrückt hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir wollen erstens keine Fahrverbote. Das gilt für die ganze Landesregierung und für unsere Ampel-Koalition. Wir

wollen nicht, dass die Gerichte Fahrverbote verhängen müssen, weil Grenzwerte überschritten werden. Wir wollen vor allem nicht – dafür haben Grüne immer gestanden –, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher für die Betrugereien von Herstellern und das Versagen von Bundespolitik haften müssen.

Herr Baldauf, es ist doch Ihr Bundesminister, der Abhilfe schaffen könnte, aber es nicht tut; denn er könnte mit der Hardware-Umrüstung auf Kosten und Haftung der Hersteller für gute Luft sorgen und dafür, dass die Autos ihren Wert nicht verlieren. Mit einer Hardware-Umrüstung wären 70 bis 90 % der NO_x-Emissionen pro Fahrzeug zu senken. Die Technik ist da. Für die Luftreinhaltung wäre alles Nötige getan.

Die Deutsche Umwelthilfe hat in Wiesbaden die Klage für erledigt erklärt, nicht weil sich an den Grenzwerten etwas geändert hätte, sondern weil die Stadt Wiesbaden gute Maßnahmen zur Luftreinhaltung ergriff.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei SPD und FDP)

Zweitens haben wir keine Fahrverbote, und wir brauchen sie auch nicht herbeizureden. Die Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen und das Land haben viel getan. Geld kommt jetzt auch endlich einmal – ziemlich spät – vom Bund. Es ist ein sehr bürokratisches Verfahren, das sich der Bund mit den Masterplänen, die erstellt werden müssen usw., ausgedacht hat.

Das Land und das Verkehrsministerium haben aber dafür gesorgt, dass frühzeitig Geld zur Verfügung stand. Auch vorher haben die Städte viel getan, zum Beispiel in Mainz mit der Mainzelbahn, beim Fahrradverkehr, mit der Umweltzone und gerade mit den 105 Bussen, die umgerüstet werden. Das Ganze ist schon Ende Februar oder im März abgeschlossen. Vier Wasserstoff-Brennstoffzellenbusse und auch Elektrobusse kommen. Dass sie noch nicht da sind, liegt auch an den Lieferzeiten.

Was wir aber doch ganz deutlich sehen und was wir, ich hoffe alle miteinander, begrüßen können, ist, dass die Maßnahmen doch Wirkung zeigen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist fraglich! –
Abg. Monika Becker, FDP: Gute Entwicklung!)

Im Jahr 2010 betrug der Jahresmittelwert in Mainz 61 µg, und heute sind es 47 µg. Das ist ein Rückgang um 23 % und wirklich ein Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Die Standorte der Messstellen und die Messungen erfolgen drittens ganz brav an den vorgesehenen Stellen, ordnungsgemäß und EU-notifiziert – das werden wir noch in aller Breite diskutieren – seit 40 Jahren in der Parcussstraße in Mainz, seit 27 Jahren in Koblenz und seit 19 Jahren in Ludwigshafen. Die Grünen haben sie nicht dorthin gestellt, aber es ist ganz in Ordnung, wo sie stehen. Sie werden regelmäßig mindestens alle fünf Jahre überprüft.

Wir haben aktuelle Ergebnisse der Passivsammler, die noch einmal bestätigt haben, die gemessenen Werte sind real und repräsentativ. Aktuell untersucht noch einmal das Bundesumweltministerium die ganzen Standorte. Das hat die Umweltministerkonferenz so beschlossen und vorgeschlagen.

Ich habe übrigens selbst auf unserem Dieselpfahl des Landes am 8. September 2017 eine Erweiterung der Messungen vorgeschlagen. Das wollten dann die Oberbürgermeister nicht, Herr Baldauf, darunter Ihre Frau Lohse.

Zu den Grenzwerten muss man sagen, selbst die AfD schreibt jetzt, sie sollen erhalten bleiben.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wo soll das denn stehen?)

Über 70.000 Studien stehen handgerührten Gefälligkeitsaussagen gegenüber. Es ist aber nun einmal nicht Landesache, sondern Landessache ist die Umsetzung geltender Gesetze, und das machen wir. Die CDU ist darauf aufmerksam zu machen, dass ihr aktueller Gesetzentwurf tatsächlich auf 40 µg fußt. Die Bundesregierung will den Grenzwert entgegen dem ganzen Klamauk ihres Bundesministers nicht ändern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei SPD und FDP)

Der vierte Punkt ist, wir wollen saubere Luft. Dahinter stehen viele Ausrufezeichen. Es ist nämlich unsere gesetzliche Aufgabe und unser großes Anliegen, für die Luftreinhaltung zu sorgen. Sonst gibt es in den Städten keine Lebensqualität.

Gerade ist die Studie der DAK, der Kinder- und Jugendreport 2018, herausgekommen, der die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen untersucht. Atemwegserkrankungen sind die häufigste Krankheitsursache bei Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. 60 % aller Kinder mussten wenigstens einmal mit einer entsprechenden Erkrankung zum Arzt. Ja, natürlich gibt es einen erheblichen Zusammenhang zwischen Luftqualität und Atemwegserkrankungen. Ich glaube, das muss man hier nicht anzweifeln.

Man kann aber einmal nach China schauen, wo dieses Problem extrem ist. In den letzten Jahrzehnten gab es eine sehr große Anzahl an Atemwegserkrankungen. Wer es gesehen hat, im Jahr 2017 wurde dort ein Notstandsplan ausgerufen.

Die Chinesen selbst haben ihn einen „Winterschlachtplan“ genannt: Zigtausende luftverschmutzende Fabriken und Baustellen wurden im Winter, von November bis März, geschlossen. Auch die Laster waren betroffen. 1,8 Millionen frühzeitige Todesfälle gab es dort. Wir können sehr froh sein, dass wir mit der Europäischen Union eine vorsorgende Politik und auch vernünftige Grenzwerte haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht Abgeordneter Dr. Bollinger.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Das Thema „Diesel und Fahrverbote“ ist für unsere Bürger so wichtig, dass sich die Politik mit diesem Thema beschäftigen sollte, bis Lösungen gefunden worden sind.

(Beifall der AfD)

Frau Ministerin, ich finde es schon abenteuerlich, die Bürger, die betroffen sind und sich artikulieren, als „Wutbürger“ zu bezeichnen. Das möchte ich ganz eindeutig zurückweisen.

(Beifall der AfD –
Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!
Unverschämt!)

Es war mehrmal von Rechenfehlern der Lungenfachärzte die Rede. Aktuell ist aber medial ein Thema ein Rechenfehler des Umweltbundesamts, das von 6.000 Toten im Jahr durch Stickoxid gesprochen hat. Das ist wohl methodisch nicht haltbar. Die Fehler liegen offensichtlich auf dieser Seite.

Herr Baldauf, zu Ihnen noch eines: Wir haben schon im Jahr 2018 den Antrag zur Überprüfung von Grenzwerten und Umsetzung von Messstationen gestellt. Den hat Ihre Fraktion damals abgelehnt – nur so viel dazu.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Entwicklung betrifft leider nur Bayern und nicht Rheinland-Pfalz, zeigt aber, was in Rheinland-Pfalz möglich wäre – so viel zur Aktualität. Die Stadt München hat auf eigene Kosten mit Stickoxidmessstationen an neuen besseren Standorten, an Standorten, die repräsentativ für die Gesamtbelastung der Münchener sind, nachmessen lassen.

Was haben die neuen Messungen erbracht? – An 16 der 20 neuen Messstationen gab es im Jahr 2018 keine Überschreitung der Stickoxidgrenzwerte. Als Konsequenz hat die bayerische Landesregierung am Dienstag letzter Woche beschlossen, weiterhin keine Fahrverbote in den Münchener Luftreinhalteplan aufzunehmen. Ich frage mich, warum das in München geht, es aber in Mainz nicht gehen soll.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angeblich ist es das Ziel der Landesregierung, Fahrverbote zu vermeiden. Warum machen Sie dann so wenig? – Was nun geboten ist: Die Grenzwerte müssen überprüft und gegebenenfalls erhöht werden. Dafür sollte sich das Land Rheinland-Pfalz auf allen Ebenen einsetzen. Die Verordnungen für die Aufstellung von Messstationen müssen sachgerecht interpretiert werden. Darum müssen viele rheinland-pfälzische Messstationen umgesetzt werden. Insbesondere ist mehr Abstand von der Fahrbahn, auch bei den Passivsammlern, einzuhalten.

Herr Präsident, ich komme zum Abschluss. Wo noch Grenzwertüberschreitungen festgestellt werden, sind zusätzliche Messungen nach Münchener Vorbild vorzunehmen, und zwar an Orten, die für die Belastung der Bürger im Jahresmittel repräsentativ sind.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat Abgeordneter Oster das Wort.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bereits gesagt, dass Ihre Pressemitteilung schon letzte Woche keinen Sinn ergeben hat. Genauso haben Sie gestern Abend noch einmal Ihre Aktuelle Debatte für heute geändert.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Gestern
Mittag!)

In der ersten Version hieß es, Sie wollen Stickoxidgrenzwerte „erhöhen“. In Ihrer heutigen Aktuelle Debatte steht dann: „Stickoxidgrenzwerte erhalten“. Frau Ministerin, Sie haben es noch einmal richtiggestellt. Sie wissen überhaupt nicht, was Sie jetzt fordern. Das sollten Sie einmal klarstellen.

(Beifall bei der SPD –
Unruhe bei der AfD)

Lesen Sie den Titel noch einmal durch. Der Titel lautet: „Stickoxidgrenzwerte erhalten“.

(Unruhe im Hause –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Du hast
sie erwischt! Das merkst Du deutlich! –
Glocke des Präsidenten)

– Ja, er hat seinen Laden nicht im Griff.

Zwei Punkte sind mir noch einmal wichtig anzusprechen. Herr Baldauf, Sie haben vom Diesel gesprochen. Ja, ich habe selbst immer gesagt, man kann dem Diesel kein Enddatum setzen. Das haben einige gefordert. Das ergibt am Ende des Tages keinen Sinn. Wir werden den Diesel noch eine lange Zeit brauchen.

Das ist sogar ein Appell an die Autoindustrie zu sagen, forschen Sie weiter an dem Diesel, dass er noch sauberer wird;

(Beifall des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

denn er wird auf lange Sicht noch gebraucht. Wir sind dort gar nicht auseinander, nur um das zum Thema „Bashing“ klarzustellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Warum fordere ich immer wieder die Hardwarenachrüstung

gen? Wir brauchen zusätzlich trotzdem die Hardwareanordnungen;

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

denn wenn diese nicht kommen, passiert Folgendes. Ich bin selbst betroffen. Wenn ich mein Auto mit Abgasnorm 5 heute verkaufe, wird es nicht verschrottet. Es geht nach Osteuropa und fährt dort weiter. Das müssen wir verhindern. Deshalb brauchen wir Hardwareanordnungen; denn nur so können wir den Klimawandel und den Emissionen am Ende Rechnung tragen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Abgeordneter Baldauf.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, ich würde Sie bitten, ein bisschen von diesen ökoideologischen Argumenten wegzukommen. Es ist bei Ihnen nicht immer so, aber dieses Mal war es eine sehr stark faktenfrei geprägte Rede. Ich kann Ihnen sagen, wir haben in dem Jahr bei uns zu Hause mit unseren Kindern 100 % Atemwegserkrankungen. Sie hatten nämlich beide Schnupfen und Sonstiges.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach herrje, so ein tiefes Niveau gab es schon lange nicht mehr!)

Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, die ganze Geschichte mit dem Feinstaub und mit der Frage von Fahrverboten und Dieselstigmatisierung würde heißen, dass es 50 % der Kinder mit Atemwegserkrankungen betrifft, dann ist es geradezu – Entschuldigung – faszinierend, wie man auf so etwas kommen kann.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bitte ich Sie herzlich, sich an dem zu orientieren, um was es geht. Sie können nachher bzw. morgen zeigen, dass Sie – was ich gern zur Kenntnis nehme – auch keine Fahrverbote wollen und unserem Antrag auf die Frage hin – wofür Sie zuständig sind und dafür, die Messungen ordnungsgemäß durchzuführen – zustimmen. Darin steht nichts anderes.

Schauen Sie, Ihr eigener Parteikollege Herr Palmer hat so schön gesagt, dass ein Verbot von Coca-Cola tausendfach mehr Leben retten würde als ein Verbot des Diesels.

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Wollen Sie das auch?)

Wie kommt er denn darauf? – Wenn Sie sich anhören, was Herr Kretschmann in Stuttgart erzählt, und wenn Sie hören, was viele andere zu diesem Thema sagen, und, Frau Ministerin, wenn wir alle mitbekommen, dass es ganz viele unterschiedliche Argumente ohne wissenschaftliches Fundament gibt, dann muss uns doch daran gelegen sein,

die wissenschaftliche Fundamentierung herzustellen, damit wir nur das den Menschen zumuten, was auch wirklich zumutbar ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu gehören Fahrverbote nicht.

(Beifall bei der CDU –
Staatsministerin Ulrike Höfken: Das hat doch gar keiner gesagt!)

Ja, wir alle in dem Haus wollen saubere Luft. Wir alle wollen eine intakte Umwelt. Wir alle wollen, dass unsere Automobilindustrie erhalten bleibt. Herr Kollege Oster, auch dazu danke in Ihre Richtung, das klang beim letzten Mal noch ein bisschen anders.

(Glocke des Präsidenten)

Wir alle wollen, dass diejenigen belangt werden, die dazu beigetragen haben, dass wir dahin gekommen sind, dass wir die Diskussion führen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber es darf doch nicht so sein,

(Glocke des Präsidenten)

dass die Bürgerinnen und Bürger und die Handwerker darunter leiden, dass wir Fahrverbote zulassen, die an keiner Stelle gerechtfertigt sind. Dagegen wehren wir uns.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Kollegin Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Baldauf, was war denn der Sinn Ihres letzten Satzes, wir sollen keine Fahrverbote zulassen?

(Zurufe von der CDU –
Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt den Vorsitz)

Wer will hier Fahrverbote zulassen und wer nicht? – Es sind Gerichte, die urteilen.

Vielleicht geht das irgendwann einmal in Ihren Schädel, und Sie versuchen auch einmal, hier etwas anderes als die populistische Schiene zu fahren. Das scheint Ihnen ja offensichtlich zu gefallen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –
Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wiesbaden hat übrigens tatsächlich eine Minderung der Schadstoffe erreicht. Wieswegen? Aufgrund von grüner Verkehrspolitik. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen. Also, beherzt in die Verkehrswende, statt alten Zeiten hinterherzujammern, als der Gestank von Benzin und Abgasen noch als der Duft der großen weiten Welt verkauft wurde.

Die Verkehrswende wird neue Arbeitsplätze schaffen, falls die deutsche Automobilindustrie die Wende nicht verpennt.

Mit einer Stärkung des Mobilitätsmixes, mit dem Ausbau des ÖPNV, mit dem Ausbau des Rheinland-Pfalz-Takts, mit der Unterstützung von Städten und Gemeinden beim Erwerb beispielsweise neuer Busse – das haben wir morgen auch noch einmal zu Mainz – und mit der Stärkung des Umweltverbands, mit diesen Maßnahmen befindet sich Rheinland-Pfalz auf dem richtigen Weg für eine Verkehrswende.

Herr Baldauf, wissen Sie, die Leute sind schon viel weiter als Sie. Wenn Sie nämlich sehen, wie – – –

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja!
Abg. Christian Baldauf, CDU: Echt?)

– Ja, allerdings. Auf dem Fahrrad sogar.

(Zurufe aus dem Hause)

– Ja, unglaublich, nicht? Sie sind doch der Fahrradfahrer vor dem Herrn.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ne, ne, ne!)

Aber tatsächlich ist es so, dass gerade die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer der Fahrradinfrastruktur in den letzten Jahren enorm gestiegen ist. Es sind auch die CDU-geführten Kommunen, die die Unterstützung der Landesregierung, die entsprechende Gelder für die Fahrradinfrastruktur bereitstellt, gern in Anspruch nehmen. Unterhalten Sie sich doch einmal mit Ihren kommunalen Freundinnen und Freunden.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN DEBATTE

**Verbindliche und transparente staatliche
Tierhaltungskennzeichnung bei Lebensmitteln
einführen – Tierwohl ernst nehmen**
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache [17/8373](#) –

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Kollege Hartenfels. Bitte schön.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Bundesagrarinisterin, Frau Klöckner,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wer?)

hat vor Kurzem ihr geplantes freiwilliges staatliches Tierwohllabel vorgestellt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das wird nichts bringen, glaube ich!)

Um es zunächst einmal freundlich zu formulieren: Bei allen, die im Tierschutzbereich tätig sind, hat sich eine Ernüchterung breitgemacht, weil sie sich eigentlich davon versprochen hatten, dass die nächsten oder überhaupt die ersten Schritte zu mehr Tierwohl eingeleitet werden würden.

Ich könnte es natürlich auch schärfer formulieren nach dem Motto: Es ist üblicherweise zu erwarten gewesen, dass das CDU-geführte Agrarministerium, wie schon in der Vergangenheit, einen Kniefall vor der Agrarlobby macht

(Zuruf des Abg. Johannes Zehfuß, CDU)

und wir leider nicht zu mehr Tierwohl kommen.

Wir werden mit diesem Tierwohllabel vor allem wieder Verlierer produzieren. Die Hauptverlierer sind natürlich die Tiere. Die zweite Verlierergruppe sind die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die dritte Verlierergruppe sind letztlich die landwirtschaftlichen Betriebe, die eine Perspektive jenseits der Tieragrarfabriken, die wir leider auch in Deutschland haben, entwickeln wollen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ganz viele in Rheinland-Pfalz! Mein lieber Mann!)

– Frau Schneider, ich möchte zunächst einmal auf die erste Verlierergruppe eingehen, nämlich die Tiere. Ich möchte denen, die sich nicht so viel damit beschäftigen, noch einmal in Erinnerung rufen, wie die gesetzlichen Mindeststandards in Deutschland für die Schweinehaltung aussehen.

Ein 110-kg-Mastschwein muss sich mit 0,75 m² Platz begnügen. Wenn ich dann die Einstiegsstufe der Frau Klöckner nehme mit einem Plus von 20 %, bedeutet das natürlich 20 % mehr von einer niedrigen Stufe. Das bedeutet – auch wieder bildlich gesprochen –, dass wir dann eine Steigerung für dieses 110-kg-Mastschwein um die Fläche eines aufgeklappten Pizzakartons haben.

Das zeigt, dass diese Bundesregierung letztlich wieder die Debatte um einen ernsthaften Tierschutz verweigert, der eigentlich schon bei den Mindeststandards ansetzen müsste, damit wir zu mehr Tierwohl gelangen. Wir müssen leider feststellen, dass in Verbindung mit der Agrarlobby eine Beruhigungsspielle produziert worden ist und wir leider nicht zu den Verbesserungen kommen, die sich vor allen Dingen die breite Masse der Verbraucherinnen und Verbraucher hier in diesem Land wünscht.

Damit bin ich bei der zweiten Gruppe der Verlierer: die Verbraucherinnen und Verbraucher. Es ist schon länger bekannt – das muss auch der Bundesregierung bekannt sein –, dass große Teile der Bevölkerung bereit wären, deutlich höhere Preise für mehr Tierwohl zu bezahlen,

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

wenn wir eine vernünftige Kennzeichnung hätten. Diese vernünftige Kennzeichnung wird aber leider vonseiten der

Bundesregierung nach wie vor verweigert.

Wir bekommen ein unübersichtliches Label, das unverbindlich ist. Es wird freiwillig eingeführt, und vor allen Dingen orientiert es sich nicht an Vorbildern, die eigentlich schon entwickelt worden sind. Ich möchte hier ganz bewusst an die Kennzeichnung erinnern, die wir im Eierbereich schon seit 2004 entwickelt haben: eine einfache Kennzeichnung von 0 bis 3 im Frischeierbereich mit klaren Kennzeichnungen, was der Mindeststandard ist und welche Produkte, bezogen auf das Tierwohl, die besseren sind.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben sich von dem Zeitpunkt an, zu dem diese verbindliche Kennzeichnung eingeführt worden ist, eindeutig entschieden. Das Käfigei ist in diesem Bereich verschwunden.

(Zuruf von der CDU: Aus Deutschland?)

Wir haben einen deutlich höheren Zugriff auf die Produkte, die in Richtung Bodenhaltung, Freilandhaltung und letztlich auch in den Ökobereich gehen. Das ist ein einfaches Vorbild. Das ist das Vorbild, das wir im Bereich des Tierwohllabels hätten benutzen können.

Frau Klöckner hat sich für ein Tierwohllabel entschieden, das freiwillig und sehr undurchsichtig ist, und versucht, eine Vielfalt von Kriterien miteinander zu kombinieren, sodass keine Verbraucherin und kein Verbraucher mehr an der Theke wirklich durchblickt. Das ist letztlich kontraproduktiv für das, was wir eigentlich alle wollen, nämlich mehr Tierwohl in den Ställen unserer Landwirtschaften.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Damit komme ich zu der dritten wichtigen Gruppe, die auch Verlierer sein wird: Das sind die landwirtschaftlichen Betriebe, die nicht als Perspektive vom Staat angeboten haben wollen, in Richtung Tierfabrik zu gehen. Die Betriebe in Rheinland-Pfalz, die eine echte Perspektive haben wollen, wollen vor allen Dingen vom Preis ihrer Produkte leben.

(Zuruf des Abg. Johannes Zehfuß, CDU)

Wenn ich an meine Sommertour im vergangenen Jahr denke, habe ich als Politiker von tierhaltenden Betrieben, egal ob bio oder konventionell, immer die gleiche Botschaft gehört: Sorgt bitte dafür, dass wir von den Preisen unserer Produkte leben können und nicht am öffentlichen Tropf hängen.

Die Grundvoraussetzung, um von den Preisen der Produkte leben zu können, ist gerade im Tierschutzbereich, dass die Produkte über ein vernünftiges Kennzeichen tatsächlich zu höheren Preisen an den Theken vermarktet werden können. Das muss miteinander gekoppelt werden. Dazu bräuchten wir eigentlich auch eine ehrliche Debatte. Ein solches Tierwohllabel muss von deutlichen Förderprogrammen und einem deutlichen Griff in öffentliche Mittel begleitet werden,

(Glocke der Präsidentin)

wenn es darum geht, die Landwirte dabei zu unterstützen,

auch ihre Stallungen im Sinne eines größeren Tierwohls umzugestalten. Dazu sind wir auch verpflichtet. Da müsste eine Bundesregierung noch liefern. – Das mache ich alles in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Klinkel.

Abg. Nina Klinkel, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mehr Platz im Stall, weniger Stress auf dem Weg zur Schlachtbank, gesündere und glücklichere Tiere, Lebewesen statt Wegwerfware. Das, was das staatliche Tierwohllabel erreichen will, klingt eigentlich ziemlich gut. Bundesministerin Klöckner verspricht zudem Orientierung im Dschungel der vielen Labels. Ob das Steak von mehr oder weniger glücklichen Schweinen stamme, könne man dank ihres Labels erkennen. Das Problem ist: Das stimmt so nicht; denn in Wahrheit drückt sich die Ministerin vor ihrem Job.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Statt strengerer gesetzlicher Vorschriften für den Tierschutz gibt es ein freiwilliges Label – Herr Kollege Hartenfels hat es schon erklärt –, das in der niedrigsten Stufe 0,9 m² für ein Mastschwein vorsieht – 0,9 m². Liebe Kolleginnen und Kollegen als mündige Verbraucher, das ist kleiner als die Größe einer Matratze in einem Babybett.

Ich bin gespannt, welche Bilder die Bundeslandwirtschaftsministerin für die 70 Millionen Euro teure Informationskampagne auflegen wird; denn eines gibt dieses Label nicht her: glückliche Schweinchen auf Stroh, die an der frischen Luft herumrennen, bevor sie auf unserem Teller landen. Stattdessen: 0,9 m² und Vollspaltenboden.

Die Ministerin schiebt die Verantwortung ab; denn Freiwilligkeit bedeutet eben, keiner muss mitmachen.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Biobauern sind freiwillig Biobauern!)

Kollege Hartenfels hat es auch gesagt, für 80 % der Schweine wird sich nichts ändern. Es wird sich auch nichts für die Landwirte ändern; denn die schickt man weiter ins Preisdumping. Diejenigen Bauern, die nichts für ihre Schweine tun wollen, können das auch weiterhin mit dem Verweis auf den niedrigen Preis lassen, und die, die es wollen, werden aus wirtschaftlichen Gründen zurückgehalten.

Immer mehr Bauern wollen etwas für das Tierwohl tun. Das zeigt auch die Initiative, die es schon längst zwischen Handel und Bauern gibt. Es manifestiert sich dann zu Recht die Kritik an der Bundesministerin: Mogelpackung, vertane Chance. – Klöckners Label ist eben am Schluss

doch nur eines unter vielen und gilt zudem auch nur für Schweinefleisch.

Schauen wir kurz nach Rheinland-Pfalz. Die tierhaltenden Betriebe in Rheinland-Pfalz haben eher Schafe als Schweine. Schweine machen gerade einmal 31 % aus, 66,4 % der Betriebe haben Rinder. Was es gebraucht hätte, wäre ein einheitliches, verbindliches Label für Nutztiere gewesen.

Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, zitiere ich aus dem Koalitionsvertrag.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Da seid Ihr Euch ja in der Koalition nicht mal einig!)

– Ich zitiere jetzt aus dem Koalitionsvertrag: „Wir fördern gute Lebensmittel und gesunde Ernährung.“ So heißt es dort zum Tierwohllabel.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Hier wird jetzt reichlich wenig vorgelegt, außer dem schon fast philosophisch anmutenden Ansatz der Landwirtschaftsministerin. Ich zitiere aus der Regierungserklärung: „Lebensmittel sind unsere Mittel zum Leben.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht banal, das ist nicht unbedeutend, das ist systemrelevant.“ Schade, dass dem Fleisch und dem Tier diese Bedeutung nicht zukommt.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Label fehlt es an Kriterien und Konzeptionellem. Verehrte Kollegen von der CDU, das bekam Frau Klöckner auch von ihrem Koalitionspartner gesagt. Ich zitiere Rainer Spiering, den Sprecher der AG Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion. Er attestierte „Luft nach oben“

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

und forderte „ein Gesamtkonzept, wie wir mit den Tieren umgehen und wie wir zukünftig unsere Lebensmittel produzieren wollen“. Er fordert Frau Klöckner auf, „die im Koalitionsvertrag vereinbarte Nutztierstrategie vorzulegen“.

Diese Strategie hätte eine Marschrichtung vorgegeben. In diese Kerbe schlägt auch der Bauernverband. In Mecklenburg-Vorpommern sagt man beispielsweise: „Wir haben jetzt ein Label, brauchen aber ein System.“ Es sei unklar, wie das Label durchgesetzt werden solle. Es fehle eine Rechtsverordnung und zudem wisse keiner, wer die Einhaltung der Vorgaben kontrolliere und wer welchen Anteil an den Kosten trage.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wir übernehmen eine Vorreiterrolle beim Tierwohl.“ Dort ist auch zu lesen, beim Tierschutz werde „eine Spitzenposition“ angestrebt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird mit dieser Landwirtschaftsministerin ziemlich schwierig werden.

Jetzt bin ich sehr gespannt auf die Ausführungen der CDU.

Zu der Frage, was man beim Tierwohllabel hätte machen können, äußere ich mich in der zweiten Runde.

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, freue ich mich, dass wir Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 33 – Alzey sowie Bürgerinnen und Bürger aus Gabsheim und Gau-Heppenheim bei uns begrüßen dürfen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Michael Billen.

Abg. Michael Billen, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder rheinland-pfälzische und jeder deutsche Bauer – mit Ausnahme der berühmten schwarzen Schafe – bemüht sich, seine Tiere ordnungsgemäß und dem Tierwohl entsprechend zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen das im vollen Bewusstsein dessen, dass zum Beispiel der Betrieb GbR Billen seine Kühe besser versorgt als der rheinland-pfälzische Landtag seine Abgeordneten, die er in Käfighaltung in seinen Zimmern hält. Das ist ganz sicher. Meine Kühe haben mehr Platz, mehr frische Luft und mehr Bewegungsraum. Das ist ganz sicher. Ich sage das nur, um einiges ein bisschen zu relativieren.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege, es ist schon sehr mutig, sich hier vorne hinzustellen und zu sagen, die Bauern verlieren. – Mit Ihrer Politik verlieren die Bauern. Das ist ganz sicher. Aber nicht nur die Bauern, sondern auch die Verbraucher und die Einzelhändler. Nur damit wir ganz klar miteinander reden.

(Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Begründung!)

– Moment, ganz langsam.

Es gibt doch die unterschiedlichen Angebote in jedem Handel. Die gibt es doch. Ich nenne Ihnen als Beispiel das Strohschwein, weil wir eben von Schweinen gesprochen haben. Vielleicht können Sie mit dem Begriff etwas anfangen. Das ist das Schwein, das die Bewegungsfreiheit, die Sie gerne hätten, hat. Es kann auch noch ins Wasser schwimmen gehen. Dieses Strohschwein kostet aber pro Kilo dreimal so viel wie das konventionelle bzw. auch das Bioschwein. Dreimal so viel.

Der Verbraucher, der bei Ihnen der Gewinner sein soll, müsste dann in den Laden gehen und sagen, ich kaufe nur

Strohschweine. Die müssten ständig ausverkauft sein, und alle Bauern würden Strohschweine halten. Es ist leider andersherum, ganz andersherum. Das wissen Sie, und das mache ich Ihnen zum Vorwurf.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Es ist so, dass vor dem Geschäft jeder Verbraucher sagt, ich will Bioeier, ich will Biofleisch, ich will gesundes Fleisch aus gesunder Tierhaltung, aber wenn er rauskommt und Sie prüfen, was er in seinem Wägelchen hat, dann hat er zu über 80 %, zu 85 % das Billigste, das er gefunden hat, in seinem Wägelchen.

Das ist das Problem, wenn wir über Tierwohl reden, und das ist das Problem, wenn wir über Tierlabel reden, das wir nur über Freiwilligkeit lösen können. Es hilft doch nichts, wenn wir mit Gewalt ein staatlich verordnetes Tierlabel machen und losmarschieren, wir aber im europäischen oder weltweiten Wettbewerb – ich sage, nur im europäischen – überhaupt nicht mithalten können, der Verbraucher das Billige kauft und der deutsche Bauer mit einem staatlich verordneten Tierlabel kaputtgeht. Davon haben sie nichts. Dann können sie nichts mehr verkaufen.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Das muss man einmal in aller Ruhe sehen, Frau Höfken. Das muss man einmal in aller Ruhe betrachten.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Dann müssen wir darüber reden, was wir machen. Jawohl, wir machen eine Freiwilligkeit. Die Freiwilligkeit wird zuerst gemacht. Das weiß auch die SPD, die in Berlin mit in der Regierung ist. Ich habe hier immer das Gefühl, sie ist in Berlin überhaupt nicht mehr in der Regierung und spielt da schon Opposition.

Wir machen zuerst die Freiwilligkeit beim Tierlabel Schwein. Dann machen wir die Freiwilligkeit bei den anderen Tierlabeln, Rinder, Hühner oder auch Schafe. Eben kam so wunderbar der Hühnervergleich. Das wäre so einfach. Nach dem Motto klappt das. Ein Verbraucher kann sich unter einem Huhn etwas vorstellen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Aber unter einem
Schwein nicht?)

Beim Huhn kann er auch noch den Unterschied zwischen Käfig- und Bodenhaltung erkennen. Das kann ein Verbraucher. Das kriegt er hin.

Wer im rheinland-pfälzischen Landtag kann aber mit mir darüber diskutieren, ob wir 3 mm, 4 mm Spaltenabstand oder S-Spalten, gerade Spalten oder Lochspalten haben, ob wir die Tiere auf Stroh legen oder ob wir sie – – –

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Ich könnte das!)

– Du kannst nicht mitreden! Du kannst 100 %ig nicht mitreden, wenn wir das diskutieren!

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

– Du kannst mitreden! Du kannst mitreden!

(Beifall der CDU)

Das funktioniert so nicht, sondern das funktioniert nur, indem wir das in Freiwilligkeit mit dem Verbraucher entwickeln. Wir sind für mehr Tierraum. Wir dürfen aber nicht so tun, als würden die Tiere in Rheinland-Pfalz – das sage ich einmal ganz bewusst – gequält werden. Das ist Quatsch. Das ist dummes Zeug, was hier geredet wird.

(Beifall der CDU und des Abg. Jürgen Klein,
AfD)

Wir wollen mehr Qualität. Ich hätte auch gern, dass ein Mastschwein vier Wochen länger gehalten wird und nicht mehr gerade so schnell die Zunahme hat. Dann schmeckt es vielleicht auch ein bisschen anders. Nur müssen uns dann die europäischen Partner folgen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Dann müssen wir europaweit im Gleichschritt gehen. Es nutzt nichts, wenn wir Deutsche vorweglaufen und ein Tierlabel hochhalten. Wir gehen kaputt, und unsere Kollegen machen das Geschäft.

(Beifall bei CDU und AfD)

Das ist der Punkt, über den wir uns im Klaren sein müssen.

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Böhme.

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete und Regierungsmitglieder! Lieber Herr Hartenfels, mal ein paar Nachrichten von der Agrarlobby und den Tierfabriken. Auf agra.de vom 19. Februar 2019, also gestern: „Jeder dritte Schweinemäster plant Produktionsaufgabe. Stimmungsmache gegen die Tierhaltung, Auflagenflut und fehlende Perspektiven sind die wichtigsten Gründe, warum viele Schweinehalter hierzulande nicht mehr weitermachen wollen.“

Nun, vielleicht freuen Sie sich ja darüber, dass sich nun die Luftverpester endlich vom Acker machen, aber, meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass wir in Deutschland, was die Tierzucht anbetrifft, schon hohe Standards haben. Bitte denken Sie auch daran, jeder Betrieb, der zumacht, das sind Schicksale, dahinter stehen Menschen, Familien, das sind Investitionen, Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft, Exportstrukturen, Schlachtbetriebe, Schlachthöfe, die zerstört werden.

(Beifall der AfD)

Die Frage ist, wie weit wir hier noch gehen können in un-

serer Landwirtschaft.

Oder top-agrar vom 1. Februar 2019: „Milchmarkt: Was bringt 2019? Im kommenden Jahr ist ein gutes Risikomanagement nötig, denn die Märkte und vor allem die Politik sorgen für große Unsicherheit am Milchmarkt. Davon geht das Institut für Ernährungswirtschaft aus.“ Ja, auch die Krise bei den Milchbauern ist noch nicht vorbei, bei den Rindermästern nicht, bei den Schaf- und Ziegenhaltern, Stichwort „Weidetierprämie“.

Aber auch im Ackerbau sieht es nicht besser aus. Top-agrar vom 12. Februar 2019: „Düngeordnung beschleunigt Rückgang des Rapsanbaus“. Der Rapsanbau wird unprofitabel, nicht mehr genügend Nährstoffe im Boden, keine Pflanzenschutzmittel, Biodiesel, das Vorzeigeprojekt der Grünen, mehr oder weniger gestorben.

Wiesbadener Kurier vom Dezember 2018: „Zuckerrübenanbauer stecken ‚in größter Krise seit 1945‘“. Die ertragreichste Feldfrucht, die wir haben, eine Hackfrucht, gut für die Fruchtfolge, sie stirbt in ganzen Regionen aus. Zuckerfabriken schließen. Gründe: Globalisierung, Freihandelsabkommen, Verfall der Zuckerpreise, unfairer Wettbewerb innerhalb der EU, gekoppelte Prämien in anderen Ländern, bei uns nicht.

Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Eine Forderung der Bundes-SPD. Was ist das? Ende des Gemüsebaus, Ende des Obstbaus. Wir haben einen Berichtsantrag gestellt für den nächsten Agrarausschuss. Dann werden wir die Auswirkungen auf Weinbau und Landwirtschaft debattieren.

Bundes-SPD wieder: Forderung nach Reduktion der Direktzahlungen auf 25 % im Rahmen der GAP-Reform. – Das Thema hatten wir schon im Ausschuss. Die SPD-Fraktion war ganz, ganz still, hat keinen Ton gesagt. Man weiß wahrscheinlich, was man bewirkt, wenn man so etwas fordert.

(Beifall der AfD)

Die Frage ist doch einfach: Was wird nun aus unserer Landwirtschaft? Eine Mais- und Getreidewüste ohne Viehzucht? Manch einer mag glauben, ja, der Ökolandbau wird alles regeln, 20 % oder mehr. – Kann sein, aber bereits heute werden 50 % der Ökowaren über Discounter vermarktet. Und was die machen, wissen Sie, meine Damen und Herren. Die schauen ins Ausland, nach Spanien. Ja, da liegt nämlich die Arbeitsstunde bei 3 bis 5 Euro und nicht bei 12 Euro. Öko wird genauso zur Massenware. Öko wird genauso an diese krisenhaften Entwicklungen gebunden werden, wie es auch der konventionelle Landbau ist.

Und nicht zu vergessen – ich sage es immer wieder hier –, die Ökoprodukte, die angeblich nachhaltigen, für die die Verbraucher ja so viel Geld bezahlen, sind die am höchsten subventionierten Produkte, meine Damen und Herren. Das meiste Steuergeld fließt in die Ökoprodukte.

Das einzige Business, das in der Landwirtschaft noch gut läuft, ist das Regulierungs- und Auflagenbusiness.

(Beifall der AfD)

Die Debatte darüber, was Landwirte noch alles leisten sollen, ohne dass dafür eine ausreichende Vergütung gezahlt wird, ist weit und lang, und jeder in dieser Gesellschaft fühlt sich berufen, diese zu führen.

Aber zu viele Jäger sind des Hasen Tod. Die Landwirte fühlen sich mittlerweile wie die Hasen und wie die Gejagten. Die Frage ist, wie viele von ihnen überleben werden; denn schon jetzt gehen Hunderte Betriebe jedes Jahr pleite, kaputt, geben auf, meine Damen und Herren.

Cross Compliance, Düngeverordnung bzw. Hof- und Stoffstrombilanz, Vertragsnaturschutz, private Produktsiegel und -label sind schon da, und nun zuallerletzt auch noch das staatliche Tierwohllabel der Frau Klöckner. Wieder ein bürokratischer und kostenintensiver Krake, welcher sich nicht nur im Stall ausbreiten wird, sondern auch über die Felder, den Anbau des Futters, den Transport der Tiere, die Schlachtung und möglicherweise bis in die Verarbeitung hineinreicht.

Wer wird das Ganze bezahlen? Der Steuerzahler, erst einmal mit 70 Millionen Euro. Was es bringt, darüber reden wir in der zweiten Runde.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Martin Haller, SPD: Kennst Du Dich da aus, Marco?)

– Kollege Haller fragt gerade nach, ob ich im Thema drin bin. Ja, ich bin im Thema drin.

Ich bin auch froh, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Debatte heute angestoßen hat. Die Lage ist die, dass Frau Klöckner nun endlich einmal nach den langen Ankündigungen ihres Vorgängers das Konzept der Bundesregierung zu einem Tierwohllabel vorgestellt hat.

(Beifall des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wenn man sich dieses Tierwohllabel einmal anschaut – Herr Baldauf, ich weiß nicht, ob Sie es sich einmal angeschaut haben –,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, selbstverständlich!)

dann haben wir drei Stufen, die weit über 30 Einzelmaßnahmen hervorbringen. Die Vorredner haben sich schon damit beschäftigt, welche staatlichen Rahmenbedingungen wir haben. Ich sage Ihnen vorab: In Rheinland-Pfalz haben wir keine Agrarfabriken, aber wir haben auch keine Massentierhaltung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns die Anzahl der Schweinehalter in Rheinland-Pfalz anschauen, wenn wir uns die Bestandsgrößen anschauen, wenn wir uns anschauen, wo Schweinehalter überhaupt noch Schweine produzieren, dann ist das sehr begrenzt. Wir haben in Rheinland-Pfalz keine 800 Schweinehalter. Unser Selbstversorgungsgrad ist dementsprechend gering.

Am 18. Februar habe ich im Trierischen Volksfreund gelesen, dass sich ein Unternehmen in Trier schon seit vielen Jahren mit der Biowurst-Produktion beschäftigt. Ich habe gelesen – ich zitiere einfach einmal aus dem Presseartikel –: „Inzwischen verarbeitet der Betrieb drei Bio-Rinder pro Woche.“ Drei Rinder werden dort verarbeitet. Ich zitiere weiter: Inzwischen werden „fünf Schweine pro Woche“ in diesem größeren Betrieb in Trier verarbeitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über Tierwohl reden, dann reden wir auch über Investitionen und Veränderungen der Landwirte. Die Landwirte haben sich in den letzten 40 Jahren fortlaufend verändert. Sie haben fortlaufend ihre Tierhaltung zum Wohle der Tiere, aber zum Nachteil ihres Einkommens verändert. Sie haben investiert, sie haben für das Tierwohl gearbeitet, aber die Preise sind immer mehr in den Keller gegangen.

Ich sage Ihnen, wir werden einen Labelwust bekommen. Der Einzelhandel wird ab April eigene Labels initiieren. Wir werden mit den zusätzlichen drei Labels, die vonseiten der Bundesministerin ab dem Jahr 2020 angedacht sind, subventioniert mit 70 Millionen Euro an Fördergeldern für die Werbekampagne, einen Dickicht von Labels im Einzelhandel erleben, sodass der Verbraucher tatsächlich nicht mehr erkennen kann, wo das Schwein herkommt und wie es aufgewachsen ist.

(Beifall der FDP)

Daran müssen wir arbeiten. Wir müssen den Landwirten Perspektiven eröffnen, wie sie künftig ihre Betriebe noch besser umstellen können, dies aber auch mit der Garantie bzw. mit dem Commitment, dass sich das auch im Einzelpreis niederschlägt, weil es ohne eine preisliche Perspektive künftig kein gelabeltes Fleisch geben kann. Die Landwirte brauchen eine gesicherte Einkommensperspektive.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sehe in dem Vorschlag der Frau Klöckner keinen Ansatz, der die Schweinehaltung in Rheinland-Pfalz, die Perspektiven gerade für die Junglandwirte voranbringt.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Daher wäre die Verpflichtung sinnhaft, aber wir brauchen auch – da gebe ich den Vorrednern recht – ein europaweites System, eine europaweite Einbindung. Wir leben in globalen Märkten. Ich nehme das Beispiel der Eier. Das System finde ich gut, aber wir müssen, wenn wir über Fakten reden, auch sagen, dass mittlerweile nur noch 40 % der Eier, die in Deutschland verbraucht werden, aus deutscher Haltung kommen. 60 % kommen nicht aus Deutschland.

Wenn wir dem bei der Schweinehaltung entgegengetreten wollen, wenn wir unsere deutsche Schweineproduktion bzw. die rheinland-pfälzische Schweineproduktion mit regionaler Produktion in den Vordergrund stellen wollen, brauchen wir eine Offensive für die Landwirte, eine Schweineoffensive. Wir brauchen eine Perspektivoffensive, im Rahmen derer die rheinland-pfälzischen Schweine – ob es ein Eifelschwein, Hunsrückschwein oder ein Pfalzschwein ist – zu vermarkten sind und die Landwirte ihre Einkommen erzielen können.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsministerin Höfken das Wort.

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Böhme, wer etwas für die Gesellschaft leistet, der soll auch dafür bezahlt und honoriert werden. Das finden wir ganz in Ordnung. Das gilt auch für die Bauern.

Herr Billen, es ist gerade umgekehrt, ein verbindliches Tierhaltungsetikett wie bei den Eiern hat den Bauern etwas gebracht. Wir schauen einmal auf die Geflügelwirtschaft bei uns in der Eifel. Der einzige Bereich, der in Rheinland-Pfalz wächst, ist der Geflügelbereich. Da sind Unternehmen, die sich wieder als Unternehmer – Unternehmerinnen natürlich auch – entwickeln und positiv in die Zukunft blicken.

Da kann man schon sagen, das hat unter der Dachmarke EIFEL regional und bio schon etwas gebracht. – Also, es ist gerade umgekehrt.

Leider muss ich sagen, der Vorschlag von Frau Klöckner ist wirklich nur Verbraucherverwirrung, zu spät, durch den Handel überholt, nicht kompatibel mit bestehenden Kennzeichnungen, unverbindlich, hat eine Marktdurchdringung nur für Schweine und keine Anreize für Erzeuger – die haben nämlich nichts davon –, und es ist eine Superbürokratie damit verbunden. Sogar Biobetriebe müssen sich zertifizieren lassen, obwohl sie schon gesetzlich geregelt sind. Es bringt den Verbrauchern gerade nichts.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP –

Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es! –
Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Wir wollten ein anderes System. Wenn ich sage „wir“, dann heißt das übrigens alle Länder. Alle Bundesländer haben sich in andere Richtungen positioniert. Die Länder sind überhaupt nicht mit einbezogen worden in das neue Label. Wir hatten dazu vernünftige Vorschläge vorgelegt. Wir wollten Verbindlichkeit, wir wollten ein einfaches System, wir wollten Anschlüsse an bestehende Systeme mit Blick auf die Vermarktung der Eier. Was einmal für die Verbrau-

cher kommunikativ eingeführt worden ist, das kann man schließlich nutzen. Bio als Einzelkategorie war ja schon geregelt.

Aber das ist nicht so gekommen. Stattdessen hat der Handel nun die Bundesregierung bei Weitem überholt mit diesem Zeichen – vielleicht haben Sie es schon einmal gesehen –, ab April verbindlich, natürlich mit einer riesigen Marktdurchdringung. Aldi, Edeka, Kaufland, Lidl, Netto, Penny und Rewe kennzeichnen also nun gemeinsam, und es ist – das muss man leider sagen – tatsächlich besser als das von Frau Klöckner vorgelegte Label. Das System kann verschiedenen Initiativen zugeordnet werden.

(Abg. Michael Billen, CDU: Warum „leider“?)

– Herr Billen, ich hätte schon gehofft, dass der Staat noch etwas voraus ist. Die Produkte, die nicht zertifiziert und gekennzeichnet sind, fallen unter die Stufe 1 als gesetzlicher Mindeststandard, was ich auch richtig finde.

Zudem wird das Engagement der Landwirte honoriert durch die Initiative Tierwohl, und ich hoffe, dass dies noch ausgebaut wird; denn das sollte wirklich bleiben. Im Gegensatz zum staatlichen freiwilligen Label gibt es eben eine hohe Marktdurchdringung.

Frau Klöckners Argument lautete immer: Mit dem, was die Länder wollen, wird die ganze Kette nicht erfasst. – Ja, das stimmt. Wir wollten auch explizit bestimmte Dinge, die man eben nicht freiwillig regeln kann, wie beispielsweise die Schlachtung, gesetzlich regeln; denn jedes Tier muss natürlich schonend geschlachtet werden. Es kann doch nicht der Freiwilligkeit unterworfen sein.

Besonders absurd ist auch noch, Frau Klöckner hat – wie ich finde, tierschutzgesetzwidrig – das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration blockiert, aber im freiwilligen Label ist sie dann wieder enthalten. – Also, das kann es doch nicht sein.

Auch die 70 Millionen Euro für Berater und für Werbeagenturen stören mich gewaltig. Wenn wir den Königsteiner Schlüssel zugrundelegen, sollten wir die 3,5 Millionen Euro für Rheinland-Pfalz direkt unseren Schweinehaltern und -halterinnen zukommen lassen. Davon hätten sie wenigstens etwas. Sie würden bestimmt etwas Gutes damit machen.

Zum Schluss möchte ich sagen, Frau Klöckner hat gerade den Orden wider den tierischen Ernst verliehen bekommen. Den hat sie sicher auch verdient, aber – um auf den Titel der Anfrage zurückzukommen – das Tierwohl nimmt sie mit dem neuen Label nicht ernst.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Hartenfels.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Michael Billen, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie so deutlich geworden sind, wo Sie in Sachen Tierwohl stehen. Ich glaube, das ist auch wichtig für die Öffentlichkeit, und die Fraktion hat Ihnen auch Beifall geklatscht. Insofern ist wohl Ihre Position auch die Position der CDU-Landtagsfraktion. – Tierwohl, alles super und in Ordnung in Deutschland, das konnte man Ihren Ausführungen entnehmen. Das nehme ich einmal zur Kenntnis.

Das macht aber auch deutlich, dass es einen breiten Graben gibt zwischen meiner Wahrnehmung sowie der Wahrnehmung von vielen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land und Ihrer Wahrnehmung.

(Abg. Michael Billen, CDU: Ich halte Tiere!)

Uns ist das, was in Sachen Tierwohl passiert, deutlich zu wenig in Deutschland. Natürlich müssen wir das europaweit durchsetzen.

(Abg. Michael Billen, CDU: Aber?)

Aber es ist symptomatisch, dass wir seit 14 Jahren eine Bundesregierung haben, die sich an dieses Thema nicht herantraut, weil sie eigentlich an den Strukturen nichts verändern will. Das ist nämlich der springende Punkt, und das ist das Ärgerliche daran.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Eine Begründung, die von Ihrer Seite gekommen ist – das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen –, war wieder die typische Verbraucherschelte: Die Verbraucher würden vor der Tür des Einkaufszentrums anders reden, als sie nachher drinnen einkaufen.

(Abg. Michael Billen, CDU: Das ist so!)

Dort, wo sich die Politik an das Thema herangetraut hat, entweder bei der Eierkennzeichnung mit klaren verbindlichen Regelungen oder beim Bio-Gütesiegel mit der klaren Kennzeichnung, haben wir Bewegungen weg von dem Mindeststandard und hin zu höheren Standards. Das ist doch die Realität, die vielleicht auch einmal von der CDU zur Kenntnis genommen werden sollte.

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Hartenfels!)

Es ist doch auch nicht schlimm, dass das Bio-Gütesiegel inzwischen beim Einzelhandel und bei den Discountern angekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen doch kein Nischenprodukt. Wir wollen, dass Tierwohl wirklich für viele Menschen bezahlbar wird und es überall gekauft werden kann.

Alles, was Sie heute dargestellt haben, haben wir schon in vielen Bereichen vorbildhaft und sehr gut verwirklichen können. Entscheidend war immer der Mut in der Politik, diesen Weg zu gehen. Wir haben die Vorbilder, und diese

Vorbilder sollten wir auch pflegen. Insofern kann ich als Verbraucher nur sagen, wenn das die Position und die Haltung der CDU ist, die Sie uns heute skizziert haben, dann schäme ich mich dafür. Das ist nicht mein Verständnis von Tierwohl. Da möchte ich woandershin.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Klinkel.

Abg. Nina Klinkel, SPD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Also, ich muss sagen, auf die Antworten der Opposition hätte man nicht warten müssen: Ein Werblock für glückliche Rinder, den Hof von Herrn Billen. – Andere ignorieren, dass nach einer Forsa-Umfrage 93 % der Verbraucher die Initiative Tierwohl für gut oder sehr gut befinden. Dazu passt auch, dass 82 % der Befragten es als für gut erachten, eine tiergerechte Ausgestaltung der Nutztierhaltung konsequent umzusetzen.

Sie haben das Bio-Label angesprochen. Dazu möchte ich sagen, wir von der SPD sind von der Notwendigkeit eines staatlichen Labels überzeugt; denn dieses Label hätte genau die Lücke zwischen dem konventionellen und dem Bioanbau für die Verbraucher schließen können, die vielleicht bio nicht wollen oder – ja! – es sich nicht leisten können. Genau dort hätte dieses Label ansetzen können.

Auch was die SPD im Bund angeht, sind wir klar. Ich zitiere noch einmal Herrn Kollegen Spiering: Wir wollen ein verpflichtendes Label. – Es liegt vor, wie man es machen kann; wir haben es im Zusammenhang mit den Eiern jetzt schon mehrfach gehört.

Sie werden mich nicht davon überzeugen können, dass dieses Label etwas anderes ist als ein Schnellschuss, den man getätigt hat, um Industrie und Handel nicht hinten anzuhängen; denn diese legen – auch das wurde gesagt – zum 1. April ein eigenes Label vor.

Frau Klöckner hätte auch etwas anderes machen können. Sie hätte tatsächlich klare Vorschriften für die Tierhaltung erlassen können. Sie hätte die Struktur ändern können. Es wäre ihre Aufgabe gewesen, vernünftige Haltungsformen zu subventionieren. Sie hätte eine Schweinehaltungsverordnung mit Übergangszeit vorschlagen können. Sie hätte endlich die Nutztierstrategie angehen können. All das liegt in ihrem Aufgabenbereich, und all das hat sie nicht getan.

Stattdessen gibt es ein seichtes Label, bunte Bilder und mehr Schein als Sein und am Ende wenig Veränderung. – Und das, genau das wird das Etikett Ihrer Landwirtschaftsministerin.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Billen.

Abg. Michael Billen, CDU:

Frau Kollegin, über das „Schein oder Sein“ wird der Verbraucher entscheiden. Wenn der Verbraucher bereit ist, für das freiwillige Label, für die erzeugten Tiere unter dem freiwilligen Label mehr Geld auszugeben, wird das freiwillige Label ein Erfolg sein. Wenn der Verbraucher das nicht tut, wird es ein Nischendasein haben.

Ich bin schon sehr verwundert – aber das wundert mich bei Frau Höfken und bei den Grünen eigentlich auch wieder nicht –, dass wir in diesem Plenum Private kritisieren, wenn sie ein Label machen. Wenn Private ein Label machen, das in Ihren Augen auch noch gut ist, müssen wir doch dankbar sein für private Initiative. Wir müssen doch froh sein, dass wir diese Vermarktung hinbekommen.

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Das habe ich doch auch gesagt!)

Glauben Sie mir eines: Ich produziere auch für Konzerne, und die kontrollieren, was sie mit ihren Erzeugern vereinbaren.

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Daran habe ich auch keine Zweifel!)

Und fragen Sie nicht, wie die das kontrollieren! Schlimmer noch als der Staat, was auch in Ordnung ist.

Sie wollen immer dieses staatliche Verpflichtende: Das ist Eure Devise nach dem Motto „Wir entscheiden, welcher Verbraucher wie glücklich wird“. Das ist doch eine Katastrophe!

(Beifall der CDU und der AfD)

Wir setzen darauf, dass die Menschen entscheiden, was sie kaufen.

Wir setzen auch noch auf etwas anderes, was in der heutigen urbanen Gesellschaft sehr schwierig ist. Wir setzen darauf, dass wir unsere Kinder und Kindeskinde über die Natur so informieren, dass sie wissen, wie gutes Fleisch, wie gute Milch schmeckt, wie Originalmilch schmeckt und wie gut Eier schmecken.

Frau Ministerin, zu dem Punkt Eier muss ich Ihnen noch etwas sagen. Wir bekommen in der Eifel 10 % Selbstversorgung hin, 10 % Selbstversorgung. Ich glaube, 60 oder 70 % Flüssigei kommen aus dem Ausland zur Produktion von Nudeln und anderen Produkten.

(Glocke der Präsidentin)

Zu welchen Konditionen das erzeugt wird, wissen Sie und weiß ich, und dann habe ich lieber unser Label.

(Beifall der CDU und der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Böhme.

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Billen, ich kann nur gratulieren. Sie haben das wunderbar auf den Punkt gebracht. Wir leben immer noch in einer Marktwirtschaft. – Noch, wenn die Politik nicht permanent versucht, Wirtschaft und Landwirtschaft neu zu erfinden.

Vielleicht sollte man sich einfach einmal darauf verlassen, dass die Bedürfnisse der Verbraucher, vermittelt über die Nahrungsmittelindustrie und den Lebensmitteleinzelhandel, auch beim Landwirt ankommen und man sich dort in einer gewissen Weise einigt. Das hat man ja auch getan.

Bei aller Kritik, die wir an der Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels üben: In dem Fall hat er wirklich einmal gut und verantwortungsvoll agiert und die Wünsche der Verbraucher erkannt. Sein Tierwohlsiegel bildet die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Mindeststandards ab und bindet die privaten Standards in seine vier Stufen ein. – Belassen wir es doch einfach dabei. Belassen wir es dabei, bevor wir versuchen, schon wieder Parallelwelten zu schaffen und die Bürger noch mehr zu verwirren und zu verunsichern.

Ein am Markt akzeptiertes Label kann nur mit dem Lebensmitteleinzelhandel erreicht werden, nur mit ihm und nicht gegen ihn. Letzteres ist das Prinzip und der Fehler von Frau Klöckner.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Was mir in der Diskussion fehlt, ist, dass wir künftig die Landwirte mitnehmen müssen. Wir können nicht pauschal alles schlechtreden. Wir können die jetzigen Landwirte in ihrer Produktionsweise nicht schlechtreden. Sie erzeugen Nahrungsmittel, Lebensmittel, die sich weltweit sehen lassen können.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Es wäre gut,
wenn Herr Hartenfels jetzt zuhören würde!)

Es sind die sichersten Lebensmittel auf dieser Welt, und nichtsdestotrotz steigt die Nachfrage nach Bioprodukten, und der Markt muss auch bedient werden. Das ist kein Widerspruch, das ist ein Miteinander.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Es
entscheidet sich jeder freiwillig!)

Das bildet auch unsere Regierung mit den beiden Ministerien ab, die dementsprechend aufgestellt sind. Die Biopro-

duktion hat ihren Stellenwert, aber ich betone noch einmal, vergessen wir nicht, die anderen Landwirte auf dem Weg weiterhin mitzunehmen und deren Einkommen und deren Zukunft zu sichern. Vertrauen wir auf deren Ausbildung, auf deren Fachwissen, und reden wir nicht über sie, sondern reden wir mit ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der
CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Ende der Aktuellen Debatte angekommen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, freue ich mich, dass wir Gäste bei uns begrüßen können. Ich begrüße Mitglieder des DRK-Ortsvereins Haßloch/Meckenheim, Mitglieder des THW Neustadt an der Weinstraße, Mitglieder der Tagesbegegnungsstätte „Lichtblick“ aus Neustadt an der Weinstraße, die Selbsthilfegruppe „Besser hören“ aus Haßloch sowie Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde Lambrecht. Seien Sie uns alle aus dieser Region herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich Mitglieder des AfD-Kreisverbands Mayen-Koblenz. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über den Beitritt des Landes
Rheinland-Pfalz zu dem Staatsvertrag zwischen dem
Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern
über die Zugehörigkeit der Mitglieder der
Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in
Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur
Bayerischen Rechtsanwalts- und
Steuerberaterversorgung**
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/8195 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
– Drucksache 17/8330 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart.

Ich darf Sie kurz über das bisherige Beratungsverfahren informieren. Die erste Plenarberatung war in der 74. Sitzung dieses Jahres ohne Aussprache. Der Gesetzentwurf wurde an den Rechtsausschuss überwiesen. Die Ausschussempfehlung lautet: unveränderte Annahme.

Mir liegt die Wortmeldung des Herrn Kollegen Henter vor.

Abg. Bernhard Henter, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Patentanwälte sind in der Patentanwaltskammer als bundesunmittelbare und bundeszentrale Körperschaft öffentlichen Rechts mit Sitz in München organisiert. In Bayern hat nahezu die Hälfte der knapp 3.800 bundesweit zugelassenen Patentanwältinnen und -anwälte ihren Kanzleisitz. Dies ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, dass sowohl das Europäische Patentamt als auch das Deutsche Patentamt ihren Sitz in München haben.

Da die Länder für die berufsständische Versorgung zuständig sind, ist die Einrichtung eines Versorgungswerks auf Bundesebene nicht möglich. Eine für den Berufsstand bundeseinheitliche Versorgungslage ist mit Blick auf die relativ kleine Anzahl der Patentanwältinnen und -anwälte von Vorteil. Um diese landesweit einheitliche Versorgungslage mit einheitlichen Organisationen zu erreichen, haben sich die Mitglieder der Kammerversammlung für eine Einbeziehung in die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ausgesprochen.

Ende 2012 haben Bayern und Nordrhein-Westfalen einen Staatsvertrag über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung geschlossen. Durch eine Öffnungsklausel können schrittweise Patentanwältinnen und -anwälte, die ihren Sitz in anderen Ländern haben, einbezogen werden. Hamburg ist im Jahr 2015 mit seinen 100 niedergelassenen Patentanwälten beigetreten.

In Rheinland-Pfalz sind derzeit 62 Patentanwältinnen und -anwälte zugelassen. Im Fall des Beitritts der rheinland-pfälzischen Patentanwälte wären dann über 70 % der bundesweit zugelassenen Patentanwälte Pflichtmitglied in der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung.

Der Beitritt zum Staatsvertrag bedarf der Zustimmung des Landtags in Gesetzesform. Die CDU-Fraktion wird zustimmen, da wir den Gesetzentwurf für sinnvoll und zweckmäßig halten.

Danke schön.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Sippel.

Abg. Heiko Sippel, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Landesgesetz sollen die rund 60 Patentanwältinnen und -anwälte mit Kanzleisitz in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit erhalten, sich für die Absicherung im Ruhestand und bei Berufsunfähigkeit einem berufsständischen Versorgungswerk anzuschließen.

Anders als die Kammerzuständigkeit, die bundesweit in der Bundespatentanwaltskammer gebündelt ist, kann die

Einrichtung eines berufsständischen Versorgungswerks aufgrund der Länderkompetenz nicht auf Bundesebene erfolgen; dennoch strebt die Patentanwaltskammer eine möglichst bundeseinheitliche Versorgung ihrer Mitglieder an. Insoweit ist die Anbindung an die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung absolut nachvollziehbar. Dort ist ein großer Teil der deutschen Patentanwaltschaft im Versorgungswerk bereits zusammengeführt.

Seit 2006 ist die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung auch für Patentanwältinnen und -anwälte mit Kanzleisitz in Bayern, aufgrund von Staatsverträgen seit 2013 auch für Nordrhein-Westfalen und seit November 2015 für Hamburg zuständig. Mit dem vorliegenden Landesgesetz kann der im Dezember 2018 erfolgte Beitritt des Landes Rheinland-Pfalz zum entsprechenden Staatsvertrag ebenfalls formal umgesetzt werden. Somit gehören 70 % der rund 3.000 deutschen Patentanwältinnen und -anwälte dem Versorgungswerk als Pflichtmitglieder an.

Der Staatsvertrag sieht eine Pflichtmitgliedschaft für künftige Patentanwältinnen und -anwälte vor. Für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Staatsvertrags bereits zugelassenen Patentanwälte enthält der Staatsvertrag Übergangsvorschriften, und zwar mit der Möglichkeit zum Beitritt auf Antrag und der Beitragsreduzierung, soweit bereits Anwartschaften aus anderweitiger Altersvorsorge bestehen.

Wir stimmen dem Landesgesetz zu.

Danke schön.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Lohr.

Abg. Damian Lohr, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In zweiter Beratung debattieren wir heute über den Beitritt des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer im Versorgungswerk mit dem Ziel, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass die Patentanwälte aus Rheinland-Pfalz der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung beitreten können bzw. müssen.

Dies ist notwendig, da aufgrund der Gesetzeslage die Zuständigkeit bei den Ländern liegt und somit die Einrichtung eines Bundesversorgungswerks nicht möglich ist. Dementsprechend ist es sinnvoll, wenn sich die Länder in diesem Bereich zusammenschließen und quasi über Umwege letztendlich ein gemeinsames Versorgungswerk haben. Die Vorredner haben das bereits erwähnt.

Aus Sicht der AfD-Fraktion ist dieser Schritt ein sinnvoller; denn man spart Ressourcen dadurch, dass man durch den

Anschluss an das Bayerische Versorgungswerk deutlich weniger Verwaltungsaufwand betreiben muss. Wir haben hier also eine Ressourcenbündelung, die hoffentlich dazu führt, dass bei der Vorsorge Fortschritte gemacht werden.

Weiterhin ist es sinnvoll, eine bundesweit einheitliche Versorgung für Patentanwälte zu gewährleisten, weshalb auch in diesem Fall der Gesetzentwurf ausschließlich als gut zu bewerten ist.

Zusammengefasst ist es positiv zu betrachten, wenn sich die rheinland-pfälzischen Patentanwälte dem größten Versorgungswerk – das wurde schon erwähnt –, das 70 % der Patentanwälte umfasst, anschließt. Die AfD-Fraktion sieht hier keine Hindernisse und wird selbstverständlich dem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Roth.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegen Sippel und Henter haben eigentlich alles gesagt. Der heute vorliegende Entwurf ist ein weiterer Schritt, die Versorgung der Patentanwältinnen und -anwälte in Rheinland-Pfalz zu sichern. Auch wir unterstützen somit den Gesetzentwurf der Landesregierung ausdrücklich und werden ihm zustimmen.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP, bei SPD, CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt
bei der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Schellhammer.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Auch ich kann es kurz machen. Wir haben den Gesetzentwurf beraten, und auch im Ausschuss kamen keine Kritikpunkte. Er betrifft 62 Patentanwältinnen und -anwälte in Rheinland-Pfalz. Meine Fraktion hält diesen Gesetzentwurf für zielführend. Ansonsten schließe ich mich den Ausführungen der Kollegen Henter und Sippel an. Wir werden dem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Mertin das Wort.

Herbert Mertin, Minister der Justiz:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Für die Landesregierung darf ich mich für die Bereitschaft aller fünf Fraktionen, diesem Gesetz zuzustimmen, bedanken. Ich hoffe, dass wir mit ihm für die Patentanwälte Gutes erreichen.

(Beifall bei FDP, SPD BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen unmittelbar über den Gesetzentwurf – Drucksache 17/8195 – ab, weil die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke. Damit ist der Gesetzentwurf auch in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zum Zweiundzwanzigsten
Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung
einer rundfunkrechtlichen Vorschrift**
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/8326 –
Erste Beratung

Die Fraktionen nahm eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Zur Begründung erteile ich der Landesregierung, Herrn Staatssekretär Hoch, das Wort.

Clemens Hoch, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sind seit einiger Zeit, so wie wir im politischen Raum auch, mit dem Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag befasst, den wir sehr häufig als Telemedienauftrag-Staatsvertrag bezeichnen.

Vergangene Woche hat das ZDF im Rahmen der Berlinale die neue Kulturplattform ZDFkultur als Teil der ZDFmediathek vorgestellt. In Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Partnern wie Museen, Theatern, Bibliotheken, Kinos, Konzerthäusern und vielen weiteren kulturellen Institutionen macht die neue Onlineplattform den Kulturraum in Deutschland für jeden erfahrbar, einfach und zeitgemäß.

Eine solche Plattform ist damit ein gelungenes Beispiel dafür, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinem besonderen Auftrag gerade im Netz leisten kann; denn darum geht es, wenn wir heute im Plenum und Sie darauf folgend in den Ausschüssen über das Zustimmungsgesetz zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag diskutieren, das öffentlich-rechtliche Angebot der Zukunft.

ARD, ZDF und Deutschlandradio sind gemeinsam verpflichtet, mit ihren Angeboten die gesamte Bevölkerung

zu erreichen und den vielen und vielfältigen Bedürfnissen zu entsprechen, inhaltlich wie technisch, offline wie online. Daran ändert sich auch nichts dadurch, dass uns allen dank der Digitalisierung nun eine schier unendliche Vielzahl von Angeboten zur Verfügung steht, die scheinbar sämtliche Interessen und Bedürfnisse bedienen, aber eben nur scheinbar. Das Gegenteil ist richtig. Vielzahl ist in dem Fall nicht gleich Vielfalt.

So stellt auch das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr ausdrücklich fest, dass die Mechanismen des Internets Konzentrationen zu Monopolisierungstendenzen eher begünstigen und neue Unsicherheiten hinsichtlich Glaubwürdigkeit von Quellen und Wertungen entstehen. Vor diesem Hintergrund hob das Bundesverfassungsgericht die große Bedeutung eines beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks hervor, der gerade im Netz ein Vielfalt sicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht zu den privatfinanzierten Anbietern bildet.

Damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk den an ihn gestellten Erwartungen gerecht werden kann, braucht er adäquate und zeitgemäße gesetzliche Rahmenbedingungen. Im vergangenen Jahr haben die Länder daher unter ständiger Einbeziehung aller Akteure – Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern, Produzenten, Rechteinhabern, privaten Veranstaltern – mit der umfassenden Neufassung des öffentlich-rechtlichen Onlineauftrags im sogenannten Telemedienauftrag einen Meilenstein gesetzt.

Auch wenn oder gerade weil das Verbot der Presseähnlichkeit in den letzten Verhandlungsmonaten am stärksten im öffentlichen Fokus stand, möchte ich betonen, bei den Neuregelungen geht es noch um viele andere Dinge. Exemplarisch hervorheben möchte ich dabei die Abschaffung der sogenannten 7-Tage-Regel in den Mediatheken. Damit können die Mediatheken endlich zu dem werden, was viele Nutzerinnen und Nutzer schon lange von ihnen erwarten, nämlich eigenständige und noch vielfältigere Medienangebote.

Interaktive Kommunikation und Social-Media-Nutzung werden im Staatsvertrag erstmals ausdrücklich beauftragt und geregelt. Auch für uns ist ganz wichtig, die Belange von älteren Menschen und solchen mit Einschränkungen werden im neuen Onlineauftrag adressiert, in dem eine möglichst barrierefreie Gestaltung der Onlineangebote gewählt werden soll.

Die Beauftragung der Funkanstalten mit der Schaffung zeit- und kulturgeschichtlicher Archive und einer stärkeren Verknüpfung ihrer Angebote mit denen von Einrichtungen der Wissenschaft und Kultur, wie im Fall von ZDFkultur, betont den Kulturauftrag von ARD, ZDF und Deutschlandradio.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des Telemedienauftrags bedeutet für die Landesregierung als Vorsitzland der Rundfunkkommission immer auch, die Weiterentwicklung des gesamten Mediensystems im Blick zu haben.

Unsere Medienordnung ist weltweit einmalig

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das stimmt!
Einmalig teuer!)

und hat einen weit über Europa hinaus reichenden Vorbildcharakter. Ja, wir sind einmalig stolz darauf; denn sie bietet sensationell gute Angebote.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

In diesem System müssen sich alle in der digitalen und konvergenten Medienwelt weiterentwickeln können, öffentlich-rechtliche wie private Anbieter. Dies hatten die Länder bei der Reform immer im Blick. Am Ende steht eine gelungene Reform, für die ich herzlich um Ihre Zustimmung werbe.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Schöffner das Wort.

Abg. Daniel Schöffner, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute, da wir über den Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag sprechen, habe ich eigentlich das Gefühl, dass die Debatte über den Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag gerade in einer der letzten Plenarsitzungen stattgefunden haben muss. Aber ein Hoch auf unser Dokumentationssystem! Die abschließende Beratung liegt doch schon zehn Monate zurück.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: So geht die Zeit vorbei! –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Damals hatte ich die Erwartung geäußert, dass der große Modernisierungsentwurf mit dem nächsten Staatsvertrag gelingt und wir dann über den sogenannten Medienstaatsvertrag beraten. Aber wie man so schön sagt: Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt.

Der Konsens zwischen 16 starken Bundesländern dauert eben seine Zeit. Entscheidend ist sowieso, was am Ende herauskommt. Hier zählt Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Wir sind sowieso an der ganzen Entwicklung in Sachen Staatsverträgen sehr eng dran, sodass man bezüglich der Abläufe auch leicht durcheinander kommen kann. Welcher wird gerade öffentlich diskutiert? Welcher in der Runde der Ministerpräsidenten? Und welcher ist gerade zur Abstimmung in den Landesparlamenten?

Wir werden seitens der Landesregierung darüber stets im Medienausschuss informiert. Rheinland-Pfalz hat in dem Bereich eine führende Rolle.

Außerdem haben wir in fast jeder Sitzung unterschiedliche Berichtsansätze zu den einzelnen Themenkomplexen. Wir haben also reichlich Gelegenheit, über unterschiedliche Positionen zu debattieren.

Über den nun vorliegenden Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurden wir im letzten Jahr im August im Ausschuss vorunterrichtet und konnten seitdem das allgemeine Echo vernehmen. Insbesondere zwei wichtige Punkte zur Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks können jetzt schon auf den Weg gebracht werden: die Überarbeitung der sogenannten 7-Tage-Regelung und das Thema der Presseähnlichkeit der Onlineangebote.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es eigentlich? Meines Erachtens darum, dass der Nutzer, der auch gleichzeitig Beitragszahler ist, das erhält, was er möchte und auch erwarten kann.

In Zeiten von Streaming und Videoplattformen ist es einfach nur zeitgemäß, dass auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Möglichkeit zur Entwicklung im Internet gegeben wird.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Zur Ausdehnung!)

Wer möchte, dass die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Anstalten genauso attraktiv sind wie die Angebote kommerzieller Anbieter, der muss auch dafür Sorge tragen, dass Inhalte dort nicht nach sieben Tagen wieder verschwinden müssen. Das versteht kein Nutzer. In Zukunft können Inhalte länger abgerufen werden. Das trägt einem modernen Dienstleistungsgedanken Rechnung.

Relativierend sollte man dabei aber anfügen, dass jetzt die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, programmlich und inhaltlich sind aber die Sender verantwortlich. Das ist auch gut so. Entscheidungen über Senderechte und Budgetverantwortung sind aus gutem Grund so organisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es darum geht, welchen Nachrichten die Bürgerinnen und Bürger am meisten vertrauen, dann landen die öffentlich-rechtlichen Anstalten immer auf Platz 1. Direkt dahinter kommen die Tageszeitungen.

Ich bin froh, dass es jetzt gelungen ist, einen guten Kompromiss unter dem Stichwort „Verbot der Presseähnlichkeit“ zu finden. Das Onlineangebot der öffentlich-rechtlichen Anstalten muss seinen Schwerpunkt auf Bewegtbild und Ton haben. Auf gut Deutsch bedeutet das, dass diese Angebote keine Konkurrenz zur Tageszeitung sein sollen, aber trotzdem den Beitragszahlern eine sehr gute Informationsquelle bieten.

Wir sind in Deutschland zu Recht stolz auf unsere vielfältige Medienlandschaft. Umso wichtiger ist es, dass es mit diesem Kompromiss gelungen ist, sowohl den Verlegern als auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerecht zu werden. Sollte es doch noch strittige Fälle geben, wird eine gemeinsame Schlichtungsstelle eingerichtet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Staatsvertrag bietet die Politik den öffentlich-rechtlichen Anstalten die Möglichkeit, sich im Internetzeitalter weiterzuentwickeln. Insbesondere wurden gute und tragfähige Kompromisse gefunden. Ich bin mir sicher, das wird auch die Beratung im Ausschuss zeigen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Weiland.

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine der zentralen und gleichzeitig schwierigsten Aufgaben der Medien- und Rundfunkpolitik ist es, die Frage zu beantworten, was darf, was soll, was muss der beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk unter den Bedingungen von Digitalisierung und Vernetzung leisten. Was erwartet die Gesellschaft vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk angesichts einer sich rasant ändernden Mediennutzung, einer sich ändernden Informationsbeschaffung und Kommunikation? Und was erwarten die anderen privatwirtschaftlich organisierten Teilnehmer am Markt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Antwort auf diese Fragen ist nicht so einfach, wie es vielleicht scheint. Längst hat niemand mehr die utopische Einschätzung, dass Kommunikation über Social Media zu einem gleichberechtigten, demokratischen gesellschaftlichen Diskurs führt.

Die Grenze zwischen Information, Werbung, Product-Placement, persönlichen Gefühlswallungen und noch so abseitigen Meinungen verschwimmt zunehmend.

In diesem Zusammenhang sind öffentlich-rechtliche Angebote und Inhalte nötiger denn je. Sie müssen dann auch auf den Ausspielwegen angeboten werden können, die dem Nutzungsverhalten entsprechen, nämlich im Netz. Ich finde, der von Herrn Staatssekretär Hoch angesprochene digitale Kulturraum des ZDF ist ein hervorragendes Beispiel für das, was öffentlich-rechtlicher Rundfunk in diesem Bereich leisten kann.

(Beifall der CDU)

Dabei muss immer ein Ausgleich gefunden werden. Das ist das Wesen einer Politik in einer offenen demokratischen Gesellschaft. Es muss ein Ausgleich gefunden werden zwischen den unterschiedlichen Teilnehmern am Rundfunkgeschehen, am Mediengeschehen, am Markt, nämlich ein Ausgleich zwischen den berechtigten wirtschaftlichen Interessen privatwirtschaftlich organisierter Medienanbieter, also der Presse, und der privatwirtschaftlich organisierten Rundfunkanstalten auf der einen Seite und dem beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem ganz bewusst nicht in die wirtschaftliche Konkurrenz gestellten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier bildet der Zweiundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag einen wichtigen und guten Kompromiss ab.

Dass dieser Kompromiss überhaupt zustande gekommen ist, war zu Beginn der Diskussion alles andere als selbstverständlich. Insofern ist die Gesetzesvorlage, über die

wir beraten, schon ein Erfolg an sich; denn wenn man sich überlegt, wie hart die Auseinandersetzungen etwa mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, teilweise auch mit manchem Medienpolitiker gewesen sind, dann konnte man nicht von vornherein absehen, dass es im Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu einem Kompromiss kommt. Deshalb findet sich dieser Kompromiss, weil er so schwierig war, erst in diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag, obwohl er schon für den vorhergehenden vorgesehen gewesen war.

Es ist also ein wichtiger Fortschritt, über den wir heute beraten, wobei klar ist, dass auch dieser Kompromiss nicht das Ende einer Diskussion ist, sondern eine Bestandsaufnahme, eine Zustandsbeschreibung in einem fortdauernden Prozess. Das macht zum Beispiel die Schlichtungsstelle deutlich, die zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio und dem BDZV über Streitfragen in puncto Presseähnlichkeit entscheiden bzw. beraten soll. Die Entscheidung liegt nicht einmal in dieser Schlichtungsstelle. Damit sind einige Unwägbarkeiten verbunden, über die man reden und die man evaluieren muss, wenn die Schlichtungsstelle ihre Arbeit aufgenommen hat.

Deutliche Verbesserungen bietet dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag beim Telemedienauftrag, insbesondere was das Eingehen auf das Nutzungsverhalten und das bedarfsorientierte Angebot angeht. Die Verweildauer ist als Stichwort genannt worden. Die Befristung auf die sieben Tage entfällt. Europäische Kaufproduktionen und Serien können ab sofort in den Mediatheken angeboten werden. Die größere Verweildauer beim Sport in den Mediatheken ist sicherlich ein Fortschritt.

Dabei ist klar – auch das sollten wir uns heute klarmachen –, der von Digitalisierung und Vernetzung angetriebene Wandel – man könnte auch sagen, befeuerte Wandel – der öffentlichen und privaten Kommunikation ist sehr viel schneller, als es der zuständige Gesetzgeber, also wir, es je sein kann. Deshalb muss uns bewusst sein, wenn wir heute diesen Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag in erster Lesung beraten, dann in der zweiten Lesung nach der Beratung im Ausschuss in diesem Hause auch beschließen werden – davon gehe ich jedenfalls aus –, dann eröffnet dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag in dem Augenblick, in dem er beschlossen sein wird, schon wieder den Bedarf, über den nächsten zu beraten.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion der AfD erteile ich Herrn Abgeordneten Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, verehrte Kollegen! Ich muss jetzt einmal aus diesem Frame ausbrechen. Seit der konstituierenden Sitzung dieses Parlaments steht bereits zum

dritten Mal ein Rundfunkänderungsstaatsvertrag auf der Tagesordnung. Sind das gute Zeichen der Zukunftsfähigkeit? Die AfD-Fraktion stellt fest: Nein.

Die ständigen Änderungen des Rundfunkänderungsstaatsvertrages sind kurzatmig und bereits nach Verabschiedung überholte Anpassungen eines obsoleten milliardenschweren Staatsfunks an die sich rapide ändernde Medienlandschaft. Der nächste Anpassungsbedarf zeichnet sich bereits ab, auch der übernächste.

In Wirklichkeit befinden sich ARD und ZDF in einer tiefgreifenden Finanz- und Vertrauenskrise. Das vor Kurzem bei der ARD aufgetauchte sogenannte Framing-Handbuch ist 90 Seiten Tornisterliteratur aus einer US-amerikanischen Psychoküche für 120.000 Euro. Das ist bezeichnend. Es stellt tatsächlich einen Tabubruch, eine Zäsur dar.

(Beifall der AfD)

In der Rückschau wird es heißen, was der Fall Relotius für den Spiegel war, ist dieses Framing-Handbuch für die ARD gewesen. Ich zitiere aus dem Framing-Handbuch mit Erlaubnis des Präsidiums: „Bereits eine Unterscheidung in ‚öffentlich‘ und ‚privat‘ ist eine, die den Zielen der ARD entgegensteht.“ Diesen Eindruck habe ich auch, wenn ich mir den Rundfunkstaatsvertrag anschau, aus dem ich drei Punkte ausgewählt habe, auf die ich noch zurückkommen werde.

Kritiker und Beitragsverweigerer – ich zitiere – seien „illoyal“, „wortbrüchig“ und lägen „anderen auf der Tasche“.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Das ist der Jargon der ARD. Bürger, Kritiker des öffentlichen Rundfunks werden kriminalisiert. Das Ganze gipfelt in drei Zuschreibungen: Wir, die ARD, sind „die Gesellschaft“. – Wir wollen lieber „kontrollierte Demokratie statt jeder wie er will“.

(Abg. Martin Haller, SPD: Wer hat den Boykott angekündigt? Herr Paul, haben Sie den Boykott angekündigt? –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD Sie reden ab jetzt in eigener Sache!)

Und: Es ist stets moralisch statt sachlich zu argumentieren. – Das gibt das Framing-Handbuch den Mitarbeitern auf den Weg. Man fragt sich, ist das Orwells „1984“, oder ist das eine Publikation, die aus Gebührengeldern bezahlt wird, von denen keiner Abstand nehmen kann, weil sie per Zwang erhoben werden?

(Beifall der AfD)

Wir haben das Thema auf die Ausschusssitzung des Medienausschusses gesetzt. Wir fordern personelle Konsequenzen. Die Menschen, die Mitarbeiter der ARD, die an diesem Framing-Handbuch beteiligt waren, sind fehl am Platze. Das sagen wir ganz klar.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja, ja!)

Es wird nur der erste Schritt zu einer parlamentarischen Aufarbeitung sein.

Drei Punkte des Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag möchte ich herausheben. Erstens: die Konkretisierung des Verbots der sogenannten Presseähnlichkeit von Onlineangeboten der Öffentlich-Rechtlichen. Bisher waren presseähnliche Angebote untersagt. Das soll der Zweiundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag nun ändern. Die getroffenen Regelungen sind allerdings nicht präzise. Der Text dürfe „nicht im Vordergrund stehen“. Allerdings bleiben unter anderem Texte, „die der Aufbereitung von Inhalten einer konkreten Sendung einschließlich Hintergrundinformationen dienen“, von dieser Regelung ausgenommen. Das ist schwerwiegend.

Schon heute wird in den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF rituell auf das entsprechende Onlinetextangebot hingewiesen. Das steht in Konkurrenz zu den privaten Medien.

Es soll nun eine Schlichtungsstelle geben, die bei Streitfällen zwischen ARD, ZDF und Deutschlandfunk und den Privaten vermittelt. Jedoch gibt es zur Ausgestaltung dieser Schlichtungsstelle kaum nähere Angaben; das ist ein blinder Fleck.

Fazit: Die Öffentlich-Rechtlichen werden also nach wie vor Textinhalte im Netz publizieren. Ihrem Wunsch nach Ausdehnung ins Netz kommt die Altparteienpolitik natürlich nach – wie üblich.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das war ja auch vorher so, aber das haben Sie nicht verstanden, das ist das große Problem!)

Zweitens: Der Rundfunkänderungsstaatsvertrag trifft Regelungen zur sogenannten Verweildauer von Onlineinhalten. Bisher durften Sendungen der Öffentlich-Rechtlichen nur bis zu sieben Tage nach der Ausstrahlung online zur Verfügung stehen. Künftig sollen es 30 Tage sein.

Das geschieht insbesondere zulasten jener Filmemacher, die ihre Werke einmal an die Öffentlich-Rechtlichen verkauft haben.

(Abg. Martin Haller, SPD: Spielfilme! Das ist abhängig von der filmischen Situation! Sie haben das Ding doch gar nicht gelesen, Sie erzählen hier einfach irgendetwas! Das ist ja erschreckend!)

Ewig abrufbar verlieren sie nachhaltig an Wert. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk scheint das nicht besonders gravierend zu sein.

(Abg. Martin Haller, SPD: Sie müssen mit Ihren Leuten reden, die müssen Ihnen das Richtige abschreiben, nicht irgendetwas, meine Güte!)

Im Jahr 2015 sendete das ZDF weniger als zehn Dokumentarfilme in Erstausrahlung, keinen davon in der Primetime.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist doch schon wieder etwas anderes!)

In der ARD wurden im Berichtsjahr zwölf lange Dokumentarfilme gezeigt, so die Arbeitsgemeinschaft Dokumentar-

film. Das nennt man „Grundversorgung“?

(Abg. Martin Haller, SPD: Sie werfen alles durcheinander!)

Im Gegensatz dazu sehen wir viele, unzählige Kochshows und anderen Fernsehnippen, den wir zahlen müssen, obwohl wir ihn gar nicht konsumieren wollen.

(Beifall der AfD)

Drittens: Den Öffentlich-Rechtlichen soll gewährt werden, ihre Inhalte auch außerhalb des dafür jeweils eingerichteten eigenen Portals anzubieten, sofern dies „zur Erreichung der Zielgruppe (...) geboten ist“. Unsere Rundfunkgebühren helfen also zurzeit kräftig mit,

(Abg. Martin Haller, SPD: Es sind Rundfunkbeiträge! Beiträge, seit mehreren Jahren reden wir von Beiträgen, keinen Gebühren!)

die Reichweiten und Marktanteile von YouTube zu vergrößern. Wie das Angebot der Öffentlich-Rechtlichen auf YouTube aussieht, können wir bei funk bewundern. Dazu habe ich bereits gesprochen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Die machen gute Arbeit! Gute Arbeit!)

Ich fasse zusammen: Die AfD-Fraktion sieht die Ausdehnung der Öffentlich-Rechtlichen, der Nimmersatten, kritisch. Wir wollen einen schlanken Heimatfunk,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Hüttner, SPD: Das ist ja nur lächerlich!)

der das sendet, was die Privaten nicht können oder wollen. Die Zwangsbeiträge sind ersatzlos abzuschaffen.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Und Sie wollen mitreden, was gesendet und geschrieben wird, das haben Sie schon einmal gesagt!)

Natürlich ist es richtig, dass das ZDF diesen Kulturraum, diese Mediathek errichtet. Aber dazu braucht man nicht 8 Milliarden Euro. Das geht mit einem schlanken Heimatfunk,

(Beifall der AfD)

der sich auf Information, Dokumentation und Kultur konzentriert und in die Medienlandschaft unseres Jahrhunderts passt.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ach ja!)

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Wink das Wort.

(Abg. Martin Haller, SPD: Da war so viel falsch in dieser Rede, erschreckend! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich finde es immer aufschlussreich, so einen Fanatiker mal live zu hören! Ahnungslos, aber fanatisch!)

Abg. Steven Wink, FDP:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für uns zeichnet sich gute Medienpolitik vor allen Dingen durch drei Punkte aus: die Sicherung der Meinungsvielfalt, die größtmögliche Freiheit für Unternehmen, Konsumentinnen und Konsumenten sowie eine zeitgemäße Gesetzgebung.

Der Zweiundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird diesen Grundsätzen gerecht. Die Digitalisierung hat die Medienwelt von Grund auf verändert. Intermediäre erweitern nicht nur Angebot, Kommunikation und Information, sondern schaffen auch neue Herausforderungen.

Was faktenbasierte Berichterstattung, populistische Meinungsmache, dem Framing unterworfenen Inhalte oder werbende, presseähnliche Texte sind, ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher immer schwieriger zu unterscheiden.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ja eben! –
Abg. Michael Frisch, AfD: Framing halt!)

Deshalb bedarf es in diesen Zeiten klarer Regelungen.

Es bestehen klare Grenzen. Der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen endet dort, wo es nicht mehr um das Erreichen einer Zielgruppe aus journalistisch-redaktionellen Gründen geht. Die Novelle des Staatsvertrags schafft damit auch eine klare Trennung zwischen den Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Produkten der Privaten.

Besonders prominent wurde in diesem Zusammenhang über das Verbot der Presseähnlichkeit diskutiert. Ich glaube, dass für die Öffentlich-Rechtlichen und für die Verlage ein guter Kompromiss gefunden werden konnte.

Der Gestaltungsschwerpunkt im Bewegtbild und Ton sowie der Sendungsbezug werden im Staatsvertrag künftig sicherer und klarer zum Ausdruck gebracht sein. Eine gemeinsame Schlichtungsstelle zwischen Presseverlagen und Rundfunkanstalten lässt den Dialog zwischen den Beteiligten über die jetzigen vertraglichen Änderungen hinaus fortbestehen. Dies ist auch ein Signal, dass es künftig um den konstruktiven und vertraulichen Dialog gehen soll.

Die Neuregelung im Bereich der Mediatheken begrüßen wir Freien Demokraten ebenso wie die Konkretisierung im Kulturauftrag. Wir freuen uns deshalb auf vertiefende Diskussionen im Ausschuss und darüber, dass mit dem vorliegenden Rundfunkänderungsstaatsvertrag Meinungsvielfalt gesichert, Freiheit gewährt und zeitgemäß gehandelt wird.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Dr. Braun das Wort.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Der öffentlich-rechtlichen Partei, sie sind ja nicht so weit entfernt!)

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Paul hat Anfang Januar angekündigt, wegen der SWR-Beitragsdiskussion in Gebührenstreik treten zu wollen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Nein, wegen eines Artikels über das Burkiniverbot, das war eine Frechheit! –
Heiterkeit des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Jetzt gibt es gar keine Rundfunkgebühren, Herr Paul. Das müssten Sie eigentlich wissen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist ja lächerlich! Sie Haarspalter! –
Weitere Zurufe von der AfD)

Ich würde jetzt gerne einmal wissen, ob das ein Werbebeitrag war, ob Sie die Öffentlich-Rechtlichen weiter boykottieren und nicht über die heutigen Themen sprechen wollen;

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Aber Schüler dürfen nicht streiken!)

denn darüber haben Sie eigentlich nicht gesprochen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ich will nicht für linke Propaganda zahlen!)

Sie wollen nicht zahlen, heißt das.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Reden Sie zum Thema, Herr Braun!)

Das heißt, Sie wollen weiterhin streiken und weiterhin die Beiträge, die es gibt, nicht zahlen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Schülerstreik finden Sie ja toll! –
Weitere Zurufe von der AfD)

Und Sie werden weiterhin zum Boykott aufrufen. – Ich wollte nur einmal wissen und verstehen, was Sie sagen. Der Kampf der AfD gegen die Öffentlich-Rechtlichen geht also einfach nur weiter. Das wollten Sie sagen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Gegen die Meinungsfreiheit! Ihr seid gegen die Meinungsfreiheit, und das ist das Problem! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Gegen Framing! Wir sind gegen Framing! –

Abg. Uwe Junge, AfD: Wir sind gegen Framing und Zwangsgebühren! –
Weitere Zurufe von der AfD)

Die durch die Öffentlich-Rechtlichen garantierte Meinungsfreiheit wollen Sie auch nicht haben. Das habe ich richtig verstanden, nehme ich an.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Deswegen sitzen Ihre Leute ja in den Gremien!)

Nur so viel vorab. Ich will ansonsten zum Thema sprechen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Es ist gut, dass es diesen Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag gibt. Wir müssen das immer wieder anpassen. Der Dreiundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird wahrscheinlich in der Mache sein. Wir haben hauptsächlich darüber zu reden, wie die Medien in Zukunft angeboten werden.

Ich glaube, wir haben hier vor Ort in dieser Runde schon öfter besprochen, dass wir es für falsch halten, dass Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur sieben Tage in den entsprechenden Mediatheken stehen können. Das heißt, man will einen Beitrag noch einmal anschauen, über den man von anderen erfahren hat, dass es ein guter, informativer Beitrag war. Nun will man sich diesen anschauen, aber er ist schon wieder gelöscht und aus der Mediathek herausgenommen worden, weil die sieben Tage vorbei sind.

Das halten wir für falsch, und deswegen ist die Regelung, dass die Beiträge länger stehen bleiben können, eine gute Regelung, gut für alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahler,

(Abg. Joachim Paul, AfD: Aber nicht gut für die Dokumentarfilmer!)

aber auch gut für die Medien, damit man auch in Zukunft für längere Zeit schauen kann, was denn berichtet worden ist und sich informieren kann; denn Informieren ist der Hauptauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, meine Damen und Herren.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ja, aber keine Kochshows!)

Wir haben eine Möglichkeit der Schlichtung im Zusammenhang mit presseähnlichen Texten vereinbart. Ich muss kritisch anmerken: Ich halte es für problematisch, wenn die BILD-Zeitung als Vertreter mit in dieser Runde sitzt und mit schlichten kann,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Aha, aha! – Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

aber um einen Kompromiss zu finden, werden wir das natürlich mittragen und schauen, wie diese Schlichtungskommission in Zukunft arbeitet.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie grenzen einzelne Medien aus, das ist ja interessant!)

Wir hoffen, dass sie gut und inhaltlich entsprechend zielorientiert arbeitet, meine Damen und Herren.

Die Social-Media-Nutzung ist wichtig in den heutigen Tagen, gerade weil Desinformation sehr oft über die sozialen

Medien verbreitet wird. Ich schaue da in eine Richtung. Zu Recht, nehme ich an, und mit voller Absicht schaue ich in diese Richtung.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer, SPD –

Abg. Martin Haller, SPD: Zu „recht“, sozusagen! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Alles, was nicht grün ist, zählt bei Ihnen nicht! –

Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Desinformation kann nicht unser Interesse sein. Unser Interesse ist die Information. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind der Garant für eine Information, für eine freie Information und für eine vielfältige Meinungsäußerung.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Deswegen ist es gut, dass wir heute sowohl die Barrierefreiheit und die soziale Mediennutzung als auch die entsprechenden Verträge und Änderungen bei der Nutzung der Mediatheken verabschieden bzw. in den Ausschuss geben und dort verabschieden werden, nehme ich an.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann verfahren wir so. Vorgeschlagen ist die Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 17/8326 – an den Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik – federführend – und mitberatend an den Rechtsausschuss. – Gegenstimmen sehe ich nicht, dann ist das so mit Ihrer Zustimmung beschlossen. Vielen Dank.

Damit kommen wir zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8375 –
Zweite Beratung

Dieser Gesetzentwurf tritt an die Stelle des ursprünglichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/8325 –. Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Wer begründet für die einbringenden Fraktionen? – Der Herr Abgeordneter Dr. Alt.

(Abg. Benedikt Oster, SPD: Guter Mann! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Guter Mann, aus dem wird noch was! –
Heiterkeit bei der SPD)

Abg. Dr. Denis Alt, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Mit dem Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim zur neuen Verbandsgemeinde Nahe-Glan entsteht eine der attraktivsten Verbandsgemeinden unseres Landes.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, oh! –
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: Das ist
aber nicht bei den Pfälzern! –
Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU –
Weitere Zurufe von der SPD)

Wie stets meine ich ernst, was ich sage.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das gilt auch vor dem Hintergrund,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist
wissenschaftlich belegt! –
Abg. Christine Schneider, CDU: Das liegt in
der Südpfalz!)

dass der Weg der fusionspflichtigen Gemeinde Meisenheim im Landkreis Bad Kreuznach nicht durchgehend auf Bad Sobernheim ausgerichtet war, um es vorsichtig auszudrücken.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das
stimmt! –
Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Über mehrere Jahre war von dort der Versuch unternommen worden, einen Zusammenschluss mit der Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel im Donnersbergkreis zu realisieren. Dieser Versuch scheiterte allerdings an fehlenden Mehrheiten, an der Frage der rechtlichen Würdigung einer Kreisgrenze und letztlich an einem banalen, aber zentralen Argument, nämlich an der nicht hinreichenden Einwohnerzahl auf der Zeitschiene.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Ich selbst bin davon überzeugt, dass die Verbandsgemeinde Meisenheim im Zusammenhang mit Bad Sobernheim, wie es jetzt gesetzlich geregelt wird, am besten aufgehoben ist. Ich habe aus meiner Überzeugung auch vor Ort kein Geheimnis gemacht.

Herr Fraktionsvorsitzender, Kollege Alexander Schweitzer, es ist richtig, dass Meisenheim pfälzisch ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Allerdings umfasst auch die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim bereits heute ursprünglich pfälzische Gemeinden,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Die
wollen wir zurück! –
Heiterkeit der Abg. Christine Schneider,
CDU)

sodass man nicht sagen kann, dass die Pfalz und Preußen an dieser Stelle fusionieren. Die Fusion hat sozusagen

bereits vor über 40 Jahren stattgefunden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das tut
aber heute noch weh!)

– Dem einen oder anderen tut das heute noch weh. Wir empfinden das als Bereicherung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die beiden Verbandsgemeinden passen thematisch am besten zueinander. Sie werden durch gemeinsame Themen, etwa durch Flusstourismus, aber auch durch eine gut ausgebaute Infrastruktur – die insbesondere die beiden Mittelzentren in Teilfunktion, die Städte Bad Sobernheim und Meisenheim, verbindet – sicherlich gut und rasch zusammenwachsen.

Die Stadt Meisenheim und die umliegenden Gemeinden werden bereits im ersten Jahr der neuen Verbandsgemeinde an der Höhe der Umlage feststellen können, dass sie in einer starken Verbandsgemeinde Nahe-Glan handlungsfähiger sind, als sie es allein waren oder bei einer Fusion über die Kreisgrenze hinweg wären. Durch vielfältige Gespräche konnten Kommunalpolitiker, aber auch Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt werden, dass kommunale Einrichtungen durch eine Fusion zur Verbandsgemeinde Nahe-Glan am besten gesichert werden können.

Dies gilt für die Freibäder ebenso wie für die Schulen und den Verwaltungsstandort. Auch in Zukunft wird in Meisenheim nämlich Verwaltungsarbeit geleistet werden, und zwar nicht nur in einem Bürgerbüro, sondern auch durch die Ansiedlung der Finanzabteilung der neuen Verbandsgemeinde.

Deswegen waren die allerersten Gespräche, welche die Verbandsgemeinde Meisenheim im Hinblick auf eine Fusion führte, auf Bad Sobernheim ausgerichtet. Deswegen habe ich vor Ort ganz deutlich gesagt – und wiederhole es hier im Parlament – die Fusion von Meisenheim mit Bad Sobernheim ist nicht der Plan B, sondern die Rückkehr zu Plan A.

(Präsident Hendrik Hering übernimmt den
Vorsitz)

Bad Sobernheim wird ebenfalls langfristig davon profitieren, dass durch die wachsende Einwohnerzahl die Verwaltungskosten pro Kopf sinken können. Dies kommt unmittelbar den die Verbandsgemeinde tragenden Gemeinden zugute. Außerdem wird die touristische Entwicklung auf dem Gebiet der heutigen Verbandsgemeinde Bad Sobernheim neue Möglichkeiten erfahren, die sich aus der historisch bedeutsamen Substanz der Meisenheimer Altstadt ergeben.

Ich möchte mich abschließend bei allen bedanken, die parteiübergreifend daran mitgewirkt haben, dass Gräben überwunden wurden und die Fusion an Nahe und Glan so vorgenommen werden kann, wie es uns heute als Gesetzentwurf der Fraktionen vorliegt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Martin.

Abg. Dr. Helmut Martin, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Alt hat den Weg der Fusion so weit, wie er bisher gegangen werden konnte, treffend beschrieben. Im Ergebnis ist in den Entscheidungsgremien der beiden Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim dieser Weg jetzt mit großer Einmütigkeit getragen worden. Es entspricht der Linie der CDU-Fraktion, dass wir dann, wenn Freiwilligkeit eines Zusammenschlusses – zumindest Freiwilligkeit im Sinne des KVR-Grundsatzgesetzes – gegeben ist, das auch mittragen. Insofern signalisieren ich für die CDU-Fraktion Zustimmung in der weiteren Beratung.

(Beifall bei der CDU)

Ich will diese erste Lesung natürlich auch, wie der Kollege Alt, nutzen, um all denen zu danken, die vor Ort diesen Weg bisher ausgestaltet haben; denn selbst wenn es zumindest in der jüngeren Phase ohne ganz große Konflikte ging, verlangt es den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen vor Ort doch enorm viel ab. Es muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden; denn mit einem Zusammenschluss gehen die bisher gewohnten beiden Verbandsgemeinden irgendwie unter, und die waren ja auch identitätsstiftend. Das positiv zu kommunizieren und zu begleiten, verlangt viel.

Es wird auch ganz wichtig sein, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in beiden bisherigen Verbandsgemeinden erleben können, dass der Zusammenschluss für sie einen Vorteil bringen wird.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Darauf wird es ankommen, und ich wünsche allen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in den bisherigen und dann in der künftigen neuen Verbandsgemeinde Nahe-Glan frische Ideen, gute, auch durchaus unkonventionelle Ansätze, um es für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen.

Die neue Verbandsgemeinde ist nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes auch zuständig für die Förderung von Wirtschaft und Tourismus. Ich gebe dem Kollegen Alt auch in diesem Punkt gerne recht: Es ist schon eine besonders schöne, landschaftlich und auch kulturell schöne Verbandsgemeinde, die da entsteht. Insofern glaube ich, gerade der Tourismus hat dort noch große Chancen.

Deswegen lade ich Sie alle ein: Besuchen Sie diese junge Verbandsgemeinde, fördern Sie diese junge Verbandsgemeinde, verbringen Sie dort einen schönen Tag!

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sie laden ein!)

Wenn Sie diesen Besuch mit einem Aufenthalt im Nachbarwahlkreis 17 verbinden, wird es ein perfekter Tag. Da lade ich Sie auch gerne ein.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, das wollten wir hören!)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Klein.

Abg. Jürgen Klein, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir bereits im Rechtsausschuss mitgeteilt haben, unterstützen wir diese Fusion, die von den Gemeinden vor Ort auch gewollt wurde.

In diesem Fall liegt uns die Fusion zwischen Bad Sobernheim und Meisenheim vor, die zur Verbandsgemeinde Nahe-Glan fusionieren möchten. Mit Schreiben des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 2. März 2018 wurde der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim nahegelegt, mit der Verbandsgemeinde Meisenheim eine neue Verbandsgemeinde zu bilden.

Während die Verbandsgemeinde Meisenheim einen aktiven Änderungsbedarf bezüglich der Mindesteinwohnerzahl hat, besteht für die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim eigentlich nur ein passiver Änderungsbedarf, der jedoch verfassungsgemäß ist. Zum 1. Januar 2020 sollten daher beide Verbandsgemeinden fusionieren.

Im Fall einer freiwilligen Fusion werden Entschuldungshilfen von 2 Millionen Euro gewährt sowie weitere Projektförderungen in Aussicht gestellt.

Nachdem beide Verbandsgemeinderäte grünes Licht für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen gegeben hatten, wurde die Vereinbarung zum Gebietszusammenschluss der beiden Verbandsgemeinden von den Verwaltungsspitzen erarbeitet. Die Lenkungsgruppe billigte nach drei intensiven, aber immer harmonisch verlaufenden Sitzungen den Vereinbarungsentwurf.

Die Verbandsgemeinderäte haben in ihren Sitzungen am 11. September 2018 diese Vereinbarung mit großer Mehrheit beschlossen, sodass sie nunmehr den 34 Gemeinden zur Zustimmung vorgelegt werden kann. Da hier von beiden Gemeinden grünes Licht gegeben wurde, stimmen auch wir für die Fusion und wünschen der neuen Verbandsgemeinde Nahe-Glan einen guten Erfolg, auf dass es so weitergeht wie bisher.

Danke.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Becker.

Abg. Monika Becker, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!
„Das Fundament ist gelegt, die Bodenplatte ist aufgebracht, und das Gerüst steht.“

(Abg. Martin Haller, SPD: Ein schönes Bild!)

So wird der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim, Herr Rolf Kehl, in der Allgemeinen Zeitung zitiert. Für die einen mag das eine ausgedehnte Symbolik sein, für mich und die FDP-Fraktion formuliert diese Aussage aber einen sehr klaren Auftrag.

Es geht nun darum, nach – wie wir jetzt schon mehrfach gehört haben – sehr zähen Verhandlungen gemeinsam das Beste aus dem Fusionsprozess an Nahe und Glan zu machen. Es geht vor allem darum, dass sich die Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim gemeinsam auf den Weg machen und konkrete Ideen für die Zukunft der neuen Verbandsgemeinde Nahe-Glan entwickeln.

Rund 25.000 Bürgerinnen und Bürger sind in der neuen Verbandsgemeinde beheimatet, die ihren Sitz in Bad Sobernheim haben wird. Meine Damen und Herren, ein Fundament und ein Gerüst sind nämlich erst der Anfang. Zwei Städte und 32 Ortsgemeinden haben ihre ganz individuellen Bedarfe, die in der Verbandsgemeinde Nahe-Glan diskutiert werden müssen.

Ebenso wie die vielen anderen Fusionen, die wir in diesem Parlament schon auf den Weg gebracht haben, hat auch dieser Zusammenschluss überregionale Bedeutung. Er trägt dazu bei, mittel- bis langfristig Kosten für Personal- und Sachaufwand einzusparen und die kommunalen Strukturen effizienter zu machen. Die Entschuldungshilfe von 2 Millionen Euro ist ein Baustein im Bestreben, die zusammengeschlossenen Verbandsgemeinden zukunftsfest aufzustellen und nachhaltig zu entwickeln.

Meine Fraktion und ich persönlich danken an dieser Stelle allen Beteiligten für die Arbeit innerhalb des Prozesses: dem Ministerium, den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und natürlich den Bürgerinnen und Bürgern. Ein Fusionsprozess bindet viele Kräfte, so auch in den Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und hoffe dort auf ein positives Signal für den Zusammenschluss, aber ich bin mir fast sicher, dass er kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen Gäste im Landtag begrüßen: Mitglieder des SPD-Ortsvereins Mainz-Ebersheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Außerdem dürfen wir Bürgerinnen und Bürger aus dem wunderschönen Westerwaldkreis begrüßen. Seien auch Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Köbler das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist schon angeklungen, die Fusion der Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim war von Anfang an nicht unumstritten. Das lag mit Sicherheit auch daran, dass das früher zunächst kurpfälzische, später preußische Bad Sobernheim jetzt zusammengeht mit Meisenheim, der ehemaligen Residenzstadt des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

aber eben auch daran, dass in dem ganzen Bereich des Landkreises Bad Kreuznach bis hin zum nördlichen Donnersbergkreis eine Vielzahl von Veränderungen auf der kommunalen Landkarte vorgenommen wurde bzw. noch in der Diskussion ist. Umso mehr freut es mich, dass wir es hier mit einer freiwilligen Fusion zu tun haben und den Gesetzentwurf alle demokratischen Fraktionen des Hauses unterstützen.

Wir wünschen der neuen Verbandsgemeinde einen guten Start und dass diese unterschiedlichen Bezüge zu etwas Gutem, Zukunftsfähigem und Neuem werden. Die 2 Millionen Euro Entschuldungshilfe, die das Land zur Verfügung stellt, können dabei sicherlich sehr nützlich sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Staatssekretär Günter Kern.

Günter Kern, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus den beiden Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim nicht nur zum Ziel hat, sondern auch in eine entsprechende Zukunft führen wird.

Der Gesetzentwurf sieht diese Neubildung zum 1. Januar 2020 vor. Die neue Verbandsgemeinde wird Nahe-Glan heißen und somit auch touristisch das umschreiben, wofür eben geworben wurde.

In den Vereinbarungen – das kennen Sie – ist jeweils individuell geregelt, wo die Sitze der Verwaltungseinheiten sind. So hat man sich darauf geeinigt, an beiden Standorten, in

Meisenheim und in Bad Sobernheim mit dem Hauptsitz in Bad Sobernheim, Verwaltungsstellen anzubieten.

Ziel war und ist es – so wird es uns auch im Rahmen dieser Fusion gelingen –, dass aus den beiden ehemaligen Verbandsgemeinden eine Einheit wird, die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit darstellt und auch über eine Verwaltungskraft verfügt, die in eine gemeinsame gute Zukunft führen wird. Somit sind die Ziele und die Vorgaben des Landesgesetzes erfüllt, was die Thematik der Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform betrifft.

Mit diesem Zusammenschluss der beiden Verbandsgemeinden stellen wir lediglich den Rahmen her – auch das ist schon genannt worden –, um für eine strukturelle Optimierung zu sorgen. Es liegt in der Aufgabe der neuen Einheit, die Potenziale zu nutzen – so, wie es in den anderen Fällen gelungen ist –, um diese neue Verbandsgemeinde in eine gute Zukunft zu führen, mit 25.000 Einwohnern, einer Fläche von 275 km² und 34 Ortsgemeinden.

Die Verbandsgemeinde Meisenheim hatte einen eigenen Gebietsänderungsbedarf, die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim keinen. Dennoch hat man diese beiden zusammengeführt und eine freiwillige Gebietsänderungsmaßnahme auf den Weg gebracht.

Es haben die beiden Verbandsgemeinderäte und alle Stadt- und Ortsgemeinderäte zugestimmt, sodass wir von einer freiwilligen Gebietsänderungsmaßnahme im Sinne des Grundsatzgesetzes sprechen können, wobei wir erhebliche finanzielle Unterstützung leisten. Die Hochzeitsprämie und die Entschuldungshilfe von 2 Millionen Euro wurden genannt, und die erhöhten Projektförderungen auch.

Wir haben dieser Tage mit den beiden Bürgermeistern in einem sehr konstruktiven Gespräch zusammengesessen und bereits vereinbart, welche Maßnahmen wir im Bereich der Projektförderungen auf den Weg bringen können.

Dass das Einvernehmen vor Ort sehr schnell gefunden wurde, als wir die Fusion auf den Weg gebracht haben, ist vielen von der örtlichen Ebene zu danken. Ich will an dieser Stelle auch noch einmal Herrn Dr. Denis Alt nennen, der sich dieser Frage vor Ort in schwierigen Diskussionen gestellt hat, wie es sich bei den Fusionen immer wieder ergibt. Es gibt immer interessante, es gibt streitige Gespräche.

Aber, so sind die Erfahrungen in den vielen Fusionsgesprächen vor Ort gemacht worden, wenn man das auf eine Zielgerade bekommt und man in einen vernünftigen Dialog kommt, kommt am Ende auch etwas Vernünftiges dabei heraus. Ich glaube, beide Verbandsgemeinden haben sich mit dieser Vereinbarung, die sie untereinander getroffen haben, auf einen vernünftigen Weg begeben.

Dass es ein schwieriger Weg ist, insbesondere was Meisenheim betrifft, wurde genannt. Aber ich denke, wir haben mit der anderen Alternative, mit dem Zusammenschluss der Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel und der Verbandsgemeinde Rockenhausen, einen vor Ort vertretbaren Weg gefunden.

Im Landkreis Bad Kreuznach ist der Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim die zweite Gebietsänderungsmaßnahme im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform. Zwei weitere Gebietsänderungsmaßnahmen auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform stehen im Landkreis Bad Kreuznach noch an. Das ist zum einen die Bildung der Verbandsgemeinde Kirner Land aus der Stadt Kirn und der Verbandsgemeinde Kirn-Land. Auch das ist für viele, die in dem Parlament schon lange zu Hause sind, ein schwieriger, ein zäher Weg gewesen. Aber auch das haben wir auf einen vernünftigen Weg gebracht.

Ich bin außerdem dankbar, dass sich in einer angehend streitigen Diskussion in Langenlonsheim und Stromberg mittlerweile auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt wurde, sodass wir dort eine sehr starke Verbandsgemeinde in der Zukunft mit dem Ziel haben werden, auch sie zum 1. Januar 2020 zu bilden.

Wenn man zurückblickt, was wir bisher auf den Weg gebracht haben, dann sind es 36 Landesgesetze für Gebietsänderungsmaßnahmen auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden. Weit überwiegend haben wir es geschafft, dass diese Zusammenschlüsse im Hinblick auf das Grundsatzgesetz freiwillige Zusammenschlüsse waren.

Wir haben in diesen 36 Landesgesetzen 7 verbandsfreie Gemeinden, 42 Verbandsgemeinden mit eigenem Gebietsänderungsbedarf und 27 Verbandsgemeinden ohne eigenen Gebietsänderungsbedarf sowie die große kreisangehörige Stadt Ingelheim in vernünftige, gute strukturelle Gestaltungen vereinen können, was zielführend und gut für dieses Land Rheinland-Pfalz ist.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte erlauben Sie mir zum Abschluss noch einige persönliche Worte. Sie alle haben heute vernommen, dass ich nach 45 Jahren und siebeneinhalb Monaten zum Ende dieses Monats in den Ruhestand gehen werde. Ich hatte die Möglichkeit, auf der Ebene der Verbandsgemeinde Loreley rund 30 Jahre, im Rhein-Lahn-Kreis knapp elf Jahre und im Ministerium des Innern und für Sport fünf Jahre tätig zu sein. Ich habe davon vieles mitnehmen, viel Erfahrung sammeln und diese Erfahrung auch weitergeben können.

Ich danke insbesondere diesem Hause und den Abgeordneten für viele zielführende, manchmal auch streitige, aber im Ergebnis immer offene und freundschaftliche Gespräche im Sinne der Entwicklung unseres Landes. Wenn es für den einen oder anderen manchmal zu kernig war, dann hat das etwas mit meinem Namen zu tun und mit meinem Naturell, das ich auch nie ablegen werde.

Es war mir eine Freude und Ehre zugleich, unserem Land Rheinland-Pfalz, dieser Landesregierung und auch diesem Parlament dienen zu dürfen. In diesem Sinne, herzlichen Dank für all das, was ich erleben durfte.

(Anhaltend Beifall im Hause)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Staatssekretär Kern, ich darf mich – ich glaube, auch im Namen des ganzen Parlaments – für die kompetente, angenehme und – ich möchte auch sagen – in der Regel sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Es war mit Sicherheit hilfreich, dass Sie die reichhaltige kommunalpolitische Vergangenheit in dieses Amt mitbringen konnten. Vielen Dank für diese angenehme Zusammenarbeit.

(Beifall im Hause)

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es ist die Überweisung an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss – mitberatend – vorgeschlagen. Es erhebt sich kein Widerspruch, dann wird so verfahren.

Wir kommen nun zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen

Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache [17/5149](#) –

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt
– Drucksache [17/8312](#) –

Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache [17/8343](#) –

Die erste Beratung fand in der 49. Plenarsitzung statt. Es erfolgte die Überweisung an den Ausschuss für Europafragen und Eine Welt – federführend – sowie mitberatend an den Ausschuss für Bildung. Es wurde eine Anhörung durchgeführt. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses lautet auf Ablehnung des Antrags.

Herr Seekatz hat nun für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Ralf Seekatz, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Derzeit werden unsere gemeinsamen Werte in Europa leider immer häufiger hinterfragt. Umso wichtiger ist es, dass gerade die Länder aus der Mitte Europas, Deutschland und Frankreich, ihre bilateralen Beziehungen vertiefen und sich gemeinsam für die europäische Idee einsetzen.

Der vor wenigen Wochen von Angela Merkel und Emmanuel Macron unterzeichnete Aachener Vertrag ist hierfür ein klares Bekenntnis. Besonders begrüßenswert ist es, dass der neue Freundschaftsvertrag einen besonderen Fokus auf die Stärkung des grenzüberschreitenden Miteinanders legt und beide Länder sich darin dem Ziel der Zweisprachigkeit verpflichten.

Uns ist das Erlernen der französischen Sprache beson-

ders wichtig. Sprache schafft Vertrauen und ist ein wichtiger Baustein zur Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen.

(Beifall der CDU)

Die Sprache des Nachbarlands zu beherrschen heißt, dessen Geschichte, Kultur, Politik, aber auch dessen Lebensalltag besser zu verstehen.

Durch Kontakte und Freundschaften auf Schulebene werden nachfolgende Generationen stärker für die Belange der Nachbarn sensibilisiert, das gegenseitige Vertrauen wächst, und so können gerade Jugendliche auch gegen populistische Verführungen stark gemacht werden.

Deshalb haben wir in unserem Antrag „Die Zukunft Europas gestalten – Die Sprache des Nachbarn lernen“ diesem Aspekt eine hohe Bedeutung zugemessen und schon Anfang 2018 konkrete Vorschläge zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gemacht. Darin haben wir die Landesregierung unter anderem dazu aufgefordert, die Sprachvermittlung von den Kindergärten über die Grundschulen bis in die weiterführenden Schulen systematisch aufzubauen und abzustimmen, einen detaillierten strukturierten Lehrplan für Sprachen in der Grundschule anzubieten und – das ist uns besonders wichtig – eine bilaterale grenzüberschreitende Schule nach dem Vorbild des Schengen-Lyzeums in Perl einzurichten.

(Beifall der CDU)

Leider wurden unsere zentralen Forderungen bei einem Einigungsversuch von der SPD aus dem Antrag herausgestrichen. Stattdessen haben die Regierungsfractionen einen eigenen Antrag gestellt, der in weiten Teilen dem des ursprünglichen CDU-Antrags entspricht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, ja!)

Mit anderen Worten, Herr Schweitzer, Sie haben sich die Rosinen aus unserem Antrag herausgepickt.

(Beifall der CDU –

Zurufe von der SPD: Oh! –

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Rosinen?

Wo sind in Ihrem Antrag die Rosinen?)

Sie haben sich die Rosinen herausgepickt. Grundlegende Forderungen aus unserem Antrag, die auch Versäumnisse der Landesregierung offengelegt hätten, wurden gestrichen. Aber das kennen wir ja, das hat mittlerweile schon System.

(Beifall der CDU)

Ihr Alternativvorschlag besteht aus vielen Absichtserklärungen. Wortreich beschreiben Sie, was Sie alles machen wollen. Sie reden ganz allgemein davon, die bestehenden Europaschulen im Profil weiter zu stärken, sind aber nicht bereit, im eigenen Land eine grenzüberschreitende Schule einzurichten. Das ist ein Armutzeugnis, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall der CDU und bei der AfD)

zumal andere Länder wie Baden-Württemberg und auch das Saarland diesen Schritt schon vor langer Zeit gegangen sind. Stattdessen machen Sie Vorschläge, die nicht praktikabel sind. Wer Französisch als erste Fremdsprache fordert – – –

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wer hat denn das gefordert?)

– Sie, in der letzten Aktuellen Debatte, Herr Schweitzer.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, das stimmt, das habe ich auch gehört! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sie haben noch nicht einmal zugehört! –
Glocke des Präsidenten)

– Sie haben es hier gesagt. Wir können es gern im Protokoll nachlesen.

Die Frage ist, wie Sie das organisatorisch umsetzen wollen. Wie steht es mit der Akzeptanz in den Schulen?

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Wir haben in der Anhörung im Europaausschuss gehört, dass 70 % der Zehntklässler in Rheinland-Pfalz Französisch abwählen. Wir fragen uns, ob es überhaupt genügend Französischlehrer gibt.

Die Frage ist auch, wie es um Englisch steht. Die meisten Eltern halten nach wie vor Englisch für die wichtigste Sprache. Was passiert, wenn an einer Schule nur relativ wenige Kinder Französisch als erste Fremdsprache wählen und somit keine Klasse zustande kommt?

(Zuruf von der SPD: Westerwälder Platt!)

– Für die Zuhörer muss ich sagen, hier kommt gerade das Westerwälder Platt. Wir Westerwälder sind stolz auf unser Platt, oder? – Genau so ist es. Auch das ist eine Sprache des Nachbarn.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn es von der SPD schon nicht akzeptiert wird, sehen Sie, wie es hier im Hause um uns steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Schweitzer fordert Französisch, Frau Lerch möchte Spanisch; das passt alles nicht zusammen. Zielführender als derart unausgewogene Vorschläge wäre es, wenn die Landesregierung die wirklich drängenden Probleme im Land angeht und die zu deren Lösung erforderlichen Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz schaffen würde.

(Beifall der CDU)

Unsere Vorschläge hierzu liegen auf dem Tisch. Die Landesregierung könnte Maßnahmen ergreifen, um das Erlernen der Partnersprache Französisch gezielter zu fördern, wie es auch in unserem Antrag entsprechend beschrieben wurde.

Meine Damen und Herren, wir bedauern es sehr, dass

es im Hinblick auf den Aachener Vertrag hier zu keiner parteiübergreifenden Einigung kam.

(Abg. Bettina Brück, SPD: An wem hat es denn gelegen?)

Im Ausschuss wurde moniert, dass in unserem CDU-Antrag völlig fehle, was schon alles getan worden sei. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das der Grund gewesen sein soll, weshalb kein gemeinsamer Antrag zustande kam, dann scheint mir das höchst fadenscheinig zu sein. Uns geht es darum, was noch getan werden muss, um die Zusammenarbeit grenzüberschreitend zu verbessern, und nicht darum, was getan wurde; denn das Schicksal Europas liegt ja in der Zukunft und nicht in der Vergangenheit.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Abg. Christine Schneider, CDU: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Scharfenberger das Wort.

Abg. Heike Scharfenberger, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Seekatz, bevor ich zu meiner Rede komme, muss ich noch ein paar Worte zu Ihren Ausführungen verlieren. Sie haben im Ausschuss überhaupt nicht inhaltlich über Ihren Antrag reden können,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Weil es nichts gab!)

weil Sie immer nur ein Blatt vor sich gehalten und gesagt haben, da ist alles rot. – Es wurden zum Beispiel auch Rechtschreibfehler korrigiert.

(Beifall der SPD –
Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer, SPD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach Gott, wie peinlich! Es kommt gar kein Inhalt!)

Wir haben einfach nicht miteinander darüber gesprochen.

Ich finde es schon ein starkes Stück, wenn Sie heute sagen, wir hätten uns geweigert, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Das ist grundsätzlich falsch. Ich habe es im letzten Ausschuss noch einmal versucht, aber Sie wollten einfach nicht. Geben Sie es doch zu!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die deutsch-französische Partnerschaft ist die lebendigste Freundschaft zwischen zwei Nationen auf der ganzen Welt. Über Begegnungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks, über die Konsultationen zwischen den Regionen und den wirtschaftlichen Austausch ist diese Freundschaft intensiv zusammengeführt worden.

Die Debatte über die Vertiefung der Europäischen Uni-

on und die Wiederbelebung der deutsch-französischen Freundschaft ist eine Frage, die die ureigensten Interessen von Rheinland-Pfalz betrifft, von denen unser Land am ehesten profitieren kann. Daher ist es ein wichtiges Signal, dass der Elysée-Vertrag mit dem Aachener Vertrag noch einmal gestärkt und weiterentwickelt wurde: Zusammenhalt statt Spaltung, Gemeinsamkeit statt Alleingang.

Angesichts der schwierigen Lage in Europa ist eine intensive konstruktive Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin heute wichtiger denn je. Hier ist festzuhalten, dass die deutsch-französischen Beziehungen die Keimzelle und der Motor für Europa sind und konkrete Verbesserungschancen für Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler darstellen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann im Hinblick auf eine unendliche Themenvielfalt stattfinden. Es sind ca. 100 grenzüberschreitende Projekte in Vorbereitung. Die Einigung auf 15 Prioritäten ist erfreulich, wenngleich diese durch die zu bildenden Ausschüsse auch noch mit Leben erfüllt werden müssen.

Zu den Vertragsinhalten gehört auch das große Thema der Bildung mit den vielen Schulpartnerschaften, insbesondere mit Burgund, die Sprachzertifikate wie das DELF, das in den Regelunterricht integriert werden soll, der beruflichen Bildung oder dem INTERREG-Programm „Erfolg ohne Grenzen“.

Meine Damen und Herren, Europa ist nach wie vor ein Thema, das junge Menschen begeistert und politisiert. Junge Menschen haben ein gutes Gespür dafür, dass es auf die drängendsten Zukunftsfragen nur eine europäische Antwort geben kann. Ihnen hat Europa neue Perspektiven sowie den Zugang zu und die Offenheit gegenüber anderen Sprachen und Kulturen ermöglicht. Kinder und Jugendliche wachsen heute in einem Europa ohne Grenzen und mit einer gemeinsamen Währung auf. Die Vorteile der europäischen Einigung scheinen ihnen selbstverständlich.

Daher kommt der gezielten Förderung des Erlernens der Partnersprache Französisch gerade im grenznahen Raum eine bildungspolitische Schlüsselfunktion zu. Sie ermöglicht eine zukunftsorientierte schulische, universitäre und berufliche Mobilität, führt zu vorurteilsfreier Kommunikation, erlaubt ein zwangloses gegenseitiges Verstehen und Verständnis jeweils unterschiedlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen und trägt maßgeblich zur Stabilität gesellschaftspolitischer Verhältnisse in Europa bei.

Wichtige Grundlagen wurden zum Beispiel bereits auf dem Treffen der Kultusministerinnen und -minister der Länder mit den französischen Recteurs am 4. Juni 2018 in Hamburg gelegt.

Auch hier wurde ein besonderer Akzent auf deutsch-französisch-strategische Bildungspartnerschaften gelegt. Insbesondere in der Grenzregion muss die Sprachvermittlung von Kindergärten über die Grundschule bis in die weiterführende Schule weiterhin systematisch durch einen detaillierten Lehrplan strukturiert angeboten werden, damit die Kinder frühzeitig und intensiv die Sprache unserer Nachbarn erlernen.

Unser Ziel muss daher sein, dass mehr Mädchen und Jungen nach der 4. Klasse Französisch als erste Fremdsprache wählen. Dies erreichen wir unter anderem mit der Erhöhung der Gelder für den Schüleraustausch. Ich denke, in dessen Rahmen lernen die Kinder das Land besser kennen und sind interessierter an der Sprache. Die Mittel wurden im Haushalt 2019/2020 eingestellt und entsprechend erhöht.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem vorliegenden Antrag noch viele weitere Bereiche aufgeführt, in denen bereits gute Strukturen vorhanden sind. Diese verdienen Anerkennung. Genau das fehlt in dem Antrag der CDU völlig. Das hat nichts mit Rosinenpicken zu tun.

(Abg Alexander Schweitzer, SPD: Es sind keine Rosinen drin!)

Wir fanden die Grundlage gut, haben das aber noch um die Dingen erweitert, die schon funktionieren. Ich kann allerdings sagen, dass wir noch weiter intensivieren und ausbauen müssen. Dafür müssen wir uns auf allen betreffenden Ebenen einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich sage noch etwas zum Abschluss. Mit der Kenntnis der anderen Sprache wächst das gegenseitige kulturelle, gesellschaftliche und politische Verständnis.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut gemacht! –
Abg. Christian Baldauf, CDU:
Paste-and-copy-Fraktion!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Schmidt.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Herr Präsident, werte Kollegen! Wir diskutieren heute über einen Antrag, der offenbar nicht einmal die CDU als antragstellende Partei für besonders wichtig erachtet. Wie ist es anders zu erklären, dass sie regelmäßig ihr Einverständnis gab, die Auswertung der Anhörung Monat für Monat zu verschieben? Im Juni 2018 erfolgte die Anhörung. Im Februar 2019, also acht Monate später, wurde die Auswertung vorgenommen. Deshalb behandeln wir einen Antrag, der am 19. Januar 2018 gestellt wurde, nun im Februar 2019, über ein Jahr danach.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Scheint sehr wichtig zu sein! –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Vielleicht rührt das Desinteresse der CDU an ihrem eigenen Antrag auch daher, dass er ihr peinlich ist, weil er einerseits inhaltliche Fehler aufweist und andererseits die innere Zerrissenheit der CDU offenlegt.

Die Ampelparteien, die heute mit einem eigenen Alterna-

tivantrag aufwarten, haben diese Strategie der Lustlosigkeit oder eben der bewussten Verschleppung mitgetragen.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Was die erwähnten Mängel des CDU-Antrages betrifft, will ich auf zwei Aspekte eingehen:

Erstens, die Ausführungen von Herrn Ehrhardt, dem Vorsitzenden des Fördervereins für Zweisprachigkeit im Elsass und Moseldépartement, haben die grundlegende Fehlannahme verdeutlicht, dass der Antrag die sprachlichen Gegebenheiten beiderseits des Oberrheins bzw. beiderseits der Staatsgrenze als prinzipiell gleich darstellt. Das blendet die historischen Zusammenhänge vollkommen aus; denn die Sprache unseres Nachbarn, also die Sprache der angestammten Bevölkerung im Elsass, ist nicht Französisch, sondern im Ursprung Deutsch. Erhardt verweist zu Recht darauf, dass Französisch in Rheinland-Pfalz als Umgangssprache historisch nicht verwurzelt ist, Deutsch mit seinen rheinfränkischen, alemannischen Dialektformen im Elsass dagegen schon.

Außerdem steht im Antrag, die französische Regierung habe jüngst den Deutschunterricht in Frankreich wieder aufgewertet und bilinguale Schulangebote in den deutsch-französischen Grenzregionen ausgeweitet. Das ist eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise, die einer kritischen Überprüfung nicht standhält; denn Erhardt merkte dazu Folgendes an: Die alltägliche Diskriminierung des Deutschen im Elsass findet in Deutschland, auch im CDU-Antrag, keine Berücksichtigung. Deutsch ist in dieser Nachbarregion bis heute keine Amtssprache. –

(Abg. Joachim Paul, AfD: Schade!)

Wenn man es ernst meint mit der Sprache des Nachbarn, sollte man die französische Seite ermuntern, regional Minderheitensprachen zu schützen und zu fördern.

(Beifall der AfD)

Die Elsässer beklagen seit Jahrzehnten, dass Frankreich die Europäische Charta der Regional- bzw. Minderheitensprache zwar gezeichnet, aber nie ratifiziert habe. Die Landesregierung sollte unseren französischen Partner darauf hinweisen, hier europäische Mindeststandards endlich zu erfüllen.

Ich komme zum zweiten Kritikpunkt, also dem inhaltlichen Widerspruch des CDU-Antrags. Die CDU will mit diesem Antrag den Französischunterricht an den Grundschulen systematisch ausbauen. Das lehnen wir ab. Wir stehen hier im Einklang mit dem Philologenverband Rheinland-Pfalz, der sich im Januar 2017 dafür ausgesprochen hat, die Grundschulen vom Fremdsprachenlernen zu entlasten. Die Vorsitzende Cornelia Schwartz betonte damals: „Der Vorsprung, den Kinder in einer Fremdsprache von der Grundschule bestenfalls mitbringen, ist von den übrigen Schülerinnen und Schülern, die in Klasse 5 mit einer für sie neuen Fremdsprache starten, in wenigen Wochen wieder aufgeholt.“

Wir als AfD warnen vor einer Überfrachtung der Grund-

schule und sind dort für die Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts. Mit den dadurch frei werdenden Ressourcen sollten die Fächer Deutsch und Mathematik gestärkt werden.

(Beifall der AfD)

Das wichtige Erlernen von Fremdsprachen ist bei den weiterführenden Schulen mit ihren eigens dafür ausgebildeten Lehrkräften bestens aufgehoben.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Sehr richtig!)

Um nicht missverstanden zu werden: Einzelne Schulen mit ausgeprägten sprachlichen Sonderprofilen, gegebenenfalls auch schon ab der 1. Klasse, können in eigener Entscheidung, insbesondere in den deutsch-tschechischen, deutsch-polnischen oder deutsch-französischen Grenzgebieten durchaus wertvoll sein, aber eben als Ausnahme von der Regel.

(Beifall der AfD)

Die Französisch-Offensive der CDU verwundert auch insofern, als Kollegin Beilstein – sie ist leider nicht mehr da – noch am 25. Oktober 2017 in einer Aktuellen Debatte zum schlechten Abschneiden unserer Grundschüler beim IQB-Bildungstrend ganz ähnlich wie wir als AfD argumentiert hat, sprich alles andere als deckungsgleich mit dem Antragsinhalt und dem, was die geschätzte Kollegin Huth-Haage gestern im Bildungsausschuss zu dem Thema geäußert hat.

Noch einmal völlig anders positionierte sich – ich freue mich, dass Herr Seekatz heute für die CDU die Rede gehalten hat – Herr Seekatz in seiner Rede vom 6. Oktober 2016. Ich bitte, noch einmal genau zuzuhören. Ich zitiere: „Anstatt kleinkarierte Debatten über Sprachengerechtigkeit zu führen, sollten wir auf lange Sicht zu einer einheitlichen EU-weiten Verkehrssprache kommen (...); denn Vielsprachigkeit in Europa erschwert die europäische Integration und mindert die Stellung der EU in der Welt. Wer mit einer Sprache spricht, verleiht gerade im Zeitalter der Globalisierung seinen Worten deutlich mehr Gewicht.“

Den Kontrast zu den heutigen Ausführungen brauche ich nicht weiter zu betonen. Er fällt einem ins Auge.

(Zurufe der Abg. Ralf Seekatz und Hedi Thelen, CDU)

Ergo, angesichts dieser sprach- und bildungspolitischen Kakophonie illustriert der vorliegende CDU-Antrag eindrucksvoll den aktuellen Zustand einer Partei, die sich regelmäßig widerspricht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Roth.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Hui! Wäller!“ Europa ist ein Erfolgsmodell, jedoch ebenso ein Zukunftsprojekt. Es kommt ganz auf die Perspektive an.

Eines aber können wir sicher sagen, Europa steht vor einem Umbruch. Wir erleben nationale Alleingänge, die zu einem Prozess der Renationalisierung führen. Die davon ausgehende Erosion der Solidarität bedroht die Zukunft der Europäischen Union. Das schwächt die Gemeinschaft und die Grundlagen unseres Erfolgs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der berechtigten Sorge um die Ausbreitung autokratischer Diskurse sollte niemand in Pessimismus verfallen und die Strahlkraft Europas unterschätzen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sehen wir das auch!)

Die deutsch-französische Freundschaft ist seit dem Élysée-Vertrag von 1963 die tragende Säule des europäischen Einigungsprozesses. Gerade erst ist diese Freundschaft mit dem Aachener Vertrag feierlich bekräftigt worden, steht damit auf einer modernen Grundlage unter dem Stichwort „Élysée 2.0“. Dieser Aachener Vertrag benennt eine ganze Reihe neuer gemeinsamer Aktivitäten von Deutschen und Franzosen.

Staatssekretärin Heike Raab hat im Europaausschuss am 7. Februar die Zahl von rund 100 neuen grenzüberschreitenden Projekten genannt, die in Vorbereitung sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bürger Europas müssen jetzt zeigen, warum die Idee der europäischen Einigung weiterhin attraktiv und sinnvoll ist – ich füge hinzu: global überlebensnotwendig.

Jeden Tag wächst die Erdbevölkerung um mehr als die Größe von Mainz, nämlich um rund 230.000 Menschen, jedes Jahr um mehr als 80 Millionen, also der ungefähren Einwohnerzahl von Deutschland. Derzeit leben 7,7 Milliarden Menschen auf der Erde. Bei gleichbleibenden Bedingungen werden es 20 Milliarden bis Ende dieses Jahrhunderts sein.

Auch wenn Deutschland das bevölkerungsreichste Land in der EU ist, allein werden wir die vielen zukünftigen Herausforderungen nicht bewältigen können. Nicht nur in den nächsten drei Monaten vor den Europawahlen müssen wir uns folglich anstrengen, mehr denn je für Europa zu werben.

Das gelingt am besten, wenn wir Europa leben. So ist es eine wichtige Aufgabe für uns Rheinland-Pfälzer in der Mitte Europas, für internationale Verständigung zu sorgen. Die notwendige Grundlage für ein vernetztes und solidarisches Handeln in Europa schaffen wir durch Dialog und grenzüberschreitende Kooperation.

Meine Damen und Herren, in der Rückführung des deutschen Worts „Verständnis“ auf seinen zentralen Kern landet man beim Wort „Verstehen“. Die Nachbarn zu verstehen, setzt die sprachliche Kommunikation voraus. Dafür

ist es notwendig, dessen Sprache möglichst gut zu verstehen. Der beste Weg dahin ist es, sie frühzeitig zu erlernen. Hierfür gibt es bei uns seit vielen Jahren zahlreiche Möglichkeiten und Angebote.

Ja, es ist immer möglich, mehr zu tun. Es gibt gute Gründe, in den Grenzregionen besonders viel zu tun. Dazu gehört es, sich auf die Fusion der Regionen in Frankreich organisatorisch einzustellen, sei es im Bereich der neuen Region Grand Est, sei es in der rheinland-pfälzischen Partnerregion Burgund, die mit der Region Franche-Comté verbunden wurde.

Bei der Umsetzung so mancher Idee geht es um bildungspolitische Schlüsselfunktionen. Da liegen wir in der Ampelkoalition mit der CDU und ihrem Antrag nicht so weit auseinander. Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als müssten wir ganz von vorn, sozusagen bei null anfangen. Ich verstehe das Ansinnen beider Anträge als Appell an die Landesregierung und zuständigkeitshalber insbesondere an unsere Bildungspolitiker, zu sondieren, wo und wie die Zusammenarbeit auf schulischer, beruflicher und hochschulpolitischer Ebene vertieft werden kann.

(Beifall der Abg. Helga Lerch, FDP)

Meine Damen und Herren, Ziel sollte es sein, den sprachlichen Austausch im Alltag zu verbessern. Dazu gehört für mich auch, in der Praxis zuweilen auftretenden Ermüdungserscheinungen entgegenzutreten und neue Begeisterung für das Lernen zu wecken. Für mich spielen dabei unsere zahlreichen Städtepartnerschaften in Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle. Die meisten Verschwisterungen in Rheinland-Pfalz gibt es mit Kommunen in Burgund. Hier können wir helfen, dass die Aktivitäten weitergehen, neue attraktive Formen der Begegnung gefunden werden, sich junge Leute engagieren und Verantwortung übernehmen und der kulturelle Austausch neue Impulse erfährt. Damit wächst unter anderem das Verständnis füreinander, und Berührungspunkte werden abgebaut.

Vor diesem Hintergrund werden Kinder in Rheinland-Pfalz bereits in der Grundschule für die Partnersprache unseres Nachbarn sensibilisiert. Neben Gymnasien mit biligualen deutsch-französischem Zug vervollständigen die AbiBac-Gymnasien die besondere Angebotsvielfalt unserer deutsch-französischen Bildungslandschaft.

Meine Damen und Herren, deshalb begrüßen wir ausdrücklich den hier vorliegenden Änderungsantrag der Ampel, wonach der Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation im Bildungsbereich vorangetrieben werden soll. Darüber hinaus passt er unsere Zusammenarbeit dort an, wo die Gebietsreform in Frankreich von 2016 sie nötig gemacht hat. Somit sind wir in der Grenzregion zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich zukunftsfest aufgestellt.

Der Antrag der Koalition hält am Bildungsprojekt Europa fest; denn nur gemeinsam können wir die europäischen Nationen in ihrer Zukunft gestalten und dabei nationale Egoismen überwinden.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP und bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Dr. Groß das Wort.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Roth, das ist insbesondere eine Antwort auf Ihr Statement. Ich weiß nicht, ob Sie von der Lissabon-Agenda gehört haben. Sie ist im Jahr 2000 vom Europäischen Rat verabschiedet worden. Was wurde dort beschlossen?

Der Appell war, Europa bis 2010 zu einem der wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasiertesten Wirtschaftsräume der Welt mit besseren Arbeitsplätzen, mehr Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu machen.

Das ist der Punkt. Sie haben nur gelobt. Das sollte im Jahr 2010 verwirklicht sein. Jetzt haben wir nun Jahre später bzw. 20 Jahre nach dieser Agenda eine Haftungs- und Schuldengemeinschaft. Was wir brauchen, ist dringend eine Neustrukturierung Europas,

(Abg. Christine Schneider, CDU: Sie wollen doch Europa plattmachen!)

denn ein Weiter-so kann es nicht geben.

(Beifall der AfD –
Weitere Zurufe im Hause)

Präsident Hendrik Hering.

Die Kurzintervention sollte sich auf den Inhalt der Rede des Vorredners beziehen.

(Unruhe im Hause)

Zu einer Erwiderung erteile ich Herrn Abgeordneten Roth das Wort.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Sehr geehrte Frau Kollegin von der AfD, normalerweise würde ich mich dazu nicht äußern. Aber das, was Sie hier vortragen, ist absolut europafeindlich.

(Beifall der FDP, der SPD, der CDU und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Nunmehr erteile ich Herrn Abgeordneten Köbler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Du darfst heute nicht mehr die Realität beschreiben! –
Weitere Zurufe von der AfD –
Glocke des Präsidenten)

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutsch-französische Freundschaft ist die Keimzelle des gemeinsamen Europas. Es ist gut, dass mit dem Aachener Vertrag gerade in den heutigen Zeiten – wir haben eben ein entsprechendes Beispiel hören müssen – diese deutsch-französische Freundschaft wieder neu bekräftigt wurde und neu belebt werden soll.

Meine Damen und Herren, ich gebe zu, auch wenn ich schon in der Grundschule Französisch hatte, habe ich mich mit der französischen Sprache in der Schule immer etwas schwergetan.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist aber auch schon lange her!)

Dann kam der Schüleraustausch mit Dijon. Das war wirklich die direkte Begegnung vor Ort. Als die Schülerinnen und Schüler zu uns nach Mainz kamen, waren wir im direkten Austausch mit den Gleichaltrigen aus Frankreich. Es hat sofort Nähe, Begeisterung, das Verstehen und auch ein Verständnis für unsere Nachbarn geweckt, sodass mir dies heute zugegebenermaßen noch mehr in Erinnerung ist als der Französischunterricht.

Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Dieser steht auch so in unserem Antrag. Gerade die Schüleraustausch- und Begegnungsprogramme auf der Ebene der jungen Menschen, der Schülerinnen und Schüler und der Bürgerinnen und Bürger sollen wieder gestärkt und neu belebt werden. Ich bin Bildungsministerin Hubig sehr dankbar dafür, dass das in der Regierungserklärung noch einmal eine ganz wichtige Rolle gespielt hat.

Meine Damen und Herren, natürlich kommt dem Spracherwerb in der Schule eine Schlüsselfunktion in der deutsch-französischen Freundschaft insbesondere in der Grenzregion in Rheinland-Pfalz zu. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal das „Früh-Französisch“ loben, das es zum Teil an unseren Grundschulen gibt, bei dem Kinder spielerisch nicht nur eine Fremdsprache, sondern eben auch Französisch lernen. Sie lernen nicht nur erste Brocken von der Sprache, sondern sie bekommen auch über das Singen etwas über das Land und die Kultur bei unseren Nachbarn mit.

Wenn ich die Zahl richtig in Erinnerung habe, haben wir ungefähr 130 Schulen im Land, die jetzt schon Französisch als erste Fremdsprache anbieten. In den nicht altsprachlichen Gymnasien zum Beispiel ist Französisch zumindest als zweite Fremdsprache bei uns die Regel.

Wir haben Angebote wie AbiBac-Gymnasien und auch Möglichkeiten auf Ebene der Ausbildung und der Hochschulen, die weiter gestärkt werden sollen. Dort sollen in Deutschland und in Frankreich die Abschlüsse entsprechend anerkannt werden.

Wir sind von daher auf einem ganz guten Weg. Herr Kollege Seekatz, wir sind uns, so glaube ich, politisch weitestgehend einig, dass wir diesen Weg gehen müssen. Deswegen haben wir Ihren Antrag nicht so kritisch gese-

hen. Wir waren auch dazu bereit zu sagen, lassen Sie uns doch einen gemeinsamen Antrag machen.

Sie haben den Antrag vor über einem Jahr eingebracht, dann immer mal wieder vertagt und vergessen.

(Abg. Ralf Seekatz, CDU: Vergessen!)

Dazu muss ich sagen, dies passiert einer Europapartei wie der CDU. Wenn ich mir die Bilder von Konrad Adenauer, Charles de Gaulle oder von Helmut Kohl und François Mitterrand vor Augen führe,

(Zurufe von der AfD)

muss ich sagen, ich würde mir von Ihnen auch im Alltag mehr Engagement für die deutsch-französische Freundschaft und den Zusammenhalt in Europa wünschen. Es ist schade, dass wir nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind.

Ich glaube aber, der Großteil dieses Hauses ist sich einig: Die deutsch-französische Freundschaft ist und bleibt die Keimzelle für ein gemeinsames und solidarisches Europa. In Rheinland-Pfalz hat sie einen ganz besonderen Stellenwert.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsministerin Dr. Hubig das Wort.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns auf jeden Fall weitestgehend in diesem Parlament einig, was die Bedeutung von Frankreich für Deutschland, Europa und vor allen Dingen auch für Rheinland-Pfalz, das mitten im Herzen Europas liegt, anbelangt. Mit Frankreich verbindet uns viel. Es verbindet uns eigentlich immer mehr, Frankreich ist unser wichtigster Partner in Europa. Wir pflegen seit Jahren und Jahrzehnten eine intensive Freundschaft.

Es gibt heute schon einen engen Austausch mit Frankreich auf vielen verschiedenen Ebenen. Ich meine, wir sollten auf dem Bestehenden aufbauen und müssen das Bestehende weiterentwickeln. Wir können nicht stehen bleiben. Wir wollen auch nicht den Blick zurückwenden, sondern in die Zukunft.

Der Aachener Vertrag, der schon mehrfach erwähnt wurde und im Januar von der Bundeskanzlerin und Präsident Macron abgeschlossen worden ist, wird uns in dieser Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich neue Impulse geben. Ich denke, er wird gerade mit Blick auf die Grenzregionen und beispielsweise den kleinen Grenzverkehr oder darauf, wie Menschen grenzüberschreitend zusammenleben, viele Dinge ermöglichen und erleichtern. Das ist ein ganz wesentlicher und

wichtiger Aspekt in diesem Vertrag.

Rheinland-Pfalz wird im Juli Vorsitzland der Europaministerkonferenz sein. Rheinland-Pfalz hat sich ganz bewusst für die Präsidentschaft der Europaministerkonferenz das Thema „Frankreich und die deutsch-französische Zusammenarbeit“ gewählt. Das sind sozusagen die äußeren Rahmenbedingungen.

Es geht aber natürlich darum, wie Menschen miteinander leben, wie Menschen über die Grenzen hinweg miteinander umgehen, anders als in den vergangenen Jahrhunderten, in denen zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen Rheinland-Pfalz oder den Gegenden, die damals noch nicht Rheinland-Pfalz waren, aber eben heute Rheinland-Pfalz sind, miteinander umgegangen wurde.

Wir müssen es schaffen, dass gerade die jungen Menschen diese Tradition, diesen unglaublichen Gewinn und diese Errungenschaften, die wir heute mit Frankreich erleben, auch neu erleben und spüren können. Das heißt, sie müssen unmittelbar erleben, sie müssen aber vor allem zunächst einmal die Sprache lernen. Dafür machen wir viel, und dafür werden wir auch weiterhin viel tun.

Rund die Hälfte der rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen lernt schon heute Französisch. Wir haben acht Gymnasien, die das AbiBac, also das deutsch-französische Abitur anbieten.

Wir haben mit Französisch die einzige moderne Fremdsprache, die in der 6. Klasse gelehrt wird, sozusagen neu einsetzend. Kaum ein anderes Bundesland hat das genauso wie wir in Rheinland-Pfalz. Wir haben Kitas, die bilingual sind, die Programme haben wie „Lerne die Sprache des Nachbarn“, mit dem Kinder schon in ganz jungem Alter Französisch lernen. Sie setzen das in den Grundschulen und dann in den weiterführenden Schulen fort.

Sie können mit einem Sprachzertifikat – das werden wir in den Regelunterricht einführen – künftig auch diese Französischkenntnisse nachweisen. Dies ist für sie noch einmal ein Ansporn, die Sprache ordentlich zu lernen. Das ist das eine.

Das andere ist natürlich das unmittelbare Erleben. Der Abgeordnete Köbler hat es gesagt, die Sprache lernt man am einfachsten, wenn man im Land ist, wenn man im Rahmen eines Schüleraustauschs in einer Schulpartnerschaft miteinander Französisch lernt.

Wir haben in Rheinland-Pfalz 430 Schulpartnerschaften zwischen rheinland-pfälzischen und französischen Schulen. Das sind mehr als in jedem anderen Land. Wir haben zahlreiche Schüleraustausche und haben die Mittel für diese Schüleraustausche noch einmal deutlich erhöht.

Im Jahr 2018 hatten wir rund 210.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2020 werden es 250.000 Euro sein. Ich sage das noch einmal so deutlich, weil der Herr Fraktionsvorsitzende Baldauf in seiner Aussprache zur Regierungserklärung in Zweifel gezogen hat, dass wir tatsächlich die Mittel erhöht haben. Wir haben die Mittel aufgestockt. Wir haben nicht nur den für den Schüleraustausch erhöht, sondern wir können auch bei Bedarf aus dem Titel zur

Demokratiebildung weitere Schüleraustausche finanziell unterstützen. Es ist mir wichtig, das in diesem Raum zu sagen, weil es sich natürlich auch an die Schulen richtet, die rege von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen sollen.

Wir haben 55 Europaschulen in Rheinland-Pfalz, die einen Schwerpunkt Frankreich haben. Wir haben eine grenzüberschreitende Berufsbildung initiiert. Es gibt jetzt eine Rahmenvereinbarung zwischen der Region Grand Est und Rheinland-Pfalz. Es gibt erstmals das AzubiBac-Pro, ein Pilotprojekt mit Burgund, in dem es darum geht, dass auch Azubis eine Partnerschaft mit Frankreich erleben und sie dort einen Teil ihrer Ausbildung machen und französischen Sprachkenntnisse und soziale und kulturelle Kompetenzen erwerben.

Auch im Rahmen der Lehrerausbildung haben wir eine enge Kooperation mit Frankreich. Die Universitäten Mainz und Dijon bilden gemeinsam Lehrkräfte aus. In der zweiten Phase der Lehrerausbildung, also im Referendariat und Vorbereitungsdienst, haben wir eine ganz enge Kooperation zwischen dem Studienseminar in Mainz und in Dijon, die beispielgebend für andere Regionen entlang der Grenze sind.

Ich glaube, das sind einige Punkte, die zeigen, dass wir sehr viel mehr machen als eine grenzüberschreitende Schule, die die CDU in ihrem Antrag fordert, es ist vielmehr ein ganzes Bündel an Maßnahmen und an Institutionen. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen, weil Frankreich nach wie vor unser engster Partner ist und das auch bleiben soll.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU „Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen“ – Drucksache 17/5149 – ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der AfD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Da müssen Sie gleich eine Pressemeldung machen!)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/8343 –. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Ich lade sie für die 76. Plenarsitzung morgen, 9:30 Uhr, ein.

Ende der Sitzung: 17:57 Uhr